

# **Die Idee**

## **eines Emanzipatorischen**

### **Bedingungslosen Grundeinkommens**

#### **Autoren:**

Ronald Blaschke, Matthias Dilthey,  
Jörg Drescher, Dr. Manfred Füllsack,  
Daniel Häni, Ludwig Paul Häußner,  
Katja Kipping, Dr. Sascha Liebermann,  
Prof. Dr. Michael Opielka, Prof. Philippe Van Parijs,  
Werner Rätz, Enno Schmidt,  
Prof. Götz Werner, Birgit Zenker

Alle Autoren haben der Veröffentlichung dieses Sammelbandes zugestimmt und verzichten auf jedwede Tantiemen durch Einnahmen aus diesem Buch. Etwaige Spenden dienen ausschließlich zur internationalen Förderung des BGE, wie zum Beispiel Übersetzungen in andere Sprachen oder für Unterstützung bei Netzwerkgründungen. Die Koordination wird durch Absprache mit dem internationalen Grundeinkommensnetzwerk BIEN und dem Herausgeber (Jörg Drescher) des Buchs organisiert.

#### Spenden an:

Bank: Deutsche Bank, Kontonummer: 2009819, BLZ: 63070024  
SWIFT: DE06630700240200981900, BIC/IBAN: DEUTDEDB630  
Kontoinhaber: Jörg Drescher, Verwendungszweck: BGE-Buch

# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Einleitung</u></b>	<b>3</b>
<i>von Jörg Drescher</i>	
<b><u>Wie wollen wir leben?</u></b>	<b>5</b>
<i>Ein Grundeinkommen für alle ließe die sozialen Grundrechte zur Wirklichkeit werden</i> <i>von Prof. Dr. Michael Opielka</i>	
<b><u>Und weil der Mensch ein Mensch ist ...</u></b>	<b>9</b>
<i>von Katja Kipping</i>	
<b><u>Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit</u></b>	<b>15</b>
<i>von Birgit Zenker</i>	
<b><u>Betrachtungen zum Grundeinkommen</u></b>	<b>18</b>
<i>von Jörg Drescher</i>	
<b><u>Die neue Farbe der Arbeit</u></b>	<b>24</b>
<i>von Daniel Häni und Enno Schmidt</i>	
<b><u>Essay: „Über die Arbeit“</u></b>	<b>26</b>
<i>von Matthias Dilthey</i>	
<b><u>Freiheit durch Bedingungslosigkeit</u></b>	<b>30</b>
<i>Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger – Bestimmung und Konsequenzen</i> <i>von Dr. Sascha Liebermann</i>	
<b><u>Freiheit – Liberale Demokratie – Bedingungsloses Grundeinkommen</u></b>	<b>41</b>
<i>von Ronald Blaschke</i>	
<b><u>Essay: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich!</u></b>	<b>50</b>
<i>von Werner Rätz</i>	
<b><u>Drei Ursprünge</u></b>	<b>56</b>
<i>von Prof. Philippe van Parijs</i>	
<b><u>Von der Industrie- zur Kulturgesellschaft</u></b>	<b>64</b>
<i>von Prof. Götz Werner und Ludwig Paul Häußner</i>	
<b><u>Utopische Nägel mit Köpfen</u></b>	<b>66</b>
<i>Überlegungen zur Frage eines Grundeinkommens in einer globalisierten Welt</i> <i>von Dr. Manfred Füllsack</i>	



## Einleitung

Im November 2005 kündigte Professor Götz Werner vom Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an der Technischen Universität Karlsruhe durch eine Werbekampagne<sup>1</sup> in überregionalen deutschen Zeitungen sein Projekt „Unternimm die Zukunft“ an. Hier ein Auszug aus der Anzeige:

*„Hat es unsere Gesellschaft nötig, auch nur einen einzigen Bürger durch das soziale Netz fallen zu lassen? Unsere Produktivität steigt ständig, nur nehmen wir das schon nicht mehr wahr. Durch unser System der mit hohen Steuern und Abgaben belegten Erwerbsarbeit wird den Unternehmen die Arbeit zu teuer. Deshalb rationalisieren sie, verlagern dabei Arbeitsplätze ins Ausland. Doch erhalten auch Erwerbslose ein Einkommen – finanziert durch Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten. Alle verlieren dabei – Einkommen und soziale Basisleistungen werden für den Einzelnen immer kleiner.*

*Ein bedingungsloses Grundeinkommen, bei dem die heute bestehenden sozialen Transfersysteme zusammengelegt werden, kann das ändern. Dann kann jeder, frei von grundlegenden Existenzsorgen, als freier Bürger tätig werden und die Arbeit erledigen, die ihm zugleich sinnvoll erscheint. Arbeit als ein Füreinander-Leisten in sozialer Sicherheit, in Würde und nach eigener Wahl. Automation wird segensreich, denn durch den Wegfall von Arbeiten, die auch programmierbare Automaten leisten können, entsteht keine neue Arbeitslosigkeit. Das Grundeinkommen schafft vielmehr Freiraum: Viele gemeinwirtschaftliche und kulturelle Arbeitsaufgaben sind finanzierbar. Viele neue Initiativen werden entstehen. Viele Menschen werden den Sinn in ihrer Arbeit wieder entdecken. Denn niemandem ist verwehrt, über das bedingungslose Grundeinkommen hinaus tätig zu werden und weiteres Einkommen zu erzielen – nur der Zwang fällt weg.“*

Damit wurde eine breite öffentliche Diskussion einer alten Idee über das staatliche Sozialsystem angefacht. Der bisherige Ansatz ging von folgendem Sachverhalt aus: wer über Einkommen verfügt, hilft demjenigen, der nichts bis wenig verdient. Das emanzipatorische BGE hingegen geht einen neuen Weg: Wer mehr konsumiert, stützt den, der weniger konsumieren kann.

Was hat es aber mit diesem Gespenst „bedingungsloses Grundeinkommen“ auf sich? Woher stammt diese Idee und was steckt dahinter? Welche Auswirkungen erhoffen sich die Befürworter davon?

Im wesentlichen geht es darum, ob wir für unseren Lebensunterhalt arbeiten müssen oder ob wir reif genug sind, aus unserer Vernunft heraus notwendige Arbeiten zu erledigen. Letzteres wäre die Beschreibung eines „emanzipatorischen BGE“. Es ist eine Frage der Moral, Ethik und sozialen Gerechtigkeit, aber auch eine Frage der Vernunft und Einsicht.

Diese Aufsatzsammlung richtet sich an Menschen, die sich für diesen „emanzipatorischen Ansatz“ interessieren. Ronald Blaschke hat ihn sehr treffend zusammengefasst<sup>2</sup>:

---

<sup>1</sup> Die Kampagne begann mit einer halbseitigen Anzeige in der Wochenzeitung Die Zeit und wurde dann mit jeweils einem Tag Abstand in anderen überregionalen Tageszeitungen wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Süddeutschen Zeitung fortgesetzt.

<sup>2</sup> Bedingungsloses Grundeinkommen, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung von Ronald Blaschke, Dresden, Juni 2006, veröffentlicht auf: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/blaschke3.pdf>



*„Während die Armut bekämpfende Politik nicht grundlegend die Verhältnisse, unter denen Menschen arbeiten und leben müssen, in Frage stellt, reicht der emanzipatorische Ansatz über bestehende Herrschaftsverhältnisse hinaus. Natürlich ist die Aufhebung von Armut ein wichtiger Ansatz emanzipatorischer Politik, aber bei weitem nicht der einzige und ausreichende.*

*Unter Emanzipation verstehe ich die fortschreitende freie (also selbst bestimmte) Verfügung aller Menschen über das eigene Leben. Erst die freie Verfügung über das eigene Leben ermöglicht freie Assoziationen und freie Kooperationen. Emanzipation heißt, dass sich die Menschen aus der Hand ungewollter fremder Verfügung und ihr Leben, Tätigsein und Arbeiten in die eigene Hand nehmen (können).“*

Sie finden in diesem Buch folgende Beiträge: „Wie wollen wir leben?“ von Dr. Michael Opielka, Professor für Sozialpolitik an der FH Jena, „Weil der Mensch ein Mensch ist“ von Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei „Die Linke“, „Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit“ von Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), „Betrachtungen zum Grundeinkommen“, von mir von der „Initiative pro Mensch - Projekt Jovialismus“, „Die neue Farbe der Arbeit“ von Daniel Häni und Enno Schmidt, beide von der „Initiative Grundeinkommen“ (Schweiz), „Essay über die Arbeit“ von Matthias Dilthey, dem Vorsitzenden der „Partei für sozial gerechte Demokratie“, „Freiheit durch Bedingungslosigkeit“ von Dr. Sascha Liebermann, wissenschaftlicher Assistent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund und Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“, „Freiheit – Liberale Demokratie – Bedingungsloses Grundeinkommen“ von Ronald Blaschke, Initiator des deutschen „Netzwerkes Grundeinkommen“, „Essay: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich!“ von Werner Rätz, Koordinationsmitglied bei Attac Deutschland, einer Vereinigung von Globalisierungskritikern, „Drei Ursprünge“ von Philippe van Parijs, ehemaliger Sekretär bei BIEN (Internationales Netzwerk Grundeinkommen) und Professor für Philosophie an der Katholischen Universität Löwen in Belgien, „Von der Industrie- zur Kulturgesellschaft“ von Prof. Götz Werner und Dipl. päd. Ludwig Paul Häußner, beide am Institut für Entrepreneurship in Karlsruhe, und „Utopie mit Nägel und Köpfen“ von Dr. Manfred Füllsack, Sozialwissenschaftler an der Universität Wien.

Ich spreche meinen herzlichen Dank an alle Autoren aus, die sich an diesem Buch beteiligten. Außerdem bedanke ich mich bei allen Menschen, die sich für die Realisierung dieser Idee einsetzen, aber hier ungenannt bleiben. Die Idee eines emanzipatorischen BGEs richtet sich an alle Menschen und jeder einzelne ist zur Verwirklichung wichtig. Auch Sie!

Kiew, Mai 2007

Jörg Drescher



Michael Opielka, Prof. Dr., geb. 1956 in Stuttgart, Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie in Königswinter, Studium der Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie an der Universität Tübingen (Dipl. Päd.), Promotion in Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, derzeit Habilitation in Soziologie an der Universität Hamburg. Gründungsmitglied des "Basic Income European Network" und des Netzwerks Grundeinkommen in Deutschland.

Der Originalartikel wurde in der Zeitschrift *zeitzeichen, evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft* veröffentlicht und wurde für dieses Buch angepasst.

## Wie wollen wir leben?

### Ein Grundeinkommen für alle ließe die sozialen Grundrechte zur Wirklichkeit werden

Für ein Grundeinkommen als Bürgerrecht spricht viel. Vor allem spricht dafür, dass der erwerbsbezogene Sozialstaat der Gegenwart – in Deutschland seit Bismarck und in praktisch allen Gesellschaften der Gegenwart – an ein Ende gelangt ist. Doch ist ein Grundeinkommen realistisch? Die wohl zentrale Frage lautet, ob ein Grundeinkommen mit der Arbeitsethik der Moderne vereinbar erscheint. Die Befürworter der Arbeitsethik verweisen auf anthropologische Konstanten, die sich bereits im Neuen Testament finden. Hier lohnt allerdings ein genauerer Blick.

Im zweiten Brief des Paulus an die Thessalonicher finden wir unter der Überschrift „Warnung vor Müßiggang“ in der aktualisierten Luther-Übersetzung den Satz: „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.“ Drei Sätze weiter erfolgt die Ermunterung an die anderen: „Ihr aber, liebe Brüder, lasst's euch nicht verdrießen, Gutes zu tun.“ Paulus hat die soziale Dynamik der jungen Gemeinde im Sinn, die religiöse wie ökonomische Lasterhaftigkeit Einzelner um den Preis der Verletzung gemeinschaftlicher Gerechtigkeitsgesetze nicht dulden kann.

Im Evangelium nach Matthäus lesen wir eine komplementäre, nun weniger auf die kleine Gemeinschaft, vielmehr auf das „Himmelreich“ bezogene Verteilungsregel. „Von den Abeitern im Weinberg“ heißt es dort, dass sie zu unterschiedlichen Stunden vom „Hausherrn“ angesprochen und angestellt wurden. Die Lohnzahlung freilich irritiert: „Da kamen, die um die elfte Stunde eingestellt waren, und jeder empfing seinen Silber Groschen. Als aber die ersten kamen, meinten sie, sie würden mehr empfangen; und auch sie empfangen ein jeder seinen Silber Groschen.“ Diese beiden Bibelstellen markieren eine Spannung, die uns heute im Sozialstaat erneut umtreibt. Würde eine sachgerechte Vermittlung zwischen dem Kommunismus des „Himmelreichs“ und dem Kommunitarismus der kleinen Gemeinschaft durch die Einführung eines Grundeinkommens gelingen - oder ist diese bereits durch den heutigen, auf Bismarck zurückgehenden Sozialversicherungsstaat gewährleistet?

Die Antwort der „Denkschrift“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur „Armut in Deutschland“ mit dem programmatischen Titel „Gerechte Teilhabe“ scheint eindeutig. Die Idee eines von der Arbeitsleistung entkoppelten Grundeinkommens kommt nur an einer Stelle vor: „Dabei sind Konzepte kritisch zu prüfen, welche ein über das materielle Existenzminimum hinausgehendes Grundeinkommen garantieren sollen.“ (Abschnitt 75)



Die Kritik wird im nächsten Absatz formuliert: „Vorrang der Aktivierung vor der Versorgung.“ Der Vorsitzende der für die Denkschrift verantwortlichen „Kammer der EKD für soziale Ordnung“, Gert G. Wagner, war in Fachkreisen bisher als Skeptiker der Grundeinkommensidee bekannt. In der Öffentlichkeit ist sie jedenfalls ein Thema. Können wir uns vorstellen, dass ein Grundeinkommen möglich wäre, auch wenn (nicht nur) die Fachgremien der EKD davon wenig halten?

Wie denkt die Bevölkerung darüber? Noch existieren keine repräsentativen Umfragen, aus denen das klar ersichtlich wäre. Es gibt gleichwohl Datengrundlagen, die auf einer tieferen Einstellungsebene Vermutungen nahe legen. Im Auftrag des Bundesarbeits- und des Bundesgesundheitsministeriums erhob eine Forschergruppe der Universität Frankfurt um Wolfgang Glatzer „Einstellungen zum Sozialstaat“. In Verbindung mit Daten des *International Social Justice Project* zeigen sich erstaunliche Ergebnisse. Der Gegensatz zwischen der seit einigen Jahren von politischen und wirtschaftlichen Eliten und ihnen nahe stehenden Medien geforderten Hinwendung zu individualistischen - Kritiker sagen auch „neoliberalen“ - Gerechtigkeitskonzepten und den Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat ist auffällig. „Das Wichtigste ist, dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung erfordert.“ Den Satz bejahen heute 87 Prozent der Menschen in Ostdeutschland und 80 Prozent derer in Westdeutschland - eine Steigerung um 14 beziehungsweise 18 Prozent seit 1996. Die Forderung nach Arbeitsplatzgarantie durch den Staat fiel im gleichen Zeitraum im Osten um 13 auf 76 und im Westen um 16 auf 61 Prozent.

In den gut fünfzehn Jahren seit der deutschen Einheit stimmten in Ost- wie Westdeutschland immer weniger Bürgerinnen und Bürger der Auffassung zu, dass „der Staat“ die Verantwortung für Vollbeschäftigung übernehmen solle, auch wenn der Anteil noch immer hoch ist (Ost: 76 Prozent, West: 61 Prozent). Zugenommen hat jedoch deutlich der Anteil derer, die für Umverteilung zugunsten einer allgemeinen Garantie der materiellen Existenzsicherung plädieren (Ost: 87 Prozent, West: 80 Prozent). „Neoliberale“ Beobachter schelten eine Bevölkerung, die dem Sozialstaat noch immer erhebliche Aufgaben zumisst. Konsequentermaßen versuchen interessierte Kreise, das Volk durch propagandistische Maßnahmen wie die Kampagne „Du bist Deutschland“ oder die „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ in Richtung sozialstaatsarme „Eigenverantwortung“ und „Aktivierung“ umzuerziehen. Die Umfragedaten belegen, dass dies bislang nicht gelungen ist. Denn „die Menschen im Land“ wissen, dass der Sozialstaat ein öffentliches Gut ist, ohne das ihre Existenz gefährdet wäre.

Die zitierten Daten sind höchstens Hinweise, dass ein arbeits- also bedingungsloses Grundeinkommen auch mehrheitlich gewollt wäre. Man müsste die Menschen fragen, am besten in einer Volksabstimmung. Doch bevor eine solche Entscheidung getroffen werden kann, muss der komplexe Zusammenhang von Gerechtigkeitsvorstellungen und institutionellen Regelungen ein wenig vereinfacht werden.

Die Denkschrift der EKD schlägt sich, wenngleich mit menschenfreundlichen Zusatzargumenten, auf die Seite der „Aktivierung“, die von der rot-grünen Bundesregierung (Stichwort „Agenda 2010“ und „Hartz 4“) in praktische Politik gegossen wurde. Soziologisch formuliert: liberale Leistungsgerechtigkeit und Marktsteuerung wurden mit konservativer Bedarfsgerechtigkeit und Gemeinschaftssteuerung kombiniert. Über allem wacht der Staat, modern organisiert in einer Bundesagentur für Arbeit.

Der verstorbene Philosoph Michel Foucault bezeichnete diesen Politikmodus als „Gouvernementalität“: Regulierungsmechanismen zur Überprüfung und Kalkulation



aggregierter Gruppen werden kombiniert mit Techniken der Selbstbefragung und des Verantwortlichmachens auf indirektem Wege. Die Politik der „Aktivierung“, jenes von Bill Clinton 1996 in den USA angestoßene Programm „to end welfare as we know it“, eine *Workfare*- statt *Welfare*-Politik kalkuliert mit dem repressiven Moment der Pflicht zur Erwerbsarbeit, obgleich für Millionen diese Erwerbsarbeit nicht zugänglich ist. „Aktivierung“ und *Workfare* sind Kultur-, also Bewusstseins- und Denkprojekte. Sie gehen davon aus, dass „die Menschen im Land“ eigentlich nicht arbeiten wollten, dass sie wie Kinder seien, die der Erziehung durch den Staat und seine Agenten bedürften.

Wirklichen Liberalen kann diese Perspektive nicht gefallen. Es wundert nicht, dass in der liberalen FDP Anfang 2005 eine „Kommission Bürgergeld“ ein Grundeinkommen vorschlug, das allen Bürgern in Form einer Negativen Einkommenssteuer garantiert würde, unabhängig von der Erwerbsarbeitsleistung. Verwunderung mag eher auslösen, dass im Sommer 2006 der christdemokratische Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus, ein „Solidarisches Bürgergeld“ in die Diskussion brachte, das allerdings weitaus differenzierter ist als das Modell der FDP.

Er argumentiert, die Politik solle den Bürgern schlicht vertrauen, dass sie damit verantwortungsvoll umgehen würden. Nur so könne erwartet werden, dass auch die Bürger den Politikern vertrauen.

### **Antithese zur Aktivierung**

Das sind interessante Gedanken. Sie sind mitten in der Gesellschaft angekommen. Seit den 1980er Jahren ist in akademischen Kreisen und zunächst im Umfeld der Grünen die Idee eines Grundeinkommens diskutiert worden. Die deutsche Einheit unterbrach die Diskussion, während sie in vielen anderen Ländern weiter geführt wurde (dazu: <http://www.basicincome.org>). Die Idee des Grundeinkommens bildet eine Anti-These zum Programm der „Aktivierung“. Sie geht davon aus, dass jeder Einzelne zählt, egal was er tut. Sie steht für ein Programm sozialer Grundrechte.

Wie wollen wir leben? Aus einer streng funktionalistischen Perspektive scheint diese Frage nach einer „guten Gesellschaft“ idealistisch. Doch sie gehört zum Wesen der Demokratie. Man wird einwenden, dass die Gesetze der Marktwirtschaft, des Kapitalismus grausam seien, von darwinistischer Natur. Der Sozialstaat könne sie allenfalls mildern, Lohnersatzleistungen in klar umgrenzten Fällen legitimer Arbeitsunfähigkeit, bei Krankheit, Behinderung und Alter, sowie bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit gewähren. Ansonsten müsse er der Unternehmenslogik zur Seite stehen und „aktivieren“. Die EKD-Denkschrift schreibt: „Insofern ist Arbeitsmarktpolitik der Kern guter Sozialpolitik.“ (Abschnitt 79)

Doch was Ende des 19. Jahrhunderts und womöglich noch im 20. Jahrhundert galt, könnte im 21. Jahrhundert überholt sein.

Dass Deutschland das Mutterland des Sozialstaats war - am Bismarckschen Modell lohnarbeitszentrierter Sozialversicherungen richteten sich zügig immer mehr Nationen aus - könnte nun als Verantwortung betrachtet werden, ein zeitgemäßes und darum neues Modell des Sozialstaats zu entwickeln. Dieses neue Modell ließe sich als „garantistisch“ bezeichnen. Der Sozialstaat garantiert das Existenzminimum und maximal das Doppelte. Wer mehr möchte, muss sich individuell oder gemeinschaftlich absichern, beispielsweise durch betriebliche und überbetriebliche Vereinbarungen. In der Schweiz hat die Rentenversicherung AHV, mittlerweile gestützt auf die elfte Volksabstimmung (AHV-Referendum), dieses Prinzip verwirklicht: Alle Bürger zahlen 10,1 Prozent auf ihr gesamtes



steuerliches Einkommen und erhalten garantiert eine Existenzsichernde Grundrente und maximal das Doppelte davon.

„Garantismus“ statt „Beitragsäquivalenz“, „Lebensstandardsicherung“ und „Aktivierung“ - bis vor kurzem erschien solch neues Denken in Deutschland nur denkbar, nicht realisierbar. Noch immer ist die Skepsis der Eliten gewaltig. Dabei ist ein garantiertes Grundeinkommen auch ein gewerkschaftliches Zukunftsprojekt. Die Formel ‚bedingungslos‘ führt dabei in die Irre: Ein Grundeinkommen wird noch für längere Zeit an die Sozialbürgerrolle gekoppelt bleiben. Ein Grundeinkommen entwickelt den Sozialstaat aber weiter. Statt (Neo-) Liberalismus, Sozialdemokratismus und Konservatismus steht ein Grundeinkommen für etwas, das ich ‚Garantismus‘ nenne. Das heißt: Der Sozialstaat garantiert allen nachhaltig eine menschenwürdige Existenz. Doch den Lebensstandard sichert er nicht mehr. Er macht das auch in Deutschland ohnehin nur noch für einige Rentner und Pensionäre. Da kommen die Gewerkschaften ins Spiel: betriebsbezogene und betriebsübergreifende Zusatzsicherungen sind im ‚garantistischen‘ Sozialstaat vor allem auch ihre Aufgabe. In Schweden und der Schweiz machen sie es erfolgreich. Ein Grundeinkommen muss und kann mit anderen Sozialleistungen gekoppelt werden, vor allem mit sozialen Diensten. Anders als in den erwerbsarbeitszentrierten Sozialversicherungen bezieht die Finanzierung eines Grundeinkommens alle Einkommensarten ein. Ein Grundeinkommen ist finanzierbar, wie unsere Berechnungen zeigen. Es trägt zur Umverteilung von oben nach unten bei und stärkt so die Demokratie.

Es ist gut, dass die Diskussion über ein Grundeinkommen nicht nur sozialetisch und sozialpolitisch geführt werden kann. Doch Finanzierungsfragen sind stets auch Wertefragen: Was ist gerecht? Wer bekommt was und warum? Soll der Sozialstaat nach wie vor erwerbsarbeitszentriert sein oder soll der Bürgerstatus, sollen soziale Grundrechte seine Struktur bestimmen? Ein Grundeinkommen für alle würde sich gegen die Spaltung der Gesellschaft, gegen die „Exklusion“ der scheinbar Überflüssigen stellen. Die Rede von den „Leistungsträgern“ wirkt nur dann inklusiv, ermunternd, wenn der Leistungsbegriff nicht zu eng gefasst wird, wenn sich jede Leistung lohnt, auch die in Familie und freiem Engagement.

#### **Literaturhinweise:**

**Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004**  
**Michael Opielka/Wolfgang Strengmann-Kuhn, Das Solidarische Bürgergeld. Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts – Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: Michael Borchard (Hrsg.), Das Solidarische Bürgergeld. Analysen einer Reformidee, Stuttgart: Lucius & Lucius 2007, 13-141**





Katja Kipping studierte Slawistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaft an der TU Dresden. Sie ist stellvertretende Vorsitzende in der Partei „Die Linke“ und Mitglied des Bundestags.

Der Artikel wurde im Juni 2005 in der *Monatszeitschrift UTOPIE kreativ*, Heft 176 veröffentlicht und für dieses Buch angepasst.

## Und weil der Mensch ein Mensch ist ...

Der Ruf nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wirkt polarisierend und löst zunehmend mehr grundsätzliche Debatten über die Zukunft der Sozialsysteme, und die Frage, wie wir arbeiten und leben wollen, aus. Nicht selten treten bei diesen Debatten Unklarheiten über die genaue Ausgestaltung des Grundeinkommens und über mögliche Auswirkungen auf.

### 1. Grundzüge

Bei der Gründung des deutschen parteiunabhängigen Netzwerkes Grundeinkommen verständigten sich die Gründungsmitglieder auf vier Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit tatsächlich von einem bedingungslosen Grundeinkommen die Rede sein kann: Existenz und eine Mindestteilhabe sichernd, individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung und kein Zwang zur Arbeit. Diese Kriterien verdeutlichen schon, dass nicht überall, wo heutzutage Grundeinkommen draufsteht, auch wirklich ein bedingungsloses Grundeinkommen drin ist.

Das bedingungslose Grundeinkommen soll jedem Menschen<sup>3</sup> eine Existenz zugestehen. Im Klartext heißt das: Jede und jeder bekommt monatlich eine feste Summe überwiesen. Innerhalb des Netzwerkes wird diskutiert, ob das Recht auf ein Grundeinkommen an die Staatsbürgerschaft oder den Hauptwohnsitz gebunden sein soll. Fest steht jedoch, dass das Engagement im eigenen Land immer eingebettet werden muss in einen europäischen und langfristig in einen weltweiten<sup>4</sup> Kampf für die Einführung des Grundeinkommens.

### 2. Vorteile

Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wären alle frei von existenzieller Not. Dieses Modell ist transparent und funktioniert unbürokratisch. Die Erniedrigung, um Unterstützung bitten zu müssen, entfällt. Wer frei von Existenzangst ist, ist in einer besseren Verhandlungssituation. Beschäftigte können somit gegenüber ihrem Chef bessere Arbeitsbedingungen erstreiten. Das Grundeinkommen verwirklicht das Recht auf selbst bestimmte Tätigkeit, denn die Sicherheit eines in jeder Lebenssituation vorhandenen Einkommens erleichtert Existenzgründungen ebenso wie Formen solidarischer Ökonomie. Man kann ohne Probleme eine Auszeit nehmen, auch mit 50 Jahren ein Studium beginnen, ein Sabbatjahr einlegen oder sich mehr Zeit für politisches Engagement nehmen. Frauen, die in dieser Gesellschaft besonders vom Partnereinkommen abhängig sind, wird eine selbst bestimmte Entwicklung erleichtert. Wenn finanzschwache Haushalte mehr Geld erhalten, werden sie dies auf Grund ihres Konsumnachholbedarfs vorrangig ausgeben, anstatt es zu sparen. Dies wiederum hilft dem Mittelstand, der vor allem auf die Binnennachfrage angewiesen ist. Die garantierte materielle Sicherheit ermöglicht Freiheit von Angst – eine

<sup>3</sup> Zu der Frage, ob auch Kinder ein Grundeinkommen in gleicher Höhe erhalten, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während die einen davon ausgehen, dass dieses Recht unabhängig vom Alter jedem zusteht, sehen andere Modelle vor, den Kindern nur einen Teil in bar auszuzahlen und den Rest zur besseren Ausgestaltung öffentlicher Infrastruktur, wie Kindergärten, Spielplätze, Schulen zu nutzen.

<sup>4</sup> So sieht beispielsweise das Konzept der Euromärsche vor, ein Grundeinkommen in jedem europäischen Land einzuführen, wobei die Höhe jeweils die Hälfte des nationalen Bruttoinlandsproduktes pro Kopf betragen soll. Über das Basic Income Earth Network findet zudem seit Jahren ein Austausch unter Grundeinkommensbefürworter/-innen weltweit statt.



wichtige Voraussetzung für demokratisches Verhalten. Wer frei von Existenzängsten ist, bringt sich schließlich eher ein.

Ob ein solches Grundeinkommen wie ein 'Trojanisches Pferd' den Kapitalismus sprengen wird oder zum gemütlichen Einrichten im Kapitalismus führt, ist umstritten. Auf jeden Fall bricht es mit der dem Kapitalismus innewohnenden Verwertbarkeitslogik und bewirkt, dass Menschen auf Grund der garantierten materiellen Sicherheit weniger erpressbar sind. Damit erleichtert es politische Teilhabe und Zivilcourage. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist kein Garant für eine Systemtransformation, aber es würde deutlich bessere Voraussetzungen für Wirtschaftsformen jenseits der Profitlogik und für die Aneignung von Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen schaffen.

### 3. Gesellschaftlicher Kontext der Grundeinkommensdebatte

Die Debatte um das Grundeinkommen findet nicht im luftleeren Raum sondern vor einem konkreten gesellschaftlichen Hintergrund statt. Da dessen Analyse für viele Grundeinkommensbefürworter/-innen ausschlaggebend war für ihr Engagement, soll dieser hier in der gebotenen Kürze charakterisiert werden

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Es scheint daher paradox: Obwohl immer mehr Menschen verzweifelt einen Job suchen, nehmen Repressionen gegenüber Erwerbslosen immer mehr zu. Der Zwang zur Aufnahme von Arbeit funktioniert auf verschiedene Weise – sowohl durch administrative Repressionen, als auch durch soziale Sanktionen und Stigmatisierung sowie faktisch über das Anziehen finanzieller Daumenschrauben. Die besonders für Männer üblichen Erwerbsbiographien (Schulabschluss – Berufsausbildung – Berufseinstieg – Karriere im erlernten Beruf – Rente) werden immer seltener und Brüche in den Erwerbsbiographien treten häufiger auf. Auf Grund von technologischen Entwicklungen und der steigenden Produktivität sinkt der Bedarf an schwerer körperlicher Produktionsarbeit. Der Bedarf an sozialer, kultureller, kreativen Tätigkeiten bzw. an Wissensarbeit hingegen nimmt zu. Bisher war die Arbeitszeit Gradmesser der Entlohnung, doch gerade im Bereich der Kreativität und des Sozialen ist die Leistung nur schwer mittels Stechuhr zu ermitteln.

Hinzu kommt eine Entwicklung, die Georg Vobruba als »doppelte Krise der Lohnarbeit«<sup>5</sup> bezeichnet. Gemeint ist das zunehmende Bedürfnis nach sinnstiftender Arbeit. Das bisherige moralische Postulat, Erfolg in der Erwerbsarbeit sei eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen für den Wert und den Selbstwert eines Menschen, wird zunehmend hinterfragt.

Die sozialen Sicherungssysteme sind auf diesen Wandel der Arbeitswelt bislang nur unzureichend eingestellt. Sie sind aus sozialen Kämpfen der Arbeitsgesellschaft hervorgegangen und orientieren sich in ihren Leistungen auf die Absicherung von erwerbstätigen Arbeitnehmern. Für nicht erwerbstätige Frauen war dies schon immer eine Armutsfalle – angesichts von Massenarbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und gebrochenen Erwerbsbiographien wird der Zugang zu den gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen für eine wachsende Zahl von Menschen, die nicht über Unternehmen oder deren Anteile verfügen, dauerhaft prekär. Aus erwerbsarbeitsorientierten Zugangsvoraussetzungen werden Barrieren, die zunehmend mehr Menschen nicht überwinden können.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Georg Vobruba: *Alternativen zur Vollbeschäftigung - Die Transformation von Arbeit und Einkommen*. Frankfurt/Main 2000.

<sup>6</sup> Vgl. dazu: Stephan Lessenich und Mathias Möhring-Hesse: *Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung*. Berlin 2004.



Die Schere zwischen arm und reich geht beständig auseinander. Während einerseits die reichsten zehn Prozent der Haushalte fast die Hälfte des Vermögens besitzen, leben zunehmend mehr Menschen in Armut. Besonders dramatisch gestaltet sich die zunehmende Kinderarmut (jedes siebte Kind), weil sie soziale Ausgrenzung vererbt und dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert. Die Lohnzentriertheit der sozialen Sicherungssysteme zementiert die bestehenden sozialen Unterschiede.<sup>7</sup> So kann zum Beispiel eine allein erziehende Mutter mit einer klassischen Arbeiterinnenkarriere weder für die Rente noch für die Erwerbslosigkeit besonders hohe Ansprüche erwerben – im Gegensatz zu einem Beamten.

## 4. Auseinandersetzung mit Fragen

### 4.1. Liegen dann nicht alle nur noch in der Hängematte?

Wir können alle nur spekulieren, wie sich Menschen verhalten, wenn sie den Lebensunterhalt sicher haben. Es gibt aber immerhin Indizien dafür, dass das Bedürfnis, sich gesellschaftlich einzubringen, stark ausgeprägt ist. So engagieren sich bereits heute über 30 Prozent der deutschen Bevölkerung (22 Millionen Menschen) regelmäßig mehr als 15 Wochenstunden ehrenamtlich. Zudem besteht auch weiterhin ein materieller Anreiz zur Erwerbsarbeit. Der Lebensunterhalt ist schließlich kein Reichtum. Den ganzen Tag in der Hängematte liegen wird zudem schnell langweilig und verursacht Rückenschmerzen.

Sicherlich, die Menschen werden nicht mehr gezwungen sein, jede schlechte Arbeitsbedingung und jeden Hungerlohn in Kauf zu nehmen. Dadurch werden manche Jobs teurer werden. Dies wird wiederum für zunehmenden Druck zur Automatisierung bei unangenehmen Jobs wie beim Müllsortieren sorgen. Wer einmal eine manuelle Abfallsortierungshalle von innen erlebt hat, wird begrüßen, wenn diese Arbeit in Zukunft automatisch erledigt wird. Es gibt bereits die Technik für selbst reinigende Toilettendeckel. Aber da bisher immer noch genügend Menschen für einen schlechten Lohn diese Arbeit machen, lohnt sich der flächendeckende Einsatz noch nicht.

Nun stellt sich die Frage, was mit den Jobs passiert, die man nicht automatisieren kann bzw. nicht automatisieren will, etwa in der Pflege. Da müssten sich zuerst die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen verbessern. Wenn dann immer noch ein Arbeitskräftemangel herrschen sollte, dann muss tatsächlich gesellschaftlich neu verhandelt werden. Ein Ergebnis dieser Debatten könnte womöglich darin bestehen, dass jeder einmal im Monat im Pflegeheim einen Arbeitseinsatz leistet. Auch Grundeinkommensbefürworter negieren nicht, dass gewisse Tätigkeiten erledigt werden müssen. Nur gegenwärtig läuft es so, dass diejenigen, denen es am dreckigsten geht, gezwungen sind, die dreckigsten Jobs schlechtestbezahlt zu machen. Dies ist nun alles Mögliche – bloß nicht gerecht.

Sicherlich: Es wird auch faule Bezieherinnen und Bezieher eines Grundeinkommens geben. So wie es eben auch faule Millionäre und faule Kinder reicher Eltern gibt. Doch ob faul oder nicht, als humanistisch eingestellter Mensch sollte man es in dieser Frage mit Erich Fromm halten: »Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft 'von Nutzen' ist.«<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Vgl. dazu: Michael Opielka: *Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtverzicht und neuen Vorbildern*. Erschienen in Universitas 11/ 2003.

<sup>8</sup> Erich Fromm: *Psychologische Aspekte eines garantierten Einkommens für alle*. zuerst erschienen in: Robert Theobald (ed): *The Guaranteed Income. Next Step in Economic Evolution?*, New York 1966. Abgedruckt in Michael Opielka und Georg Vobruba (Hg.): *Das garantierte Grundeinkommen – Entwicklungen und Perspektiven einer Forderung*. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt am Main 1986. S.20.



## 4.2. Kapituliert man damit vor der Massenarbeitslosigkeit?

Bei diesem Einwand handelt es sich um eine Unterstellung. Auch Grundeinkommensbefürworter wissen, dass Arbeitslosigkeit wider Willen für den einzelnen/die einzelnen eine enorme Belastung darstellt. Nun garantiert die Einführung des Grundeinkommens nicht automatisch Vollbeschäftigung. Aber welches Projekt kann heutzutage schon Vollbeschäftigung garantieren? Meine Prognose ist, dass in einer Grundeinkommens-Gesellschaft die erzwungene Arbeitslosigkeit zumindest abnimmt und zwar aus folgenden zwei Gründen: Linke Arbeitsmarktexperten können gegenwärtig nur drei Strategien zum Abbau der erzwungenen Arbeitslosigkeit nennen: erstens gezielte Beschäftigungspolitik mittels Ausbau der Öffentlichen Beschäftigung, zweitens Verteilung der existierenden Erwerbsarbeit durch konsequente Arbeitszeitverkürzung und drittens Ankurbelung der Konjunktur durch Steigerung der Massenkaukraft. In einer Grundeinkommengesellschaft wird die Binnenkaukraft gestärkt, weil die einkommenschwachen Haushalte mehr Geld bekommen, und die Arbeitszeitverkürzung befördert. Dies sind zwei zentrale Strategien, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem sieht das Modell der Arbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in der Linkspartei weiterhin eine gezielte Beschäftigungspolitik vor.

Gegnerinnen und Gegner des Grundeinkommens unterstellen gern, das Grundeinkommen wäre eine Faultier- und Stillhalteprämie. Dem muss widersprochen werden. Es gab Zeiten, da war es undenkbar, Wege zu benutzen, ohne Wegzölle zu bezahlen. Heute kann man auf den Straßen fahren, egal ob man reich oder arm ist, ob man ein Faulpelz ist oder ein Workaholic. Es gab Zeiten, da war es unvorstellbar, dass alle Kinder einen Anspruch auf eine Schulbildung haben. Heute gilt dies als selbstverständlich. Dieses Recht haben sie ganz unabhängig davon, ob ihre Eltern reich oder arm und unabhängig davon, welcher Tätigkeit ihre Eltern nachgehen. Bildung und die Benutzung der Infrastruktur gelten heute als Grundvoraussetzungen für diese Gesellschaft. Trotzdem würde niemand auf die Idee kommen und sagen, die freie Zugänglichkeit von Straßen ist eine Faultierfördermaßnahme. Und in einer Demokratie bedarf es ein Mindestmaß an individueller finanzieller Absicherung, um an der Demokratie teilhaben zu können. Insofern handelt es sich beim Grundeinkommen um eine Art Demokratiepauschale, die die Teilhabe aller an der Demokratie ermöglicht.

Mit einem hingegen wollen sich Grundeinkommensbefürworter/-innen tatsächlich nicht abfinden lassen: Damit dass man die Menschen, die keine Arbeit finden können, gegenwärtig zu einem Leben in Armut verdonnert und sie darauf vertröstet, dass es demnächst wieder Vollbeschäftigung geben wird. Bis dahin könnte es schließlich noch eine ganze Weile dauern. Und falls jemals wieder Vollbeschäftigung erreicht werden sollte, ist es fraglich zu welchem Preis. Der gegenwärtige angebliche Abbau der Arbeitslosigkeit wird ganz offensichtlich mit dem Preis der Prekarität, der Ausgrenzung und der Aufspaltung von Vollzeitstellen in Teilzeitstellen bezahlt.

## 4.3. Ist das überhaupt finanzierbar?

Natürlich ist die Einführung des Grundeinkommens nicht aus der Portokasse zu bezahlen. Verschiedene Finanzierungsmodelle<sup>9</sup> belegen jedoch, dass die Einführung finanzierbar wäre, vorausgesetzt es existiert der politische Willen dazu.

---

<sup>9</sup> Unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de> und <http://www.grundeinkommen.de> sind sowohl einzelne Finanzierungsmodelle als auch Übersichten (u.a. von Ronald Blaschke) zu finden. Ebenfalls zu empfehlen: Martin Wilke: Finanzierungsmodelle für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. unter: [http://www.martinwilke.de/Finanzierung\\_Bedingungsloses\\_Grundeinkommen.pdf](http://www.martinwilke.de/Finanzierung_Bedingungsloses_Grundeinkommen.pdf)



Meiner Meinung nach sind folgende vier Säulen zur Finanzierung wichtig: Erstens vereint das bedingungslose Grundeinkommen einige bestehende Sozialleistungen, wodurch unter anderem auch der bürokratische Aufwand reduziert wird, deren Kosteneinsparung die zweite Säule bildet. Drittens rechnet man in der Volkswirtschaft damit, dass zirka 30 Prozent des Geldes, das an einkommensschwächere Haushalte geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung, und Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landet. Die vierte Säule besteht dann in Steuern bzw. Abgaben, die gezielt für das Grundeinkommen erhoben werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei eigentlich nicht um eine Frage der Finanzierung im betriebswirtschaftlichen Sinne handelt. Vielmehr geht es um makroökonomische Verteilungsprozesse. Es geht um eine »Sozialisierung der Investitionen«<sup>10</sup> bzw. um einen Umverteilungsprozess innerhalb unseres heutigen Bruttosozialproduktes.

#### **4.4. Wirkt das nicht wie eine Hausfrauenprämie?**

Zunächst würde das Grundeinkommen die ökonomische Unabhängigkeit so mancher Frau innerhalb ihrer Partnerschaft stärken, denn das Grundeinkommen macht Schluss mit der Anrechnung des Partnereinkommens. Die bisherigen Regelungen im Sozialrecht haben überdurchschnittlich stark Frauen von ihrem Partner finanziell abhängig gemacht.

Es geht am Ende jedoch nicht darum, Frauen für Hausarbeit zu bezahlen, sondern Frauen ebenso wie Männern, die freie Entscheidung zu ermöglichen, mit welcher Tätigkeit sie zum Gemeinwesen beitragen und sich selbst verwirklichen wollen. Das Grundeinkommen allein kann nicht alle Probleme des Patriarchats beseitigen. Deswegen bedarf es neben der Einführung des Grundeinkommens flankierende gleichstellungspolitische Maßnahmen, wie einer gezielten Arbeitsvermittlung für Frauen bzw. einer Elterngeldregelung, wonach beide Elternteile jeweils hälftig die Elternzeit übernehmen und eines Bildungswesens, das mit den überholten Geschlechterrollen bricht. Diese Maßnahmen sind aber sowieso dringend erforderlich, werden doch gerade heute, in der grundeinkommenslosen Gesellschaft, Frauen bei der Entscheidung für Erwerbsarbeit besonders große Steine in den Weg gelegt.

Für mich ist die Einführung des Grundeinkommens eng mit dem Leitbild von der Verteilung des Arbeitstages – einer alten feministischen Idee – verbunden: Ein Viertel Erwerbsarbeit, ein Viertel Haus- und Familienarbeit, ein Viertel politisches und gesellschaftliches Engagement und ein Viertel des Tages für Muße, Weiterbildung und all die anderen schönen Dinge. Dies verdeutlicht, dass das Grundeinkommen Hand in Hand mit einem neuen Bildungsansatz gehen muss. In der Schule von heute werden Menschen vor allem darauf getrimmt, zu lernen, wenn eine Klausur bevorsteht. Wer immer nur unter Druck - niemals aus einem inneren Bedürfnis heraus - gelernt hat, hat womöglich später Probleme mit der Tagesstrukturierung, wenn kein Chef wartet. Dann bleibt schlimmstenfalls im Fall von Erwerbslosigkeit wirklich nur das real existierende Fernsehprogramm. Wir brauchen also ein Bildungssystem, welches den einzelnen und die einzelnen in die Lage versetzt, aus sich heraus dem eigenen Leben Sinn und Bewandnis zu geben, auch wenn der Sprung in die Erwerbsarbeitswelt mal nicht gelingt.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu: Christoph Deutschmann: *Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus. Nicht in hohen Sozialleistungen, sondern in den unrealistischen Renditeansprüchen der Finanzinvestoren liegt die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Krise.* In: Frankfurter Rundschau 02.12. 2003.

<sup>11</sup> Vgl. dazu: Wolfgang Engler: *Bürger, ohne Arbeit – Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft.* Aufbau Verlag, Berlin 2005.



#### 4.5. Ist das nicht ein neoliberales Projekt?

Auch neoliberale Akteure haben sich schon positiv auf den Begriff Grundeinkommen bezogen. Eine genaue Prüfung dessen, was sie damit konkret meinen, ergibt jedoch meist, dass es sich bei ihnen nicht um ein bedingungsloses Grundeinkommen im Sinne der oben benannten vier Kriterien handelt. Auch gibt es Akteure, die vom Grundeinkommen reden und an sich nur den kompletten Abbau der bestehenden Sozialsysteme im Sinn haben. Ja, die Debatte ums Grundeinkommen ist nicht vor dem Missbrauch gefeit. Dieses Schicksal teilt das Grundeinkommen aber mit vielen Projekten

#### 4.6. Ist das denn gerecht?

Gralshüter der Leistungsgerechtigkeit wenden gern gegen das bedingungslose Grundeinkommen ein, dass man sich eine solche Unterstützung erst einmal durch Leistung verdienen muss. Doch mit welcher Leistung nützt man tatsächlich der Gesellschaft? Und wie viel Geld ist welche Leistung wert? Wer Geld durch Abholzen des Regenwaldes verdient, gilt heute als erfolgreicher Geschäftsmann, obwohl er großen Schaden an unser aller Lebensgrundlage anrichtet. Vincent van Gogh, der selbst nur ein einziges Bild verkaufen konnte, wurde zu Lebzeiten von vielen als Nichtsnutz angesehen, der nur auf Kosten seines Bruders lebte. Heute gelten seine Werke als wichtiges Kulturgut. Klaus Esser bekam für seine neunmonatige Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender 16,5 Millionen Euro. Ein Stahlarbeiter bei Mannesmann hätte für diese Summe 330 Jahre arbeiten müssen.

Ist das gerecht? Welche Instanz hat das Recht zu entscheiden, welche Leistung der Gesellschaft nützt und wie viel Geld sie wert ist? Welche Instanz hat das Recht zu entscheiden, welche Lebensentwürfe es wert sind, unterstützt zu werden? Doch wohl zu aller erst jeder Mensch für sich selbst. Freiheit in der Wahl des eigenen Lebensentwurfes und das Recht auf Selbstbestimmung eines jeden Menschen bedürfen aber natürlich einer materiellen Basis. Wir sollten deswegen Gerechtigkeit nicht im Sinne von Leistungsgerechtigkeit interpretieren, sondern für soziale Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit und Teilhabegarantie streiten. Gerecht ist, wenn allen Menschen ein Leben jenseits der Armut und Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist. Soziale Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit hält es deswegen mit der Liedzeile »Und weil der Mensch ein Mensch ist«. Eine Schlussfolgerung aus dieser Herangehensweise ist die Befürwortung des bedingungslosen Grundeinkommens.



## Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit

Trotz positiver Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten trägt die Erwerbsarbeit als Zugangsvoraussetzung und Indikator sozialer Sicherheit immer weniger. Große Bevölkerungsteile werden auch weiterhin durch Arbeitslosigkeit von Einkommen ausgeschlossen oder im Rahmen prekärer Beschäftigungsverhältnisse weit davon entfernt sein, durch Einkommen soziale Sicherheit zu erwerben. Die Tatsache, dass sich die Menschen, die in Armut leben oder davon bedroht sind, ständig erhöht, zeigt sehr deutlich, dass sich wirtschaftliches Wachstum längst vom Wohlergehen der Menschen abgekoppelt hat. Unsere Gesellschaft steht vor der großen Herausforderung, neue Ansätze sozialer Sicherheit auf den Weg zu bringen.

Verschärft wird die soziale Situation der Menschen durch eine Politik, die den Abbau der solidarischen Elemente und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zum Ergebnis hat. Statt bestehende soziale Verwerfungen und Ungerechtigkeiten aufzulösen, führen die jüngsten „Reformen“ der Existenzsicherungssysteme zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft. Von der wachsenden Armut und dauerhaften Ausgrenzung sind vor allem Kinder, Alleinerziehende, alleinstehende Frauen und Arbeitslose betroffen. Armut ist jedoch mehr als Einkommensarmut, denn „Armut im Sinne sozialer Ausgrenzung und nicht mehr gewährleisteter Teilhabe liegt dann vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind.“<sup>12</sup> Dass die soziale Herkunft eng mit Lebenschancen und Zukunftsperspektiven verknüpft ist, haben aktuelle Studien zur Kinderarmut eindrucksvoll belegt. Kindern von Armen bleiben erfolgreiche Bildungswege weitgehend verschlossen. Kinder selbst werden zunehmend zum Armutsrisiko für Familien.

Besonders Frauen sind trotz formaler Gleichstellung aufgrund der Dominanz der Erwerbsarbeit im Allgemeinen und im Bezug auf deren Bedeutung für eine ausreichende soziale Sicherung in besonderer Weise benachteiligt. Dies verweist zum einen auf die normative Grundlage unserer sozialen Sicherungssysteme, die eine ausreichende, eigenständige soziale Sicherung an das Normalarbeitsverhältnis knüpft und zum anderen auf die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung. Andere Formen menschlicher Arbeit (wie z.B. Familienarbeit und gemeinwesenbezogene Tätigkeiten), die überwiegend Frauen leisten, bleiben permanent unterbewertet. Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche in der Erwerbsarbeitsgesellschaft geht es deshalb um mehr als um kurzfristige Konzepte und Reparaturen. Es geht um grundlegende Reformen der sozialen Sicherung, die den Wandel der Arbeit berücksichtigen und den gesellschaftlichen Individualisierungs- und Privatisierungstendenzen nicht mit einem "Weniger" sondern einem "Mehr" an Solidarität begegnen. Es geht um die Entwicklung einer Vision zur aktiven Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft.

Voraussetzung hierfür kann nur ein umfassendes Verständnis von Arbeit sein, wie es 1981 in der päpstlichen Sozialzyklika *Laborem Exercens* und 1997 mit dem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen gefordert worden ist. Eine Verständnis von Arbeit, das die eingeschränkte Perspektive auf die Erwerbsarbeit überwindet und die unterschiedlichen

---

<sup>12</sup> Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005, S. 9



Formen der Arbeit als gleichwertig anerkennt. Eine so verstandene Tätigkeitsgesellschaft will die Arbeitsgesellschaft weiterentwickeln und alle Formen von Arbeit (Erwerbsarbeit, Privatarbeit, gemeinwesenbezogene Arbeit) in einem schlüssigen Lebensentwurf für Frauen und Männer integrieren sowie neue selbstbestimmte Formen initiieren. Neben einem umfassenden Arbeitsbegriff stützt sich die Tätigkeitsgesellschaft auf die Überzeugung, dass ein Mensch grundsätzlich „tätig“ sein will. Sie setzt zudem auf eine neue Beantwortung der Frage nach dem Sinn menschlicher Tätigkeit, die nicht einseitig auf Erwerbsarbeit reduziert werden darf, sondern eine größere Durchlässigkeit und Vereinbarung des Gefüges Erwerbsarbeit, individuelle und gemeinwesenbezogene Arbeit im Blick hat.

Ziel muss es demnach sein, Frauen wie Männern in wechselnden Lebenssituationen unterschiedliche Optionen (Arbeit, Familie, Bildungszeiträume etc.) und damit individuelle integrierte Lebens- und Arbeitsentwürfe zu eröffnen. Flexibilisierung kann auf diese Weise positiv gestaltet und an zeitgemäße Anforderungen angepasst werden. Denn es kann nicht sein, dass durch den zunehmenden Druck und die Erfordernisse der Erwerbsarbeit die nicht-marktfähigen menschlichen Begabungen und Kompetenzen unberücksichtigt bleiben oder Menschen gar davon abgehalten werden, Familien zu gründen. Gleichwohl gilt es zu betonen, dass die Idee der Tätigkeitsgesellschaft nicht darauf angelegt ist, Arbeitslosen (insbesondere den Frauen) die Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit zu überlassen, sondern durch Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens allen eine gleichberechtigte Teilnahme an allen Formen der Arbeit und Muße zu ermöglichen.

Die Tätigkeitsgesellschaft will mehr Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Die bisherige Organisation der Erwerbsarbeit, die Übermacht des Kapitals, die profitable Verwertung eingesetzten Kapitals auf den weltweiten Börsenplätzen unabhängig von der menschlichen Arbeit, die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und eine „Politik der Spaltung“ sind nur einige Faktoren, die für eine ungerechte Verteilung des weiterhin steigenden gesellschaftlichen Reichtums verantwortlich sind. Wenn heute immer mehr Menschen ihrer Chance beraubt werden, ihr Recht auf Arbeit<sup>13</sup> zu nutzen, um eine ausreichende soziale Sicherheit zu erwerben, dann müssen die Mittel zur Existenzsicherung auf andere Weise bereitgestellt werden. Dies ist gleichsam die notwendige Bedingung zur Realisierung der Tätigkeitsgesellschaft. Denn ein gesellschaftliches Bewusstsein, dass Arbeit mehr ist als Erwerbsarbeit, kann nur geschaffen werden durch die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit in Form eines garantierten Grundeinkommens. Der Individualbezug ist ein zentrales Element zur Relativierung der Dominanz der Erwerbsarbeit und ein wichtiger Schritt zur gleichwertigen Anerkennung und neuen Verteilung der unterschiedlichen Formen von Arbeit. Er dient insbesondere dazu, durch die direkte Förderung von jungen Menschen, Bildungszugänge – unabhängig vom finanziellem Familienhintergrund – neu zu eröffnen. Die Anforderungen an ein Grundeinkommen müssen weit über eine reine Prävention von Einkommensarmut hinausgehen. Denn es geht nicht allein darum, vom täglichen Existenzdruck zu befreien, sondern Freiräume zur gesellschaftlichen und individuellen Weiterentwicklung zu eröffnen. Freiräume, die bereits im Kern zerstört würden, wenn das Grundeinkommen an das Prinzip der Gegenleistung gebunden wäre.

Dessen ungeachtet kennt die Christliche Sozialethik durchaus eine individuelle ethische Pflicht zur Arbeit sowie die persönliche Verantwortung, sich in das Gemeinwesen einzubringen. Doch wo ist die Grenze? Wer will entscheiden, was gesellschaftlich sinnvoll und in welchem Umfang als Gegenleistung zum Grundeinkommen zu erbringen ist? In der Bibel steht Arbeit stehts im Zusammenhang mit einer verantwortlichen Weltgestaltung. Sie ist weder

---

<sup>13</sup> Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel 23), 10.12.1948





Beschäftigungstherapie noch Selbstzweck. Wer mag bewerten, welche Form der Erwerbsarbeit überhaupt diesem Verständnis von Arbeit entspricht? Was ist zum Beispiel mit den zahlreichen Berufen, welche die Umwelt schädigen und schlimmstenfalls allein dem Unternehmer ein gutes Leben ermöglichen? Wie sind dem gegenüber künstlerische Tätigkeiten zu bewerten, die den Menschen große Freude bereiten, den Akteur aber all zu oft in Armut zurücklassen? Zudem ist die moralische Pflicht zur Arbeit in einer Mangelgesellschaft sicherlich anders zu bewerten („wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ 2 Thess 3, 10) als in unserer Überflusgesellschaft, in der mit immer weniger Menschen immer mehr Güter und Dienstleistungen bereit gestellt werden können.

Der große Nestor der Katholischen Soziallehre Oswald von Nell-Breuning hat bereits in den achtziger Jahren sein Unverständnis darüber geäußert, dass wir nicht in der Lage sind, *das* Erfolgskriterium unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise - die Produktivität - zu nutzen, um durch Arbeitszeitverkürzungen Arbeit umzuverteilen und jeden in die Lage versetzen, sich um die wahrhaft wichtigen Dinge des Lebens zu kümmern. Das Grundeinkommen kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten, wieder dem Sinn des Lebens auf die Spur zu kommen. Es macht den Blick frei, Dinge in die Hand zu nehmen, die einfach brach liegen, weil sie nicht über den Markt vermittelbar sind. Natürlich werden sich auch in einer Grundeinkommengesellschaft Menschen der moralischen Verpflichtung entziehen, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, dennoch bietet sie weit mehr als die jetzige Erwerbsarbeitsgesellschaft eine Chance, Passivitätsspiralen zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Abwesenheit von Existenzängsten sowie von Sanktions- und Kontrollmechanismen könnte ungeahnte Energien frei setzen, sich seiner selbst in dieser Gesellschaft zu vergewissern und damit erst die Voraussetzung schaffen, nach den eigenen Möglichkeiten zu fragen. Dies ist durchaus im Sinne des Subsidiaritätsprinzips der Christlichen Sozialethik, in dem es eben nicht darum geht, Menschen ihrem Schicksal zu überlassen, sondern sie zur Eigenverantwortung zu befähigen.

Niemand vermag vorauszusagen, was sich in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen tatsächlich abspielen wird. Vieles hängt ab von den Rahmenbedingungen, die gegenwärtig je nach Perspektive und Begründungszusammenhang sehr unterschiedlich diskutiert werden. Die Tätigkeitsgesellschaft setzt aus Gerechtigkeitswägungen neben der Umverteilung von Arbeit vor allem auf einen Ausbau der staatlichen Bildungsinfrastruktur sowie auf einen Erhalt der Solidarität bei der Absicherung der Risiken des Lebens. Im krassen Gegensatz dazu verbinden andere Konzeptionen mit der Idee des Grundeinkommens gerade die Abschaffung der solidarisch finanzierter Sicherungssysteme. Allein an diesem Beispiel wird deutlich, dass es *das* Grundeinkommensmodell nicht gibt, sondern nur *die* gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zukunft von Arbeit und Einkommen. Was am Ende dabei raus kommt, ist offen. Die Demokratie als Gewinnerin steht jetzt schon fest. Denn mit der Verbreitung der Grundeinkommensidee ist über Milieu- und Parteigrenzen die Überzeugung gewachsen, eine Alternative zu gegenwärtigen Politik der vermeintlichen Sachzwänge ist notwendig und machbar. Selbst wenn das Grundeinkommen niemals Wirklichkeit werden wird, so könnte die laufende Debatte dazu führen, dass in die Gesellschaft zurückkehrt, was mit dem weltweiten Siegeszug des Kapitalismus verlorengegangen ist – die Vision vom guten Leben für alle.



Jörg Drescher gründete 1993 die „Initiative pro Mensch“ mit dem Beinamen „Projekt Jovialismus“.

Der Beitrag ist eine Zusammenfassung früherer Veröffentlichungen.

## Betrachtungen zum Grundeinkommen

### Ernährungswissenschaftliche Betrachtung

Auf den ersten Blick mag es etwas verwundern, weshalb ein Grundeinkommen unter ernährungswissenschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden soll.

Vielleicht wird es etwas klarer, wenn man sieht, dass Ernährung die Basis für den Lebenserhalt jedes Lebewesens ist. Körperliches, geistiges, psychisches und soziales Wohlbefinden wird wesentlich durch Ernährung gesteuert.

Schon der deutsche Statistiker Ernst Engel (\* 1821; † 1896) fand eine Gesetzmäßigkeit, die empirisch belegt wurde und als engelsches Gesetz in die Volkswirtschaftslehre einging.<sup>14</sup> Es besagt:

*Der Anteil eines Haushaltseinkommens, der für Ernährung ausgegeben wird, sinkt mit steigendem Einkommen.*

Dies ist soweit auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der Mensch nur eine bestimmte Menge an Nahrung aufnimmt, bis eine Sättigung eintritt. Demnach muss der Mensch nur einen bestimmten Teil seines Einkommens für seine Ernährung ausgeben.

Der Mensch braucht einen bestimmten Grundenergiebedarf, der ihm ein Leben ermöglicht. Das primäre Handlungsziel eines Menschen ist aus ernährungswissenschaftlicher Sicht, diesen Grundenergiebedarf zu decken.

Dies kann direkt erfolgen (z.B. Anbau von Kartoffeln) oder indirekt (z.B. Haareschneiden, um als Gegenleistung Kartoffeln zu bekommen).

Der Mensch versuchte schon immer seinen Energiebedarf (durch Werkzeugeinsatz) zu verringern, was bis zur industriellen Revolution führte. Damit ist gemeint, dass der Mensch lernte, seinen Energiebedarf auf Hilfsmittel zu verlagern (mechanische Maschinen, wie Webstühle; halbautomatische Maschinen, wie Windmühlen; vollautomatische Maschinen, wie computergestützte Produktionsanlagen). Trotzdem ist der eigene (menschliche) Grundenergiebedarf nicht wesentlich zurückgegangen, dafür wurde der Arbeitsaufwand geringer.

Betrachtet man alles bestehende Leben auf der Erde, fällt auf, dass Leben vor allem Stoffwechsel bedeutet. Ein alleiniges Recht auf Leben bringt allerdings wenig, denn dieses Recht heißt noch lange nicht, dass Stoffwechsel stattfinden kann.

Ein Recht auf Leben heißt demnach auch, zu garantieren, dass Stoffwechsel möglich ist. Eine Pflanze in der Wüste, der man ein Recht auf Leben zusichert, bedeutet nicht, dass diese Pflanze auch überleben wird.

Wie man für eine Pflanze gewisse Grundbedingungen zum Überleben festlegen kann (Wasser, „fruchtbarer Boden“, Licht, Temperatur), sind auch für Menschen gewisse

---

<sup>14</sup> Engel, Ernst; Die Productions- und Consumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, Zeitschrift des statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministerium des Inneren, Nr. 8 und 9 (1857).



Grundbedingungen definierbar. Allem voran, die Deckung des Grundenergiebedarfs durch Nahrung und Flüssigkeit.

Eine alleinige Deckung des Grundenergiebedarfs schützt allerdings nicht vor Kälte oder anderen Umwelteinflüssen. Aus diesem Grund trägt der Mensch Kleidung. Der Mensch erlebt auch unterschiedliche Jahreszeiten, in denen keine Nahrungsmittel wachsen. Deshalb lagert er Vorräte. Eine Behausung bietet Schutz vor Umwelteinflüssen, welche den Grundenergiebedarf zusätzlich senkt. Eine Wohnung reduziert den Grundenergiebedarf, bietet Schutz vor Umwelteinflüssen und ermöglicht die Lagerung von Vorräten und Kleidung.

Friedrich II. (\*1194 - †1250) wird nachgesagt, dass er einen Versuch mit Kindern durchführte, um die Ursprache herauszufinden. Er habe deshalb mehrere Säuglinge von der Außenwelt isoliert und den Ammen befohlen, die Kinder zwar zu säugen und sauber zu halten, aber verboten weder mit ihnen zu sprechen noch sie zu lieblosen. Die Kinder seien aufgrund der mangelnden menschlichen Zuwendung frühzeitig gestorben.<sup>15</sup> Deshalb ist eine soziokulturelle Teilhabe ein weiterer, überlebenswichtiger Grundbedarf.

Da diese Grundbedingungen weitgehendst z.B. auch in Konzentrationslagern gewährleistet waren, allerdings nicht menschenwürdigen Bedingungen entsprachen, wurden weitere Definitionen eingeführt, welche die Grundbedingungen für das Leben auf einer höheren Ebene rechtlich sicherstellen (z.B. Freiheit, Menschenwürde, Gleichheit, Meinungsfreiheit...). Diese höheren Bedingungen sind nicht zwingend zum Überleben notwendig, sondern zeigen den humanen Gedanken gegenüber den Mitmenschen auf und sind zum Beispiel deshalb in den allgemeinen Menschenrechten verankert.

## **Wirtschaftliche Betrachtung**

Grundlage eines jeden Wirtschaftssystems sind auf der Welt zu jeder Zeit folgende drei Aussagen:

- A) Alle Menschen verbrauchen Energie, die in Form von Nahrungsmitteln aufgenommen werden, um Leben zu können. Weiter sind andere Grundbedürfnisse vorhanden, um diesen Energiebedarf gering zu halten (Kleidung, Wohnung).
- B) Es gibt Menschen, die diesen Grundbedarf aus A nicht allein decken können. Im Normalfall sind das (gültig für alle Zeiten): Kinder, Behinderte, Kranke, Alte, kurz: alle Pflegebedürftigen; im speziellen Fall (bezogen auf heute): alle Menschen, die kein Geld, bzw. wenig Geld bekommen, um davon den Grundbedarf aus A zu finanzieren. Zu dieser Gruppe gehören dann auch jene Menschen, die zwar arbeiten, aber keine „Entschädigung“ für ihre Arbeit erhalten.
- C) Es gibt Menschen, die diesen Grundbedarf allein decken können. Im Normalfall alle außer den Pflegebedürftigen; im speziellen: Menschen, die über Produktionsmittel verfügen (Maschinen, Grundstücke, Arbeitskraft, Rohstoffe, vorhandenes Geld usw.)

Beim Kapitalismus konzentrieren sich die vorhandenen Produktionsmittel in immer weniger Hände; beim Kommunismus sollen die Produktionsmittel allen an die Hand geben werden – Privateigentum ist untersagt. Im Kommunismus bekommt jeder das Gleiche, was alle aus den Produktionsmitteln erwirtschaften; im Kapitalismus bekommt jeder den Anteil, den er selbst zur Produktion beiträgt.

---

<sup>15</sup> Umberto Eco, Die Suche nach der vollkommenen Sprache, 1994



Ein rein einkommensgestütztes Sozialsystem versucht durch Besteuerung der Personengruppe C das Problem der Finanzierung der Personengruppe B zu lösen und allen Menschen den überlebenswichtigen Konsum (A) zu ermöglichen.

Personengruppe C wird nicht unbedingt einsehen, warum sie Personengruppe B mitfinanzieren soll, ohne dass diese Personengruppe B etwas tut – vor allem, wenn die Abgaben immer höher werden. Dadurch entsteht Sozialneid (in umgekehrter Richtung des Kommunismus, der Neid auf Besitzende ist).

Eine reine Besteuerung der Ausgaben von A entlastet die Personengruppe C und führt zu weiteren Kapitalkonzentrationen bei der Personengruppe C, wenn dort keine Obergrenze vorhanden ist.

Ein Sozialstaat heißt in jedem Fall: Umverteilung, damit Personengruppe B mitgetragen wird.

### **Staatstheoretische Betrachtung**

Die Aufgabe eines Sozialstaats besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen und die allen die Chancengleichheit bieten, sich frei zu entfalten und zu verwirklichen, solange ein einzelner niemanden im gleichen Recht einschränkt.

Die Forderung einer sozialen Wirtschaftsordnung sieht vor, dass jeder Mensch ein Auskommen hat. Der Staat soll in diesem Fall eine gerechte Verteilerrolle einnehmen, um jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Dafür werden Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Steuerpolitik gefordert. Einerseits soll die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen gesichert sein und andererseits sollen Menschen diese Güter und Dienstleistungen konsumieren können.

Die Notwendigkeit, diese Güter zu produzieren und Dienstleistungen anzubieten, geht dabei nicht verloren. Arbeit bekommt dabei allerdings einen anderen Stellenwert.

### **Verhaltenstheoretische Betrachtung**

Unterstellt man, dass Arbeit ein bestimmtes Verhalten darstellt, dann ist Arbeit die Reaktion auf einen Reiz, die ein Subjekt zu einem befriedigenden Zustand führen soll.<sup>16</sup> Der zugrundeliegende Anreiz setzt einen Zustand voraus, der als unbefriedigend empfunden wird.

Die biologischen Voraussetzungen können einen Menschen zu einem bestimmten Verhalten zwingen, um einen unbefriedigenden Zustand abzuschaffen oder zu reduzieren (Hunger -> Nahrungssuche; Schutzbedürfnis -> Unterkunftssuche und Verteidigung; frieren -> Bekleidung; usw.). Der neue Zustand wird als befriedigend empfunden.

Da durch den Verdauungsvorgang immer wieder ein unbefriedigendes Gefühl auftritt (Hunger), soll das Verhalten zu dessen Linderung im weitem als *primäre Arbeit* bezeichnet werden. Der Reiz für *primäre Arbeit* hat einen rein biologischen Ursprung und dient der Selbsterhaltung.

Alle anderen unbefriedigende Zustände, die durch ein Arbeitsverhalten gemindert oder abgeschafft werden, sollen im weitem als *sekundäre Arbeit* genannt werden. Der Reiz für

---

<sup>16</sup> Als Grundlage für die Betrachtung: „*Basale Soziologie: Theoretische Modelle*“ (vierte, neubearbeitete Auflage, von Horst Reimann, Bernard Giesen, Dieter Hoetze und Michael Schmid; erschienen 1991 im Westdeutscher Verlag; Opladen



*sekundäre Arbeit* hat keinen direkten biologischen (überlebenswichtigen) Ursprung und dient nicht primär der Selbsterhaltung.

Die moderne Arbeitsteilung mit ihrem Gütertausch über das Tauschmittel Geld hat es ermöglicht, dass *sekundäre Arbeit* als Ersatz für *primäre Arbeit* geleistet werden kann. Ein Beispiel: ein Bauer, der Kartoffeln anbaut, leistet *primäre Arbeit*; ein Friseur leistet keine lebenserhaltende Arbeit, sondern „verschönert“ das Aussehen des Bauern – er leistet *sekundäre Arbeit*. Für den Bauern ist es befriedigend, sich die Haare schneiden zu lassen, weshalb er den Friseur mit Kartoffeln belohnt. Für den einfacheren Austausch von Waren und Dienstleistungen wurde Geld eingeführt.

Der Friseur schneidet dem Bauern aber nicht unbedingt deshalb die Haare, weil es für ihn befriedigend ist, sondern weil er seine wiederkehrende biologische Unzufriedenheit (Hunger) abschaffen oder reduzieren will.

Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass *primäre Arbeit* immer wichtig, aber *sekundäre Arbeit* nicht zwingend für das Überleben notwendig ist. Auch *primäre Arbeit* kann dabei zu *sekundärer Arbeit* werden, indem der Bauer z.B. mehr Arbeit leistet, um ein anderes Bedürfnis zu befriedigen (zum Beispiel: Schuhe bei einem Schuster kaufen).

Das Verhalten *Arbeit* (unabhängig ob primär oder sekundär) hängt, wie die Verhaltenstheorie besagt, damit zusammen, einen unbefriedigenden Zustand abzuschaffen oder zu reduzieren. So kann es für einen Mathematiker durchaus ein unbefriedigender Zustand sein, eine Aufgabe als ungelöst zu sehen und nach einer Lösung zu suchen; ein Künstler kann es als befriedigend empfinden, eine weiße Leinwand mit Farben zu bereichern; ein Musiker kann es als befriedigend empfinden, Stille mit Klängen zu erfüllen usw.

## **Verhaltenstheorie in Bezug auf Pflicht und Zwang**

Pflicht ist etwas, das aus einer inneren Einsicht heraus freiwillig (permanent) gemacht wird (in die Schule gehen, anderen Menschen helfen, essen, nicht töten...). Sie setzt Verstand voraus.

Zwang ist etwas von äußeren (vermeintlichen) Einsichten, dem sich ein Mensch beugen muss, solange es nicht selbst eingesehen wurde (in die Schule gehen, arbeiten, essen, nicht töten...). „Hunger“ (und primäre Arbeit) ist ein natürlicher Zwang, solange keine innere Einsicht dafür besteht.

Zwang ist dann nötig, wenn die permanente Nutzung eines Rechts (in die Schule gehen, arbeiten, essen...) oder die dauerhafte Einhaltung eines Verbots (töten, stehlen...) nicht über eigene Einsichten geschieht. Das heißt, Pflicht wird dann zum Zwang, wenn jemand einer Pflicht nicht durch eigene Einsicht freiwillig folgt und andere Zwangsmittel anwenden. Diese Zwangsmittel können belohnend oder bestrafend sein, weil sie jemanden (teils trotz innerer Einsicht) zu einem bestimmten Handeln „zwingen“.

Dabei gilt aus der Verhaltenstheorie:

*Belohnungen sind alle Sachverhalte, die dazu dienen, Mangel- und Spannungszustände, die ihrerseits als „Bestrafung“ empfunden werden, abzubauen oder zu reduzieren.*

Belohnung oder Bestrafung können demzufolge auch von anderen benutzt werden, um jemanden zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen. Solange das Verhalten nicht aus einer inneren Einsicht heraus geschieht, sind diese Mittel Zwangsmittel.



Andererseits kann eine Person, die belohnt oder bestraft wird, Mittel als Zwangsmittel sehen, wenn die innere Einsicht für den Einsatz dieser Mittel fehlt. Auch die Person, welche die Mittel verwendet, muss sich nicht unbedingt darüber bewusst sein, dass die eingesetzten Mittel Zwangsmittel sein können.

## Menschenbilder

Douglas McGregor prägte erstmals 1960 während seiner Professoren-Zeit am MIT in seinem Buch „*The Human Side of Enterprise*“ eine *Theorie X*. Sie wurde von ihm als Grundlage der traditionellen hierarchischen Betriebsführung gesehen. Jedoch lehnte McGregor die *Theorie X* ab und schlug eine *Theorie Y* als Alternative vor.<sup>17</sup>

Die *Theorie X* nimmt an, dass der Mensch von Natur aus faul ist und versucht der Arbeit so gut es geht aus dem Weg zu gehen. Prinzipiell ist er von außen motiviert, das heißt durch extrinsisch ausgerichtete Maßnahmen zu belohnen, bzw. zu sanktionieren. Im Gegensatz dazu geht die *Theorie Y* davon aus, dass der Mensch durchaus ehrgeizig ist und sich zur Erreichung sinnvoller Zielsetzungen bereitwillig strenge Selbstdisziplin und Selbstkontrolle auferlegt. Er sieht Arbeit als Quelle der Zufriedenheit und hat Freude an seiner Leistung. Auch Verantwortungsbewusstsein und Kreativität prägen dieses Menschenbild.

**Jovialismus:** Das joviale Menschenbild ist bewertungsneutral. Es geht weder davon aus, dass der Mensch eine angeborene Faulheit, noch einen angeborenen Tatendrang hat. Vielmehr besagt dieses Menschenbild: der Mensch hat grundlegende biologische Funktionen, die ihn für sich genommen zu *primärer Arbeit* zwingen, wenn ihm von außen nichts zugetragen wird (ein Mensch, der allein auf einer einsamen Insel ist, muss etwas tun, wenn er überleben will - die biologischen Funktionen, wie Hunger, Durst, Verdauung etc. zwingen ihn dazu).

Dieser Aspekt ist allerdings nur einer des jovialen Menschenbilds, denn es besagt weiter, dass der Mensch individuelle (teils angeborene, teils anerzogene) Eigenschaften (z.B. Aussehen, Größe, Gewicht usw.) und Fähigkeiten (z.B. Intelligenz, Kraft usw.) hat. Diese Eigenschaften und Fähigkeiten helfen dem Menschen, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Der Mensch ist dabei nicht „fest“, sondern entwickelt sich. Erfahrung wird zu Wissen, welches (durch Sprache) weitergegeben werden kann. Der Mensch kommt durch Verknüpfung von Erfahrung und Wissen zu Erkenntnissen. Äußere Umstände (allgemeiner Wissensstand, Zugang zu Wissen) beeinflussen diese Entwicklung, sowie die individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten. Dies wird über Arbeit gefördert.

## Abschließende Bemerkung zur verhaltenstheoretischen Betrachtung

Das bedingungslose Grundeinkommen soll weder Belohnung, noch Bestrafung sein, sondern dem Umstand der *primären Arbeit* gerecht werden, die nicht (mehr) für alle vorhanden ist. Will man dem Grundeinkommen einen Anreiz beimessen, so kann es nicht als Belohnung für ein Verhalten gesehen werden, sondern als Belohnung für einen Tatbestand – nämlich dem Menschsein. Dadurch wird ausgesagt, dass das Menschsein und ein menschliches Verhalten „belohnt“ wird.

Dabei soll nicht behauptet werden, dass ein Grundeinkommen Menschen sozialer oder menschlicher macht. Ein Grundeinkommen schafft aber eine wesentliche Voraussetzung, indem ein fundamentales Gefühl ausgeklammert wird: Existenzangst. Diese Existenzangst

---

<sup>17</sup> Kasper/Mayerhofer: Personalmanagement, Führung, Organisation, Wien 2002, ISBN 3-7073-0430-2  
Freese, Erich: Handwörterbuch der Organisation, Stuttgart 1992, ISBN 3-7910-8027-X



war auf der einen Seite eine wichtige Triebfeder für die Menschheitsentwicklung, aber auf der anderen Seite führte sie zu Missgunst und Kriegen.

Das Grundeinkommen bietet, je nach Auszahlungshöhe, Verständnis und Vermittlung unabsehbare Chancen für die Zukunft der Menschheit. Seit Urzeiten versucht sich der Mensch von primärer Arbeit zu befreien, um sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen. Früher geschah dies auf Kosten anderer – heute, mitten in den Auswirkungen der industriellen Revolution, sind wir in der Lage, ein Grundeinkommen für alle zu bezahlen.

Mit einem Grundeinkommen kommen auch neue Herausforderungen, denn eine alleinige regelmäßige Geldzahlung ist kein Anreiz, das Fortbestehen der Menschheit zu sichern.



**Enno Schmidt (\*1958) ist Künstler (Maler) aus Frankfurt/M, Mitbegründer und über viele Jahre geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens Wirtschaft und Kunst – erweitert, Mitglied der Zukunftsstiftung Soziales Leben, der Social Sculpture Research Unit an der Oxford Brookes University und Lehrbeauftragter des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an der Uni Karlsruhe.**

**Daniel Häni (\*1966) ist Unternehmer und Kulturraumschaffender, Mitbegründer und Mitglied der Geschäftsleitung des „unternehmen mitte“ in Basel. Ein grosses Kultur- und Kaffeehaus im ehemaligen Hauptsitz der Schweizerischen Volksbank mitten in der Stadt.**

**Der Artikel entstand als Beitrag zum 1. Mai 2007.**

## **Die neue Farbe der Arbeit**

Karl Marx ist tot, Rosa Luxemburg ist tot ... und die Farbe der Arbeit ist immer noch rot. Keine Frage: unter der roten Fahne des Klassenkampfes sind viele Verdienste an der Entwicklung der Gesellschaft im 20. Jahrhundert zu verbuchen. Doch schon Paul Lafargue, der umtriebige Schwiegersohn von Karl Marx, sagte: „Wenn die Arbeit etwas Schönes und erbauliches wäre, hätten die Reichen sie nicht den Armen überlassen.“ Dies war der Arbeitsbegriff des 19. und auch noch des 20. Jahrhunderts. An ihm hängen die Linke, die Gewerkschaften, das Gefühl von Mangel und vor allem das Denken an den eigenen und darum nur kleinen Vorteil. Dieser Arbeitsbegriff geht jetzt unter und wer sich an ihn klammert mit ihm. Was ist die neue Farbe der Arbeit?

### **Arbeit ist nicht gleich Erwerbsarbeit**

Soziale Sicherheit, Integration durch Erwerbsarbeit, das Recht auf Einkommen verkleidet im „Recht auf Arbeit“ waren emanzipatorische Schritte. Aber das verkürzt verstandene „Recht auf Erwerbsarbeit“ hat sich zum „Zwang zur Arbeit“ verdreht, zu einer Arbeit dort, wo keine mehr ist, zu Beschäftigungsprogrammen, Sozial-Dedektivismus, Stigmatisierung. Dem Arbeitsverbot für „Arbeitslose“ stehen die Arbeitsplatzhalter mit „innerer Kündigung“ gegenüber. Es wird schlimm, wenn Institutionen um ihr Überleben kämpfen und das Sinnen nach einer Neuorientierung verkeilen.

Arbeit gibt es so viel, wie es Menschen gibt. Nur die rote Erwerbsarbeit nimmt ab. Rot heisst hier: müssen, verharren im Alten und Einverständnis mit allem Zwang, aller „Ungerechtigkeit“, wenn sie nur ein klein wenig gerechter verteilt wird. Die neue Farbe ist die des Könnens aus dem Wollen. Der Sinn der Arbeit ist das Schöpferische. Das kann im Kleinsten und im Dienendsten sein, wie auch im Betreten von Neuland.

### **Hammer und Sichel**

Der rote Arbeitskampf ist Anachronismus. Hammer und Sichel symbolisierten Industrie und Landwirtschaft. Das Pathos bezieht sich auf das Schaffen „im Scheweisse des Angesichts“. Maschinen und optimierte Verfahren haben uns vieles davon abgenommen. Und mehr noch: eine ökologische und nachhaltig vernünftige Landwirtschaft hat ihren Fokus längst erweitert; hin zu einer Arbeit aus Einsicht und Hinwendung. „Macht euch die Erde Untertan“ ist die forsche Übersetzung des Bibelwortes durch Luther. „Macht euch die Erde zu Eigen“ lautet die genauere Übersetzung; nehmt euch ihrer an. Industrielle Landwirtschaft zum Beispiel führt zu unbezahlbaren Schäden an Erde, Pflanze, Tier und Mensch. Wer es sehen will, sieht es: Neue Arbeitsfelder sind entstanden und diese können nicht immer, unbedingt, allein und direkt über den Verkauf von Produkten finanziert werden.





## **Gefangen im Überfluss – Vollbeschäftigung eine Utopie**

Wir leben faktisch im Überfluss von Waren und von freien Produktionskapazitäten. Es hat genug für alle, nur bekommt es nicht jeder. Die Idee der Vollbeschäftigung wird jeden Tag mehr zur Utopie. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ihre Verbände und Interessenvertreter haben sich “gegeneinander“ für das gleich Ziel festgebunden: Beide beschwören sie die Vollbeschäftigung mittels Wachstum. Wer da nicht Rot sieht, ist wohl farbenblind.

## **Arbeiten will jeder, Einkommen braucht jeder**

Da tritt eine Idee in den Vordergrund: Grundeinkommen bedingungslos für jeden Menschen und Besteuerung des Konsums anstelle der Arbeit. Denn Arbeit ist ein Bedürfnis. Mit dem Grundeinkommen darf es das sein. Und Einkommen ist nicht mehr nur Lohn, sondern eine bedingungslose Notwendigkeit.

## **Es gibt viel zu tun!**

Die „Erwerbs-Vollbeschäftigung“ ist vorbei. Arbeit aber gibt es in Hülle und Fülle. Sie hat eine neue Farbe: Man tut sie, weil man darin Sinn findet. Sie ist weniger Produktorientiert und nicht mehr unbedingt und unmittelbar mit geldlichem Lohn verbunden; deshalb aber nicht weniger wert. Sie hat mehr mit individuellen Fähigkeiten und auch mehr mit individuellem Bedarf zu tun.

Auf eine Formel gebracht: Alles was Maschinen nicht können, was nur Menschen können, ist die neue Arbeit. Sie wird nicht besser durch weniger, sondern durch mehr Aufwand. Zum Beispiel in Familie, Landwirtschaft, Ökologie, Pflege, Gesundheit, Schule, Bildung, Forschung, Entwicklung, Kulturarbeit, Kunst, Muße, Initiativen und Projekten und nicht zuletzt in der Persönlichkeitsentwicklung ... und in Tausend und einer – Ihrer – Sache mehr.

## **Stellen Sie sich vor, es ist ein Arbeitstag und sie können tun, was sie für wirklich sinnvoll halten.**

Zum 1. Mai 2007

Enno Schmidt und Daniel Häni

<http://www.initiative-grundeinkommen.ch>



Matthias Dilthey ist Vorsitzender der „Partei für sozial gerechte Demokratie“.

Der Beitrag wurde als Erklärung des Dilthey-Modells zur Ausgestaltung eines emanzipatorischen BGE im April 2007 veröffentlicht.

## Essay: „Über die Arbeit“

Es gibt nicht viel darüber zu schreiben, was nicht schon geschrieben wäre.

Ich muss arbeiten, um es zu was zu bringen.

Ich muss arbeiten, um Anerkennung zu erlangen.

Ich muss arbeiten, um meine Liebsten zu ernähren.

Ich muss arbeiten, um nicht der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen.

Ich muss arbeiten, um ...

Ich will arbeiten, um es zu was zu bringen.

Ich will arbeiten, um Anerkennung zu erlangen.

Ich will arbeiten, um meine Liebsten zu ernähren.

Ich will arbeiten, um nicht der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen.

Ich will arbeiten, um ...

Will ich, oder muss ich arbeiten? Arbeiten, was ist das überhaupt?

Kaum ein anderer Begriff ist so undefiniert, wie der Arbeitsbegriff.

Nehmen wir als Beispiel einen Gärtner: für einen Gärtner ist das Pflegen und Anlegen eines Gartens Arbeit. Andere pachten sich extra einen Garten, um diesen in der Freizeit anzulegen und zu pflegen. Der Garten dient als Freizeitgestaltung, als Hobby.

Jetzt könnte man argumentieren, der Gärtner arbeitet nicht, er geht seinem Hobby nach.

Aber auch diese Argumentation geht ins Leere: der arbeitslose Gärtner könnte sich jederzeit einen Schrebergarten pachten und so seinem Hobby nachgehen. Man sollte meinen, so wäre alles wieder gut. Trotzdem meint der arbeitslose Gärtner, er möchte wieder Arbeit.

Diesen Widerspruch versuchen wir mit dem Begriff „Erwerbsarbeit“ zu umgehen. Erwerbsarbeit ist jede Tätigkeit, für die man Geld als Gegenleistung bekommt.

Aber auch diese Definition geht ins Leere: ein Kunstmaler malt ein Bild, für das er zu Lebzeiten keinen Käufer findet. Er stirbt völlig verarmt. Er hatte also keine „Erwerbsarbeit“ geleistet. Nach seinem Ableben erzielt jedoch dieses Gemälde plötzlich einen horrenden Preis. Wurde aus dem brotlosen Hobby auf einmal Erwerbsarbeit?

Definiert man um und sagt, Erwerbsarbeit ist eine Tätigkeit, für die man zeitnah Geld als Gegenleistung erhält, wäre diese Problematik gelöst.

Diese Definition führt aber zu einer völligen Entkoppelung von Arbeitsleistung und Erwerbsarbeit. Denn dann, nehmen wir das obige Beispiel des Kunstmalers, hätte der „Leistungserbringer“ nicht erwerbsgearbeitet, der Erbe des Bildes hingegen schon. Obwohl er keinerlei Leistung zu seiner „Erwerbsarbeit“ beigetragen hat – eine tätigkeitslose Tätigkeit.



Dann muss aber konkludent der Maler des Bildes erwerbslose Erwerbsarbeit geleistet haben, denn das Bild stellt ja das Objekt der tätigkeitslosen Tätigkeit das Erben dar.

Jedoch kann es definitionsgemäß keine „erwerbslose Erwerbsarbeit“ geben. So führt auch der Begriff „Erwerbsarbeit“ ins Leere.

Die calvinistische Arbeitsethik versucht sich um die Frage „was ist Arbeit“ herumzudrücken und stellt darauf ab, dass die Existenzberechtigung des Menschen ausschließlich darin besteht, zu arbeiten.

Dabei fasst Calvin den Arbeitsbegriff (gemessen an heute) extrem weit. So zählt bei Calvin z.B. die Tätigkeit einer Hausfrau als Arbeit, ebenso die Gartenpflege des Hobby-Gärtners.

In unserer heutigen extrem arbeitsteiligen Welt, in der jeder ausschließlich für andere arbeitet (im Sinn von produzieren, fertig stellen), aber kaum mehr für sich selbst, ist Erwerbsarbeit keine Frage der Sinnhaftigkeit, sondern des Auskommens.

Koppelt man jedoch Auskommen an Erwerbsarbeit, folgt daraus, dass es leistungsloses Auskommen und auskommenslose Leistung gibt.

Ein Zustand, den auskommenslose Leistungserbringer als überaus ungerecht empfinden. Und leistungslose Auskommensbezieher unbedingt aufrecht erhalten möchten.

Das führt zwangsläufig zu einem vorübergehenden Überhandnehmen der leistungslosen Auskommen, denn einerseits wird ein leistungsloser Auskommensbezieher alles unternehmen, um einen Leistungserbringer vom Auskommensbezug fernzuhalten. Der Leistungserbringer würde aktiv oder passiv früher oder später das leistungslose Auskommen in Frage stellen.

Andererseits ist es wesentlich weniger zeitaufwendig, leistungslos Produkte zu vermarkten, als leistungsbezogene Produkte zu innovieren. Als beispielhafte Belege führe ich Klingeltöne für Mobiltelefone oder Markenkult an.

Innovativ wäre ein von Umgebungsgeräuschen gesteuerter Klingelton, der sich deutlich abhebt. Oder ein Kleidungsstück, das sich selbsttätig den Witterungsbedingungen anpasst. Leistungslos sind Musik-Samples als Klingelton oder Markenaufdrucke bei Bekleidung.

Früher oder später wird sich das leistungslose Auskommen von selbst eliminieren. Entweder, weil sich die auskommenslosen Leistungserbringer das nicht länger gefallen lassen, oder, weil das leistungslose Auskommen sich nicht länger finanzieren lässt.

## **Automatisation und Arbeit**

Während es bis vor wenigen Jahren noch möglich war, Erwerbsarbeit über eine wie auch immer geartete Leistungsmessung zu definieren (Leistungsprämien, Arbeitsanforderungen, notwendige Ausbildung etc.), zeigt die zunehmende Automatisation immer stärker die Schwachpunkte und Fehler dieses Systems auf.

In der Automobilproduktion wurden immer mehr Schweißer durch Roboter ersetzt. Das wirft eine entscheidende Frage auf:

Arbeitet jetzt ein Roboter an Stelle des Menschen?

Bejaht man diese Frage, hätte das weitreichende Auswirkungen auf den Arbeitsbegriff. Denn dann würde Arbeit zumindest in Teilbereichen über die Wertschöpfung oder über den Energieeinsatz definiert.



Verneint man diese Frage, negiert man damit auch den Leistungsbezug der Arbeit mit den oben besprochenen Widersprüchen.

Laut Karl Marx können ausschließlich Menschen arbeiten. Ordnet man jetzt dem Roboter den vorherigen Arbeitsplatzinhaber (also den Schweißer) als Aufseher bzw. Maschinenführer zu, wäre der Marxschen Arbeitsdefinition in soweit genüge getan.

Nachdem aber der Roboter weder einer Aufsicht noch eines Maschinenführers bedarf, würde der Arbeiter ein leistungsloses Auskommen erzielen. Das beinhaltet natürlich auch die oben beschriebenen Definitionsprobleme.

Marx schweigt sich jedoch über die Variante aus, dem Schweißer weiterhin sein leistungsloses Auskommen zu bezahlen, ihn aber von seiner Anwesenheit am Produktionsort freizustellen, die für den Produktionsprozess ohnehin nutzlos ist.

Verfolgt man diesen Gedanken weiter, wird man nicht umhin kommen, den Roboter und seinen „Maschinenführer“ als Team anzusehen. Wobei dann natürlich die Frage der Lohnaufteilung zwischen Roboter und Mensch zu stellen ist.

Dabei hat der Roboter eine genau definierte Lohnuntergrenze. Erhält er nicht genug Energie zum Arbeiten (=Lohn), stellt er ohne zu murren oder zu maulen seine Tätigkeit einfach ein. Hebt man den Lohn wieder auf ein erträgliches Niveau an, wird er seine Arbeit problemlos und stillschweigend wieder aufnehmen.

Nachdem sich mit dem Roboter nicht über Löhne verhandeln lässt, bleibt dem Arbeiter bezüglich der Höhe seines leistungslosen Auskommens nichts anderes übrig, als sich auf das zu beschränken, was der Roboter nach Abzug seiner Energiekosten dem „Partner“ übrig lässt.

Im Umkehrschluss bedeutet das, je niedriger die Energiekosten sind, desto mehr verbleibt für das leistungslose Auskommen beim Menschen – vorausgesetzt, Preis und Gewinn bleibt konstant.

Diese Betrachtung führt im Ergebnis zu der Definition, dass Erwerbsarbeit (sei sie menschlichen oder maschinellen Ursprungs), nichts anderes sein kann, als der wirtschaftlich genutzte Energieanteil an der Produktion.

Daraus leitet sich wiederum eine prinzipielle Gleichwertigkeit der Arbeit ab, denn der biologische Energieumsatz eines Hilfsarbeiters kann sich nicht wesentlich von dem eines Professors unterscheiden. Und die wirtschaftliche Ausrichtung kann in beiden Fällen ein gleiches Maximum nicht übersteigen.

Gleichzeitig ergibt sich daraus primär eine monetäre Wertlosigkeit der Arbeit. Denn erst das fertige, verkaufte und bezahlte Produkt stellt monetäre Wertschöpfung dar.

Eine differenzierte monetäre Abgeltung eines monetär wertlosen Beitrags (Arbeit) zur Produktion führt zwangsläufig zu Inkonsistenzen im System.

Nun könnte man alle am monetären Produkt-Wertschöpfungsprozess beteiligten für ihre eingebrachte Arbeit anteilig entschädigen. Dazu müsste aber der Produkt-Wertschöpfungsprozess eindeutig abgrenzbar sein.

Diese Abgrenzbarkeit ist aber keinesfalls ordentlich möglich, wie das Beispiel „Automobil“ belegt:

Automobile zu fertigen, ist das Eine. Einen Absatzmarkt für Automobile zu haben, das Andere.



Um ein Auto zu bauen, bedarf es nicht viel: Ein wenig Metall, etwas Plastik, eine Portion Know-how, Silizium (Sand) für Chips und Glas - fertig ist das Auto.

Um ein Auto zum Laufen zu bringen, ist schon mehr Aufwand nötig. So braucht man Raffinerien, um Benzin herzustellen. Damit der Sprit die notwendige Qualität bekommt, bedarf es einer kompletten Chemieindustrie. Ähnliches gilt für notwendige Schmierstoffe.

Jetzt läuft das Auto, man könnte fahren. Doch wo ist die notwendige Straße? Wo sind die Tankstellen, um auch fern der Heimat wieder zurückzukommen? Wo sind Ampeln, um den Verkehr zu regeln?

Autos sind schnell gebaut; monetär werthaltig werden sie erst, wenn sie verkauft und bezahlt sind. Doch wer würde ein Auto kaufen, wenn es keine Straßen zum Fahren, keine Tankstellen zum Tanken, gäbe?

Somit trägt der Straßenbauer zum monetären Wertschöpfungsprozess der Automobilindustrie bei. Ohne Straßenbauer keine Wertschöpfung im Automobilbau, jedoch ohne Automobile auch keine Wertschöpfung im Straßenbau.

Unsere hoch arbeitsteilige Gesellschaft ist sogar auf den nicht erwerbsarbeitenden TV-Junky angewiesen. Ohne jemanden, der ständig vor dem Fernseher „arbeitet“, könnten die TV-Sender keine Werbeeinnahmen generieren, die ihnen zur monetären Wertschöpfung verhelfen.

Je mehr arbeitsteilig unsere Gesellschaft und Wirtschaft wird, um so weniger lassen sich monetäre Wertschöpfungen Einzelnen oder einzelnen Gruppen zuordnen.

Möchten wir, dass unsere Gesellschaft wieder bzw. weiterhin ein friedliches und soziales Miteinander pflegt, müssen wir das Auskommen der Menschen sicherstellen, indem wir jedem gleichermaßen seinen Grundanteil am monetären Wertschöpfungsprozess in Form eines Bürgergeldes / bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) auszahlen.

Dabei handelt es sich keineswegs um eine Form der Sozialhilfe, sondern um einen aus der jovialen Arbeitsethik logisch und zwingend begründenden Rechtsanspruch.

Wenn nicht mehr eindeutig und somit gerecht zu differenzieren ist, wer in wie weit am monetären Wertschöpfungsprozess beteiligt ist und wer nicht, so kann eine gerechte Lösung ausschließlich in einer gleichmäßigen Verteilung bestehen - zumindest von Teilen des Erwirtschafteten.



Dr. Sascha Liebermann hat an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main Philosophie (M.A.), Soziologie und Psychoanalyse studiert. Er ist Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“.

Der Beitrag wurde auf Grundlage eines Vortrags zum 2. Treffen des deutschen Netzwerk Grundeinkommen bei der Konferenz „Zukunft der Gerechtigkeit“ der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 11.12.2004, für dieses Buch angepasst.

## **Freiheit durch Bedingungslosigkeit:**

### **Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger – Bestimmung und Konsequenzen**

#### **Krisenphänomene**

Alle europäischen Staaten ringen seit Jahren mit demselben Problem, das nach einer Lösung verlangt: der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Debatten in den einzelnen Ländern sind – bei allen Unterschieden, die sich aus ihrer Geschichte und Kultur ergeben – so ähnlich wie die Lösungskonzepte, die gepriesen werden. Mit gutem Recht kann deshalb von einer europäischen Krise gesprochen werden, denn die schwierige Lage ist nicht das Ergebnis einer bestimmten Landespolitik. Vor allem, und das muß hier hervorgehoben werden, ist diese Krise im Kern nicht arbeitsmarktpolitisch oder pekuniärer, sondern legitimatorischer Natur. Sie trifft die Staaten in ihrem Selbstverständnis als demokratische Gemeinwesen, denn in allen gilt gleichermaßen: ein erwünschtes Einkommen erzielt nur, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer dieser Anforderung nicht nachkommt, der scheitert. Ob selbstverschuldet oder nicht, wer arbeitslos ist, erfüllt eine normative Erwartung seiner Gemeinschaft nicht. Er versagt darin – und dies ist der Kern der Krise – seinen Verpflichtungen als Bürger nachzukommen, denn Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensquelle, die als solche von den politischen Gemeinschaften normativ anerkannt wird. Auf diese Krise und das mit ihr verbundene „Versagen“ gründen sich alle Maßnahmen, die einen höheren Druck auf Leistungsempfänger vorsehen, alle Programme also, die Arbeitslose „aktivieren“ wollen, als gründe die schwierige Lage in der mangelnden Bereitschaft der Bürger, einen Beitrag leisten zu wollen.

In Deutschland hat man aus Bürgern „Kunden“ staatlicher Arbeitslosenverwaltung gemacht, als fragten sie angesichts eines Bedürfnisses, das sie haben, eine Dienstleistung nach auf die sie genauso gut verzichten könnten: Bürger werden zu Konsumenten degradiert. Perfide ist das, denn: wer arbeitslos ist, kann nicht wählen, ob er diese Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Er benötigt ein Einkommen für sein Auskommen. Diese Krise der Autonomie des Bürgers ist eine der Integrität, die daher rührt, die normative Erwartung der Gemeinschaft nicht mehr zu erfüllen und auf ein Ersatzeinkommen angewiesen zu sein. Eine objektive Stigmatisierung lastet auf dem Einzelnen, von der er sich nicht freimachen kann, selbst wenn er zu dieser Lage eine zynische Haltung einnimmt. Sanktionsmaßnahmen hat jeder Bezieher von Einkommensersatzleistungen zu gewärtigen, falls er den Pflichten nicht nachkommt, die ihm auferlegt werden. Manche mögen angesichts ihrer bedrückenden Lage in Zynismus einen Ausweg suchen, doch er sich keine Befreiung von der Stigmatisierung, sondern eine Reaktion auf sie. Wer zynisch ist, versucht damit den Druck abzuwehren, der durch die Vergabebedingungen von Ersatzleistungen auf ihn ausgeübt wird. Dieser Druck, und das ist erstaunlich spricht den Bürgern einen Generalverdacht aus, nach dem Motto: Wer nicht kontrolliert wird, engagiert sich nicht und mißbraucht das Gemeinwesen. Solche



„Aktivierungspolitik“ richtet sich gegen die Grundfesten jeden demokratischen Gemeinwesens: die Bürger.

An die Seite solcher politischer Entscheidungen ist ein Geist des Kalküls, ein Drängen nach Berechenbarkeit getreten. Alternativen zur gegenwärtigen Lage werden nicht gestalterisch erdacht, indem wir die Frage beantworten: was wollen wir? Wie soll die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen? Statt dessen beherrschen diejenigen die politische Debatte, die uns Bürger nur als Rechen- bzw. Steuerungsgrößen betrachten. Expertenhaft wird auf Alternativvorschläge herabgeblickt, die ausgetretene Pfade verlassen und ihnen attestiert, die Krise am Arbeitsmarkt werde doch in den kommenden Jahrzehnten wieder verschwinden. Sind erst einmal die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge überwunden, so die Behauptung, werde sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Was aber würde eine solche Entwicklung angesichts der allgemeinen Arbeitsverpflichtung verändern? Gar nichts, lediglich wäre der Umfang von Arbeitslosigkeit im heutigen Sinne gemindert, womöglich verschwände sie langfristig. Freiheit aber, und zwar politische Freiheit der Bürger, erwächst nicht aus geringer oder keiner Arbeitslosigkeit. Freiheit der Wahl, Freiheit des Engagements, wo immer es für richtig und wichtig erachtet wird, ist nur möglich, wenn der Einzelne frei davon ist, ein Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen zu *müssen*. Genau dies ist der Zweck eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger von der Wiege bis zur Bahre, doch darauf komme ich noch zurück.

Per Berechnung die Zukunft gestalten zu wollen, dieser Geist scheint ein Signum unserer Zeit. Wir können ihn zurecht als Verweigerung begreifen, grundlegende Fragen zu stellen. Im Vertrauen darauf, daß es uns gelingen wird, könnten wir Schritte wagen, die nur eine Fortentwicklung des Vergangenen nach den Möglichkeiten der Gegenwart bedeutet. Doch das sehen wir gar nicht, weil wir ängstlich auf gegenwärtige Probleme starren und nicht sehen, daß sie hausgemacht sind.

Eine symbolische Abschaffung der politischen Gemeinschaften hat schon vor geraumer Zeit eingesetzt. Als gebräuchlich kann die Redeweise gelten, Staaten stehen im Wettbewerb untereinander, sie konkurrieren um Unternehmen, um Arbeitnehmer, um Studenten. Politische Gemeinschaften werden zu Standorten umgewertet und dies sogar von denjenigen, die sie repräsentieren: unseren Politikern. Politische Gemeinschaften mit ihrer jeweils eigenen Geschichte bestehen aber um ihrer selbst willen und nicht als Schauplätze eines wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie sind Ort der Seßhaftigkeit und der Beheimatung, an der eine Praxis, ein handelndes Subjekt, seine Entscheidungen ausrichtet. Gemeinschaften existieren um ihrer selbst willen, Standorte hingegen können geschlossen, Unternehmen stillgelegt, Arbeitskräfte entlassen werden – Bürger aber nicht. Eine politische Gemeinschaft folgt einer anderen Zwecksetzung: sie bildet den Grund und das Fundament jeglichen Wirtschaftens. Diese grundlegende Einsicht ist heute zumindest in der öffentlichen Debatte von der Vorstellung verdrängt worden, daß sich die Nationalstaaten nach dem Markt zu richten haben. Aber was ist der Markt? Er existiert nicht ohne das Wollen einer politischen Gemeinschaft. Kein Markt, ohne eine Solidargemeinschaft, aus der er hervorgeht; kein Markt, ohne einen Wertekonsens, auf dessen Basis Bürger ihr Eigeninteresse radikal verfolgen. Der Markt ist also kein Konstituens demokratischer Gemeinwesen, sondern eine Resultante, er bedarf ihrer vielmehr als sie seiner.

Nicht nur haben die Verfechter eines solchen Primats des Marktes für die Popularität von Begriffen wie Wettbewerb und Effizienz gesorgt – seine Kritiker haben zu dieser Aufwertung beigetragen. Wo die Verfechter des Marktprimats angegriffen und als Apologeten des Kapitalismus, als Demagogen der Eigenverantwortung entlarvt werden, erleidet jedes



Bemühen zur Stärkung der Bürger dasselbe Schicksal. Wer heute von Freiheit und Autonomie der Bürger spricht und ein bedingungsloses Grundeinkommen vorschlägt, wird von der Linken als Neoliberaler, von den Neoliberalen hingegen als Kommunist denunziert. An dieser reflexhaften Verbannung eines Vorschlags in ein ideologisches Lager erkennen wir das Elend der öffentlichen Diskussion: Die Neoliberalen sind gar nicht liberal, die Linken wollen nicht den Bürger stärken. Beide mißtrauen der Gemeinwohlbindung des Einzelnen und sind überzeugt, daß aus eigenem Antrieb gar kein Beitrag zum Gemeinwohl geleistet werde. Aus diesem Grund schlagen sie vor, Anreizsysteme einzusetzen, denn nur sie gewährleisten eine Ausrichtung des Einzelnen am Ganzen: Wie eine Karotte vor des Esels Nase sollen Anreize die Bürger in die Richtung leiten, in die die Neoliberalen sie marschieren sehen wollen. Die Linken hingegen wollen dem Einzelnen sein Pflichtteil auferlegen, das er im „Reich der Notwendigkeit“ – des Wertschöpfungsprozesses – abzuleisten hat. Was jenseits der Erwerbsarbeit geleistet wird: Erziehung der Kinder, Loyalität der Bürger als Bürger zur normativen Ordnung, ehrenamtliches Engagement – all das ist für beide unbedeutend, obwohl wir genau wissen, daß kein Gemeinwesen ohne sie überhaupt existieren könnte. Brüder im Geiste, so stehen die Neoliberalen heute mit den Linken Schulter an Schulter gegen die Freiheit, wie sie ein bedingungsloses Grundeinkommen erstrebt. Beide sind also Symptom nicht Lösung unserer Probleme, beide haben keinen Sinn dafür, wie unersetzlich die Bürger als Fundament demokratischer Gemeinwesen sind: Ohne sie ist alles gar nichts.

Für beide, Marktverfechter und Kapitalismuskritiker, steht also die Legitimität von Herrschaft durch den Volkssouverän, die Gemeinschaft der Bürger, unter Ideologieverdacht – zumindest ist sie kein Positivum, auf das sie sich beziehen. An ihrer Statt wird sich auf die Menschenrechte bezogen – ein Abstraktum, das nur durch eine Instanz wirklich werden, nur durch sie in Kraft treten kann: die politische Gemeinschaft. Wenn nicht die Bürger das Gemeinwesen tragen, wer dann? Es reicht aber nicht, auf die basale Bedeutung der Bürger hinzuweisen, wir müssen die Verantwortung auch tragen wollen.

Kehrseitig zum allseitigen Mißtrauen, das nun schon die Reformen der letzten Jahre uns Bürgern ausgesprochen hat, sprechen wir Bürger es uns selbst allzu oft aus. Wo Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vonnöten wären, wo um unsere Zukunft gestritten werden müßte, dort rufen wir allzu gern nach Experten, wenn wir nicht gar einen Wandel für kaum denkbar halten. Reformvorschläge, die einen großen Schritt verlangen, die ein Wagnis sind, erklären wir schnell für unrealistisch, idealistisch, utopisch, doch: wo es keine Utopie gibt, dort gibt es keine Chance den status quo zu verlassen, ihn zu überschreiten. Sicher muß eine Auseinandersetzung in Entscheidungen münden, doch sie können erst getroffen werden, wenn wir wissen, wohin der Weg führen soll. Angesichts der Krise ist eine öffentliche Auseinandersetzung genau dasjenige, was wir benötigen.

Unsere politische Gemeinschaft gründet sich auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Bürger sind das Fundament dieser Gemeinschaft, wir sind der Volkssouverän. Unsere Abgeordneten, die in den Parlamenten und Regierungen unserer Demokratie Entscheidungspositionen bekleiden, erhalten von uns den Auftrag, Entscheidungen so zu treffen, daß sie unsere Gemeinschaft stärken und daß sie langfristig ihr Fortbestehen sichern. Wir delegieren diese Verantwortung nur, wir geben sie nicht ab. Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient, sagt man – sie bleiben solange in ihrem Amt, wie wir ihnen unsere Zustimmung aussprechen. Werden sie den Anforderungen und zu lösenden Aufgaben nicht gerecht, müssen wir sie abwählen oder aber ihnen auf anderem Wege mitteilen, daß sie nicht in unserem Sinne entscheiden. Dafür gibt es viele Wege und Orte, die öffentliche Auseinandersetzung ist ein Ort dazu.





Wie aber sieht es dort aus? Die Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, den politischen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, ihn anzufachen und Lösungsvorschläge darzulegen – von ihnen hörte man in den letzten Jahren nicht allzuviel, besonders wenig solange sozialdemokratische Regierungen am Ruder waren. Statt radikale Kritik zu üben und Alternativen zu entwerfen, dienten und dienen sie sich der Politik als Berater an. Gegenentwürfe, die die politische Gemeinschaft stärkten, wurden kaum vorgetragen, die Debatten steckten fest. Zaghafte zu Beginn, seit dem Sommer 2006 deutlich vernehmbar, haben es die Grundeinkommensaktivisten geschafft, das Thema in die öffentliche Diskussion zu tragen. Mehr und mehr Initiativen gibt es, die sich lokal engagieren und Veranstaltungen organisieren. Ein Kalender, der alle Termine bündelt weist mittlerweile jede Woche mehrere Veranstaltungen in ganz Deutschland aus.<sup>18</sup> Es scheint, als sei das Land im Westen, das keine allzu freiheitliche Tradition hat, nun zum Vorreiter der Grundeinkommensdiskussion geworden.

Als wir – die Initiative ‚Freiheit statt Vollbeschäftigung‘ – im Dezember 2003 anfangen, öffentlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen zu streiten, waren die Aussichten, daß es zu einer öffentlichen Diskussion kommen würde, nicht allzugut. Doch die Resonanz auf unseren Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger und das Engagement anderer Initiativen hat verdeutlicht, daß die Zeit für eine solche Debatte reif ist. Auch die Parteien beschäftigen sich mittlerweile damit, offenbar war der öffentliche Druck groß genug geworden, wenn auch die Debatte noch nicht in der Breite geführt wird.

Nachdem nun die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen sich in der Öffentlichkeit etabliert zu haben scheint, ist die Zeit für Differenzierung gekommen. Die Grenzlinien zwischen einem bedingungslosen Grundeinkommen, das mit der Freiheit ernst macht, und anderen Vorschlägen, die nur eine Liberalisierung gegenwärtiger Sozialleistungen anstreben, in aller Klarheit zu ziehen, soll im folgenden geleistet werden.

## **Ein bedingungslose Grundeinkommen**

### **Weshalb bedingungslos und nicht nur garantiert?**

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens, den ich hier darlegen möchte, entscheidet sich von manchen Modellen, die unter der Bezeichnung Grundeinkommen verfochten werden. Deswegen soll auch der Gestaltung eines Grundeinkommens ein besonderes Augenmerk gewidmet werden, denn sie entscheidet darüber, in welchem Maße es Freiheit eröffnet. Freiheit heißt hier zuallererst: Die Bürger können grundsätzlich entscheiden, wie sie ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Denn daß sie dies wollen, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, steht außer Zweifel.

Systematische Differenzen zwischen den verschiedenen Überlegungen zum Grundeinkommen und damit auch mögliche Konsequenzen bilden sich entlang einer einfachen Frage ab: Wird ein Grundeinkommen bedingungslos gewährt, ist es also zu jeder Zeit verfügbar oder ist es ein Ersatzeinkommen, das nur erhält, wer vorübergehend kein Einkommen über Erwerbsarbeit erzielt? Solange letzteres der Fall ist, bleibt jedes wie auch immer gestaltete Grundeinkommen an die eine normative Verpflichtung gebunden, Einkommen über Erwerbsarbeit zu erzielen. Denn, selbst eine liberale Gestaltung eines

---

<sup>18</sup> Das Forum Aktion Grundeinkommen führt unter anderem einen Veranstaltungskalender, der dazu dient, alle Veranstaltungen zur Diskussion um ein Grundeinkommen in Deutschland anzuzeigen, siehe <http://www.aktion-grundeinkommen.de>.



Ersatzeinkommens, das z.B. pauschal gewährt würde, hat zum Ziel, daß der Bezieher in den Arbeitsmarkt zurückkehren *soll*.<sup>19</sup>

Um diese klare Unterscheidung deutlich zu machen, sprechen wir vom „bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürger“. Nur diese Bezeichnung hebt heraus, welches Grundeinkommen gemeint ist. Daß die Gewährung des Grundeinkommens an einen Status gebunden ist und nicht an eine Leistung, ist ein wichtiges Merkmal. Jedes Gemeinwesen ist ein bestimmtes, mit einem Territorium, innerhalb dessen seine Rechtsordnung gilt, die von den Bürger loyal getragen werden muß. Bürger haben nicht nur Rechte, sie haben auch Pflichten, müssen für das Gemeinwesen einstehen, wenn seine Ordnung bedroht ist, im Extremfall mit ihrem Leben. Nur ein solidarisches Gemeinwesen kann auf Dauer bestehen und nur ein solches kann es sich erlauben, Menschen aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren oder einen unbefristeten Aufenthalt zu erlauben. Nicht-Bürger kann tolerant aufnehmen, weil es in seine Bürger vertraut. Nur wenn das Grundeinkommen an keine besondere Verpflichtung inhaltlicher Art gebunden ist, nur dann wird die Freiheit der Bürger in ihrer schon heute vorliegenden Bedeutung: nämlich Fundament unseres Gemeinwesens zu sein, bedingungslos anerkannt. Erst dann ist den Bürgern die Entscheidung vollständig in ihre Hände gelegt, wie sie ihre Lebenszeit nutzen wollen, was sie für sinnvoll erachten und welchen Beitrag zum Gemeinwohl sie leisten wollen. Diese bedingungslose Gewährung entspricht der bedingungslosen Verleihung der Bürgerrechte in einer Demokratie, denn auch sie sind an keine Leistungsverpflichtung gebunden. Ein Gemeinwesen hat nur dann Aussicht darauf, dauerhaft zu bestehen, wenn es in die Bürger vertraut – genau dies bringt das bedingungslose Grundeinkommen zum Ausdruck.

Wie ein Grundeinkommen gestaltet sein muß, wenn es diese Freiheit ermöglichen soll, möchte ich nun darlegen. Darüber hinaus werde ich versuchen, begründete Vermutungen anzustellen, welche Entscheidungsmöglichkeiten durch ein solches Grundeinkommen entstehen oder befördert werden, welche langfristigen Konsequenzen es haben kann. Dabei wird auch in den Blick geraten, welche Umgestaltungen in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erforderlich sind.

## Freiheit statt Bevormundung

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde von der Wiege bis zur Bahre jedem Bürger – ohne Bedürftigkeitsprüfung – zu jeder Zeit gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermaßen. Diese umfassende Gewährung stellt alle Bürger gleich hinsichtlich ihres Anspruches auf ein Grundeinkommen. Es stellt keinen Ausgleich für ein zu niedriges Erwerbseinkommen dar, wie es für die Negative Einkommenssteuer gilt. Durch diese Negativfunktion hält sie, bei aller Liberalität im Vergleich zu gegenwärtigen Regelungen in Deutschland, am Erwerbsideal fest. Denn nur, wenn das Erwerbseinkommen unter eine gewisse zu definierende Höhe sinkt, profitiert der Bürger durch eine solche Steuer. Im Gegensatz dazu erhalten die Bürger das bedingungslose Grundeinkommen zu jeder Zeit, es wird mit keiner Leistung verrechnet und stellt keine Gutschrift dar. Während im Modell einer Negativen Einkommenssteuer die Steuergutschrift noch als Ausnahme gilt, ist das bedingungslose Grundeinkommen der Normalfall.

Das bedingungslose Grundeinkommen träte an die Stelle aller bisherigen Transferleistungen und stünde auf einer anderen Legitimationsgrundlage: es wäre ein *Bürger*-Einkommen. Es

---

<sup>19</sup> Es würde zu weit führen, alle Vorschläge hier aufzuführen, die einer solchen Ersatzfunktion verhaftet bleiben. Für die Diskussion ist wichtig, eine systematische Grenze deutlich zu machen, an der alle Vorschläge geprüft werden können.



stärkte die Autonomie und Integrität der Bürger wegen der grundsätzlichen Anerkennung, die es zum Ausdruck bringt. Indem es die Bürger stärkt, stärkt es unser Gemeinwesen. Alle Stigmatisierungseffekte, die von gegenwärtigen Sozialleistungen ausgehen, würden aufgehoben, denn ihre Gewährung folgt der Maxime: nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl. Freiheit ist also der erste Zweck, dem das Grundeinkommen dienen soll, es dient also weder arbeitsmarkt- noch sozialpolitischen Zielen. Zu ihnen einen Beitrag zu leisten wäre ein Nebeneffekt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete die Möglichkeit, Einkommen nicht über Erwerbsarbeit erzielen zu *müssen*. Jegliches Engagement wäre gleichermaßen erwünscht. Muß ehrenamtliches Engagement heute davon abhängig sein, ob für ein Erwerbseinkommen gesorgt ist, wäre es zukünftig davon unabhängig. Ein permanentes Bemühen um die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wäre auf dieser Basis weder finanziell notwendig, noch normativ geboten. Die Anerkennung, die das Grundeinkommen zum Ausdruck bringt, und die Absicherung, ermuntern dazu, Entscheidungsmöglichkeiten zu ergreifen, die heute als gewagt und riskant gelten.

Wichtig ist: Je höher das bedingungslose Grundeinkommen, desto mehr förderte es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Wird das Grundeinkommen so niedrig angesetzt, wie es manche Vorschläge tun, ist es nicht hoch genug, um ohne Erwerbseinkommen leben zu können. Ist der Betrag also zu niedrig, erreichen wir nicht, was wir erreichen wollen: Freiheit.

## **Stärkung der Familie**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Eltern und damit auch die Familien. Eltern stehen heute nicht selten vor dem Dilemma: entweder der Erwartung nachzugeben, beruflichen Erfolg anzustreben und ihre Kinder verhältnismäßig früh in die Obhut von Betreuungseinrichtungen zu geben – oder selbst für ihre Kinder zu sorgen und damit das Gebot zu verletzen, beruflichen Erfolg anzustreben.

Der Erwerbstätigkeit den Vorrang einzuräumen, drängt Eltern dazu, ihre Kinder früh dem Schonraum Familie zu entreißen. Welche Folgen dies im Einzelnen hat, ist schwer vorauszusagen, kann aufgrund der Bedeutung, die die Eltern für ihre Kinder haben, aber vermutet werden. Gerade deswegen sollten wir Eltern die Möglichkeit geben, sich für ihre Kinder zu entscheiden. Dies geht nur, wenn wir den beruflichen Erfolg nicht als das Maß der Dinge betrachten. In der Regel ist die Familie der beste Ort für Kinder. Schädigungen der Persönlichkeitsentwicklung sind um so schwerwiegender, je früher Kinder der Familie entwöhnt werden. Vor allem sind sie nicht wieder gut zu machen und beeinträchtigen ein konkretes Leben dauerhaft. Die Integrität des einzelnen Lebens wird verletzt, die Folgen hat nicht nur der Betroffene zu tragen – sondern genauso unser Gemeinwesen.

Im Gegensatz dazu ermöglichte ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eltern, sich frei zu entscheiden, was sie für wichtiger erachten (2 Erwachsene, 2 Kinder = 4 Grundeinkommen). Mit dem Grundeinkommen könnten sie sowohl für ihre Kinder zuhause bleiben, als auch eine Tagesmutter oder Betreuungsplätze finanzieren.

## **Chance für die Jugend**

Der Druck, der heute auf Jugendlichen lastet, ist der Feind jeden Wagnisses. Ihnen wird gepredigt, sie müßten um jeden Preis einen Weg in den Arbeitsmarkt finden, obwohl dieser immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Wir erlauben ihnen nicht, frei zu erkunden, was sie interessiert, Dinge auszuprobieren, ohne sich sogleich festzulegen und dies gerade in einer



Zeit, in der traditionell verlässliche Karrierewege unsicher geworden sind, Wissen immer schneller veraltet. Zwar beschwören wir das Heraufziehen einer „Wissensgesellschaft“, in der das Hervorbringen von Wissen, also das Hervorbringen von Problemlösungen, immer wichtiger wird und lebenslanges Lernen unerlässlich ist, doch die Freiräume dazu wollen wir nicht schaffen. Kommt es zukünftig mehr denn je darauf an, sich stets in neue und andere Problemlagen hineinzudenken, um Lösungen zu erdenken, dann verlangt dies Selbständigkeit im Denken und die Fähigkeit, sich zu bilden. Doch von Bildung als Selbstbildung, von Selbstbestimmung wollen wir nichts wissen.

Angesichts unseres Wohlstandes und dessen, was öffentlich beschworen wird, müssen Jugendliche die gegenwärtigen Auseinandersetzungen darum um unsere Zukunft als besonders widersprüchlich wahrnehmen: Auf der einen Seite wachsen sie in einem enormen Wohlstand auf, der uns so selbstverständlich geworden ist, daß wir ihn kaum mehr wahrnehmen; auf der anderen Seite scheinen wir überzeugt, nur durch die Verhinderung von Freiheit, durch Bevormundung und Dirigismus unsere Probleme lösen zu können, so als seien wir ein armes Land. Der Einzelne in seiner Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wie er es heute schon sicht- und erfahrbar tut, zählt nicht.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Freiheit schaffen, damit Jugendliche herausfinden können, worin ihre Stärken liegen. Die Wahl des Berufes müßte nicht unter Zeitdruck und schon gar nicht um jeden Preis geschehen. Auch die Wahl eines Studiums wäre befreit von dem angestregten Bemühen, ein arbeitsmarktaugliches Zertifikat zu erhalten – ein Bemühen, das heute oft das Gegenteil dessen erreicht, was es erstrebt. Mit einem Grundeinkommen würden wir die Möglichkeiten der Selbstbestimmung erhöhen und Pluralität fördern.

## **Neugierde und Erfahrung**

Da das Grundeinkommen davon befreite, sich unbedingt für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und Interessen nur dann zum Lebensmittelpunkt zu erklären, wenn sie beruflich verfolgt werden können, erhielte Müßiggang eine andere Bedeutung. Etwas um seiner selbst willen zu erkunden, könnte Maxime des Lebens werden.

Neugierde ist die Voraussetzung für ein Denken, das ins Unbekannte vorstößt, es verstehen und erklären will. Wie sehr man als Erwachsener dazu bereit ist, hängt entscheidend davon ab, ob Neugierde gewünscht und gefördert worden ist. Genau dies zu tun, könnte zur Maxime des Bildungswesens werden. Schulen hätten die Aufgabe, individuell zu fördern und die Neugierde der Kinder zu ermutigen. Schon heute sind Neugierde und Interesse, Hingabe und Engagement die Grundlage, auf der Leistung gedeiht. Sie sind auch die Basis für ein erfülltes Berufsleben. Gilt es heute noch als glücklicher Umstand, daß persönliche Neigungen und Interessen im Beruf verwirklicht werden, könnten mit Hilfe eines Grundeinkommens Berufung und Beruf wieder zusammenfallen, denn der Beruf wäre, wozu sich jemand berufen fühlt, er hätte die Freiheit, dieser Berufung zu folgen.

Vertrauen in Neugierde und in das Verantwortungsempfinden der Eltern erlauben eine solche Freiheit. Nun könnte hier eingewandt werden, daß Eltern heute ihrer Verantwortung nicht mehr nachkommen, Kinder sich für alles, nur nicht für die Schule interessieren. Welchen Anteil daran tragen aber die bestehenden Ordnungen, müssen wir fragen? Wird Neugierde durch unsere Bildungseinrichtungen überhaupt gefördert? Werden Eltern nicht allzu oft bevormundet, wird ihnen nicht gar mißtraut – wie es die allgemeine Schulpflicht zum Ausdruck bringt? Können wir die Verweigerungshaltung von Schülern nicht ebenso gut als Protest dagegen verstehen, nicht ernstgenommen zu werden? Dies müssen wir bedenken,



wollen wir nicht vorschnell Schlüsse darauf ziehen, woher manche dieser Probleme heute rühren.

## **Innovation und Muße**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte den Geist der Neuerung. Es verschaffte eine finanzielle Absicherung, die Müßiggang erlaubte und förderte. Er ist die Voraussetzung für das Entstehen von Neuem, dem Entwickeln von Ideen und der Beschäftigung mit Dingen um ihrer selbst willen.

Innovative Ideen könnten frei entwickelt werden, Existenzsorgen müßte niemand haben. Das Entwickeln von Ideen wäre nicht vom Absatz an einem Markt abhängig. Junge Unternehmen, die gerade Fuß zu fassen versuchen, würden durch das Grundeinkommen entlastet, könnten mit langem Atem ein Produkt anbieten, ohne es zu früh wieder vom Markt nehmen zu müssen. Unternehmerische Vielfalt würde ebenso gefördert, wie künstlerische und wissenschaftliche Betätigung, denn das Grundeinkommen sichert ab. Wenn Wissenschaftler heute, weil sie an Universitäten und Forschungsinstituten keine Stellen erhalten, sich gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben, wären sie zukünftig in der Lage, sich mit anderen zu assoziieren, ihr Auskommen wäre gesichert, Stellen benötigten sie nicht.

Ideen müßig zu entwickeln, würde in seiner Bedeutung für die politische Gemeinschaft anerkannt, ihm haftete nicht mehr der Makel der „Spinnerei“ an. Muße würde zur Selbstverständlichkeit. Hingabe an eine Sache und Kreativität wären der Maßstab, an dem jede Tätigkeit, auch jede Erwerbstätigkeit, sich messen lassen müßte.

Während eine Arbeitsmarktpolitik, die Niedriglöhne fördert und Erwerbsarbeit subventioniert oder Arbeitszeit umverteilen will, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, am Ideal der Erwerbsarbeit festhalten, befreite das bedingungslose Grundeinkommen von ihm.

*Arbeitslos* wäre niemand mehr, denn jeder könnte dort initiativ werden, wo er es für richtig und wichtig hält. Engagement hat viele Gesichter – wie wir schon heute beobachten können, allerdings erkennen wir bislang nur eines wirklich an: Erwerbsarbeit. Das hat uns in die Misere geführt, in der wir stecken. Das Grundeinkommen hingegen würde jedes Engagement in seiner Wertigkeit gleichstellen.

Nur damit ist für jeden von uns eine radikale Entscheidungsmöglichkeit eröffnet. Dieser Freiheit entspräche eine Zumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muß eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Worin aber eine vernünftige Antwort bestünde, würde nicht vorgeschrieben. Ob im Beruf, dem bürgerschaftlichen Engagement oder in der Familie: Die Entscheidung wäre jedem einzelnen von uns überlassen und aufgegeben.

## **Unternehmen und Mitarbeiter**

Arbeitgeber, öffentliche wie private, wären aufgerufen, um leistungsbereite Mitarbeiter zu werben. Sie müßten ihnen gute Arbeitsbedingungen bieten, damit sie einen Arbeitsplatz annehmen. Ein Unternehmen, das Mitarbeiter gegeneinander ausspielte, durch Druck Leistung zu erreichen versuchte, verlöre sie angesichts eines bedingungslosen Grundeinkommens bald, denn ein Grundeinkommen verleiht Verhandlungsmacht. Arbeitnehmer wären immer abgesichert. Darüber hinaus könnten sie Abfindungsregelungen aushandeln, wie auch Arbeitszeiten. Ein Renteneintrittsalter müßte nicht mehr allgemein bestimmt werden. All diese Entscheidungen könnten in die Hände des Einzelnen gelegt werden.



Gegenwärtig befinden sich Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen wollen, in einem Konflikt: Auf der einen Seite sollen sie innovativ sein und Ressourcen schonen, also auch Arbeitskraft. Auf der anderen Seite sollen sie aber Arbeitsplätze schaffen, auch wenn sie diese nicht benötigen. Entscheiden sie sich für ersteres, werden sie kritisiert, entscheiden sie sich für die zweite Option, müssen sie auch kritisiert werden. Denn zu ihren Aufgaben gehört die Nutzung technologischer Problemlösungen in vollem Umfang. Wo Unternehmen darauf verzichten, verzichtet eine politische Gemeinschaft auf die Nutzung von Neuerungen. Jede der genannten Entscheidungen zeitigt heute unerwünschte Folgen. Aus diesem Dilemma gelangen wir nur hinaus, wenn Automatisierung erstrebenswert würde, wenn wir also die Möglichkeiten, die sich bieten, ergreifen. Damit leisteten wir einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Rückgewinn von Lebenszeit, über Lebenszeit frei zu verfügen, ist der Anfang von Freiheit.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Wirtschaft, weil unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden müßten. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, obwohl sie keine langfristige Chance versprechen, stünden für andere Bereiche zur Verfügung. Viele zweckgebundene Subventionen, die heute nur erhält, wer dem vorgeschriebenen Ziel folgt, würden überflüssig werden – das Grundeinkommen leistete in vielen Bereichen bessere Dienste, das es eine „Subventionierung“ von Freiheit und nicht eines bestimmten Zwecks wäre.

Leistungsbereitschaft und das Entstehen von Neuem zu fördern, würden selbstverständliches Ziel politischer Entscheidungen. Phänomene, die in Unternehmen nur allzu bekannt sind wie die „Innere Kündigung“ oder Sabotage am Arbeitsplatz, gehörten der Vergangenheit an. Da sie heute unter anderem eine Reaktion auf die Angst sind, den Arbeitsplatz zu verlieren und kein legitimes Einkommen zu erzielen, höbe das Grundeinkommen diese Angst auf und damit auch die Phänomene, die durch sie entstehen.

Nur der Erwähnung bedarf es hier noch, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen einen umfassenden Abbau von Bürokratie in allen Bereichen, auch in den Sozialsystemen, ermöglichte. Denn heute noch durchgeführte Kontrollen und Bevormundungen wären nicht mehr notwendig. Statt staatliche Zwangsarbeitsvermittlung und Zwangsweiterbildungseinrichtungen zu unterhalten, könnten unabhängige Vermittlungsagenturen entstehen, die jeder freiwillig aufsuchen kann. Beratung sollte weiterhin angeboten werden, doch auch dies könnte professionell und unabhängig von staatlicher Aufsichtspflicht geschehen.

## Steuern und Besteuerung

Kongential zum bedingungslosen Grundeinkommen ist der Vorschlag, alle Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben über eine Besteuerung des Konsums und nicht des Ertrags zu verschaffen.<sup>20</sup> Gegenwärtig werden in den meisten Ländern Mischsysteme einer Besteuerung von Einkommen (Ertrag) und Konsum eingesetzt, entsprechend müßte die Umstellung auf eine ausschließliche Konsumbesteuerung schrittweise erfolgen. Auch dazu gibt es Überlegungen, z.B. von Helmut Pelzer und Ute Fischer.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Siehe hierzu die Vorschläge von Benediktus Hardorp (<http://www.hardorp-schriften.de>), der sich seit den 1960er Jahren mit Fragen der Konsumbesteuerung beschäftigt. Götz W. Werner bezieht sich auf diese Vorschläge in seinem Buch „Einkommen für alle“ (Köln: Kiepenheuer & Witsch 2007).

<sup>21</sup> Siehe Helmut Pelzer/ Ute Fischer... auch unter <http://www.FreiheitstattVollbeschaeftigung.de> in der Rubrik „Texte und Literatur“.



Die Konsumsteuer würde im Inland erhoben, sie ist ortsgebunden. Immer dort, wo ein Produkt oder eine Dienstleistung in Anspruch genommen würde, fiel die Steuer an. Eine Diskussion, wie wir sie heute führen, wenn es um Standortverlagerung und Steuerausfall geht (Steueroasen), wäre obsolet. Steuern wandern nicht, wo konsumiert wird, fallen sie an. Importe z.B. aus China, die heute noch billiger sind als in Deutschland erzeugte Waren, würden durch die Konsumbesteuerung verteuert. Die inländische Wertzeugung stünde besser da als heute, würde gestärkt.

Um unterschiedliche Gütergruppen und Dienstleistungen unterschiedlich zu besteuern, bedürfte es einer Staffelung der Konsumsteuer nach Güter- bzw. Dienstgruppen. Solche Güter, die dem täglichen Bedarf dienen, sollten niedriger besteuert werden als Luxusgüter. Auch hier gälte das Prinzip: wer mehr konsumiert, zahlt mehr.

Nicht der nominale Geldbesitz, das Verfügen über Geld, würde dabei besteuert, sondern der Verzehr. Wer investiert, bleibt steuerfrei, wer konsumiert, also Leistungen anderer in Anspruch verbraucht, wird besteuert. Denn für unser Gemeinwesen ist nicht entscheidend, daß ein Bürger erhebliche Geldwerte besitzt, entscheidend ist, wozu er sie einsetzt.

Eine solche Besteuerung prämierte Ressourcenschonung, denn hoher Verbrauch von Ressourcen ginge mit hohen Kosten durch Besteuerung einher. Dies würde schon bei der Erzeugung von Gütern, für die Ressourcen aufgewendet werden müssen, greifen. Denn schonende Ressourcennutzung würde hier zu Kostenreduzierung führen. Investitionen und Konsum würden nicht mehr gleichbehandelt. Nicht mehr Beiträge zur Wertschöpfung, also Investitionen, produktive Erwerbsarbeit, unternehmerische Innovationen, würden durch Besteuerung belastet, sondern der Konsum: Nicht die Schaffung von Werten würde besteuert, sondern ihr Verzehr.

In Verbindung mit einem bedingungslosen Grundeinkommen führte die Konsumbesteuerung zu einer radikalen Reduktion der sogenannten Lohnnebenkosten, denn das Grundeinkommen ersetzte gegenwärtige Transferleistungen vollständig. Das Grundeinkommen würde nicht über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, sondern über die Konsumsteuer. Dies entlastete die Arbeitskosten der Unternehmen. Den Wertschöpfungsprozeß befreiten wir dadurch von einer erheblichen Belastung, die er heute zu tragen hat. Administrativ ermöglichte eine Konsumbesteuerung eine enorme Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie. Auch die Mittel, die durch solche Einsparungen entstehen, stünden der Finanzierung des Grundeinkommens und anderer staatlicher Aufgaben zur Verfügung.

Die Umstellung unseres Steuerwesens auf eine Konsumbesteuerung folgt dem Prinzip, das auch dem bedingungslosen Grundeinkommen zugrunde liegt: Engagement für das Gemeinwesen und Bereitschaft zu innovativer Leistung zu ermutigen und zu stärken. Nur eine solche Politik stärkt langfristig unser Gemeinwesen.

## Einwände

„Aber wer arbeitet dann noch? Und wer erledigt die Tätigkeiten, die nicht sehr attraktiv, aber doch unerlässlich sind?“

Erwerbsarbeit würde es weiterhin geben und alle, die dies jetzt schon aus Hingabe an eine Sache tun, sich mit ihr identifizieren, würden durch das Grundeinkommen in ihrem Interesse bestärkt. Sie sind wahrscheinlich auch diejenigen, die schon heute Neuerungen hervorbringen. Doch werden sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr unter allen Bedingungen nachgehen müssen. Und dort, wo einfachere Tätigkeiten verlässlich und gewissenhaft verrichtet werden müssen,



hätten Bürger künftig die Freiheit, schlechte Arbeitsbedingungen abzulehnen und bessere auszuhandeln.

„Wie hoch soll das Grundeinkommen denn sein?“ Angaben über die Höhe eines Grundeinkommens leiden heute unter einem einfachen Problem: die Kaufkraft des Einkommens besteht immer nach gegenwärtigen Preisen. Wenn das Grundeinkommen aber einen Wandel unseres Wertgefüges nach sich zieht, wird sich auch die Wertschätzung bestimmter Güter und Dienstleistungen wandeln, damit wandeln sich auch die Preisrelationen. Nicht nur steht zu vermuten, daß manche Güter vom Markt verschwinden, andere würden stärker nachgefragt. Doch können wir dies lediglich vermuten und keine verlässliche Auskunft über reale Entwicklungen geben.

Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob wir sie wollen. Dazu muß über die Höhe zuerst einmal gestritten werden, sie hängt also wesentlich davon ab, wie hoch es nach unserem Dafürhalten sein soll. Rechenmodelle dürfen politische Gestaltung nicht ersetzen, wie man gegenwärtig oft den Eindruck gewinnen kann.

### **Ohne Vertrauen keine Zukunft**

Freiheit ist *gefährlich* – für diejenigen, die sie fürchten. Wer sie fürchtet, traut sich selbst nicht und schon gar nicht den anderen - die Folge: Bevormundung und Kontrolle. Heute legt sich dieses Mißtrauen den Mantel der Fürsorglichkeit um. Doch, wer Beschäftigungsprogramme fordert, fordert auch Arbeitsverpflichtung.

Weder der Marktradikalismus, der den Menschen als anreizbedürftiges Wesen betrachtet, noch die fürsorgliche Volksbetreuung, die stets Beschäftigung per Subvention für das Höchste hält, will den Bürgern Selbstbestimmung ermöglichen. Was heute als „Beratung“ („aktivierende Sozialpolitik“) daherkommt und zugleich mit Sanktionen droht, ist Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts des Scheiterns aller bisherigen Konzepte.

Wollen wir nicht das Fundament unseres Wohlstandes untergraben, müssen wir darauf vertrauen, daß der Einzelne seinen Beitrag leisten will. Unser Gemeinwesen kann nur bestehen, wenn wir Bürger frei sind, uns zu entscheiden, darauf gründet unsere freiheitlich-demokratische Ordnung – das Grundeinkommen wäre nur ihre Fortentwicklung.





Ronald Blaschke, Jg. 1959, studierte Philosophie und Erziehungswissenschaften. Er ist seit Jahren in der deutschen Sozialbewegung und im Bereich der politischen Bildung tätig. Blaschke gehört zu den Initiatoren des deutschen Netzwerkes Grundeinkommen und ist ein Sprecher des Netzwerkes. Er lehrt und veröffentlicht zum Thema Grundeinkommen, Armut, Zukunft der Arbeit, bürgerschaftliches Engagement.

Der Beitrag wurde für dieses Buch entworfen.

## Freiheit, Liberale Demokratie, Bedingungsloses Grundeinkommen

Ziel des Beitrages ist es, den Zusammenhang von Freiheit, liberaler Demokratie und Bedingungslosem Grundeinkommen zu begründen. Nach den Klärungen der Begriffe Freiheit, liberale Demokratie und republikanisches Gemeinwesen werden deren Gefährdungen durch Prekarität, Armut und politisch-administrativen Zwang und die sozialökonomische Grundbedingung individueller Freiheit und liberaler Demokratie benannt. Das Bedingungslose Grundeinkommen wird als solche Bedingung herausgearbeitet und begründet. Darüber hinaus werden kulturelle und materiell-infrastrukturelle Voraussetzungen der Freiheit und liberaler Demokratie besprochen. Aufgezeigt wird, warum ein Bedingungsloses Grundeinkommen zwar einen starken Staat benötigt, aber ebenso einen schlanken Staat der Bürger<sup>22</sup> gründet.

### 1. Begriffsklärungen: Autonome Gesellschaft, liberale Demokratie, republikanisches Gemeinwesen, Handlung und Handlungsfreiheit

Eine autonome Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die anerkennt, dass die Regeln, Normen des Zusammenlebens und -wirkens menschlicher Individuen von Menschen selbst erschaffen sind. Eine wahrhaft autonome Gesellschaft ist eine Gesellschaft autonomer Individuen, die frei in der Bindung an das Gemeinwesen und frei in der Selbstkonstituierung als Individuum sind.<sup>23</sup> Die Autonomie der Individuen basiert allerdings auf der Anerkennung des Faktums der Pluralität, d. h. der Vielzahl und der Verschiedenheit der Menschen.<sup>24</sup>

Eine liberal-demokratisch verfasste Gesellschaft vereinigt individuelle Freiheit und Demokratie: "Die liberale Demokratie ist ... der Versuch, die Effektivität des Staates als Friedenswächter und Vermittler zwischen Gruppen- und Einzelinteressen zu wahren und dafür zu sorgen, dass Gruppen sich frei bilden und Individuen sich frei behaupten können und für die Lebensform entscheiden, die sie verwirklichen wollen. Mit anderen Worten, die liberale Demokratie strebt danach, ... die Handlungsfreiheit von Staat, Individuen und Vereinigungen zu erhalten, während sie die Freiheit des Einzelnen zur Bedingung der Freiheit der anderen macht."<sup>25</sup>

Freiheit der Individuen meint, zum Einen die Freiheit von Einschränkungen der Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit usw., also die Freiheit von Einschränkungen

---

<sup>22</sup> Die männlichen Bezeichnungen stehen im Folgenden ebenso für weibliche Personen.

<sup>23</sup> Siehe Bauman 2000: 195ff.

<sup>24</sup> Siehe Arendt 1994: 14f.

<sup>25</sup> Bauman 2000: 219f. Vgl. Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei: "Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern ... An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Marx / Engels 1963: 43)



bürgerlicher und politischer Grundrechte (negative Freiheit, Freiheit von ...). Zum Anderen meint Freiheit die Handlungsfreiheit (positive Freiheit, Freiheit zu ...). Handlungsfreiheit hat zwei miteinander verbundene Ebenen. Sie bedeutet die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens (Lebensentwurf, Lebensform, Lebensvollzug). Und sie bedeutet die Freiheit zur Gestaltung des Gemeinwesens: der günstigen Rahmenbedingungen für den eigenen freien Lebensvollzug und der günstigen Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl, d. h. für das allgemeine Glück und die individuelle Freiheit aller. Freiheit bedeutet also "nicht nur negativ frei (sein) im Sinne von nicht zu etwas gezwungen zu werden, was man nicht tun will, sondern im positiven Sinne von etwas mit der Freiheit anzufangen zu können und in der Lage zu sein, Dinge zu tun ... Und dies bedeutet vor allem anderen die Befähigung, Einfluss auf die Bedingungen des eigenen Lebens zu nehmen, die Bedeutung des 'Gemeinwohls' zu formulieren und die Institutionen der Gesellschaft dahin zu bringen, diese Bedeutung zu erfüllen."<sup>26</sup>

Handeln ist die menschliche Tätigkeit, die sich direkt zwischen Menschen abspielt und die eigene Lebensführung direkt betrifft. Grundbedingung des Handelns ist das Faktum der Pluralität, d. h. der Vielzahl und der Verschiedenheit der Menschen. Handlungsfreiheit ist daher wesentlich eine Aushandlungsfreiheit. Ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen autonomer Individuen verhandelt die Fragen des Gemeinwohls und der Bedingungen des eigenen Lebens als die polis (Gemeinwesen) betreffende, öffentliche Angelegenheiten (res publica), weil die öffentlich-politischen und nicht die privaten Setzungen die Rahmenbedingungen für den individuellen Lebensvollzug abgeben. Ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen ist ein republikanisches Gemeinwesen: "Es ist nicht Zweck der Republik ..., ein vorgefasstes Modell des 'guten Lebens' durchzusetzen, sondern ihre Bürger in die Lage zu bringen, die Lebensentwürfe, denen sie den Vorzug geben, frei zu diskutieren und umzusetzen ..."<sup>27</sup> Die gemeinsame Suche nach dem Gemeinwohl in diesem Gemeinwesen ist ein stets unabgeschlossenes Projekt. Eine Veränderung des Bestehenden ist diesem Gemeinwesen immanent, weil auch die Auffassungen vom guten Leben und vom Gemeinwohl wechseln und veränderte Rahmenbedingungen zu deren Realisierung erfordern.

(Aus-)Handeln konstituiert den Gemeinwesen-Raum nicht nur als einen öffentlichen, sondern als einen öffentlich-privaten Raum<sup>28</sup>: da in das Öffentlich-Politische der Bürger – der zugleich ein privates, also ein der öffentlichen Verfügbarkeit entzogenes Wesen ist – das Private, seine persönlichen Lebensentwürfe/-ansichten, seine "Bilder vom guten Leben", seine Interessen, Sorgen und Nöte einbringt. Es ist insofern also auch immer das Private, das im Öffentlichen verhandelt wird. Der freie als der ganze Mensch ist Bürger, nicht irgendein abstraktes politisches Wesen. Das menschliche Individuum ist, wie der Name sagt, unteilbar. Das menschliche Individuum ist in das "Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten" integriert: anders z. B. der Arbeiter, der funktional in das (Arbeits-)Marktsystem eingeschlossen ist (Inklusion). Der öffentlich-private Raum, das republikanische Gemeinwesen, ist eine "Arena, in der die individuellen und Gruppeninteressen zu öffentlichen Angelegenheiten transformiert werden, die alle Bürger gleichermaßen angehen."<sup>29</sup> Für Gorz ist nach athenischem Beispiel dieser Raum die Erscheinung einer "Kulturgesellschaft", deren Ziel "darin besteht, jedes einzelne Mitglied dazu zu ermutigen, sich fortlaufend im Wettstreit und im Zusammenspiel

---

<sup>26</sup> Bauman 2000: 156.

<sup>27</sup> Bauman 2000: 268.

<sup>28</sup> Siehe Arendt 1994: 171ff.

<sup>29</sup> Bauman 2000: 262.



mit den anderen neu zu definieren und zu überbieten. Dieses Streben nach Vortrefflichkeit ist das gemeinsame Ziel aller."<sup>30</sup>

Halten wir fest: Eine liberal-demokratisch verfasste Gesellschaft setzt auf die Freiheit der Individuen, auf ein republikanisches Gemeinwesen und auf einen Staat, der die individuelle Freiheit und das republikanische Gemeinwesen stützt und schützt.

## **2. Angst essen republikanische Seele auf – Der Verlust der Handlungsfreiheit und des öffentlich-privaten Raumes**

### a) Prekarität

In demokratischen Gesellschaften gibt es keine Zensurbehörden. Die Gedanken-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist zwar zunehmend bedroht, aber gegeben. Dennoch: Es stehen die "Chancen schlecht ..., die Freiheit von Zwang in eine Handlungsfreiheit umzuwandeln."<sup>31</sup> Warum?

Die Antwort lautet: Handlungsfreiheit setzt soziale Sicherheit und Zukunftsgewissheit voraus. Eine politische Ökonomie der sozialen Unsicherheit und Ungewissheit bedroht die Handlungsfreiheit. Denn: Die Gestaltungs-/ (Aus-) Handlungsbefähigung der Individuen, d. h. der Entwurf des eigenen Lebens, der Hoffnung und Glauben an die Zukunft voraussetzt, und damit auch die Befragung des Gegenwärtigen, ist durch die Prekarisierung blockiert. Prekarität heißt, dass "jeder verwundbar und jede soziale Position – wie hochstehend und machtvoll sie im Augenblick erscheint – auf längere Sicht gefährdet (ist); selbst die Privilegien sind brüchig und bedroht."<sup>32</sup> Für viele gilt: "Der Lebensunterhalt, dieser Felsen, den alle Lebenspläne und Hoffnungen brauchen, um machbar und sinnvoll zu sein und um die Energie ihrer Verwirklichung aufzubringen ..., ist unsicher, unberechenbar und unzuverlässig geworden."<sup>33</sup> Unsicherheit und Unberechenbarkeit blockieren eigene Zukunftspläne, somit auch visionäre und solidarische Diskurse über andere Rahmenbedingungen des eigenen Lebens und des Lebens aller. "Ohne die Sicherheit eines Einkommens verteidigen viele Menschen ihre schlechten Bedingungen. Das kann ihnen niemand vorwerfen. Wenn sich die Menschen von morgens bis abends um ihr wirtschaftliches Überleben kümmern müssen, fehlt manchen die Vorstellungskraft für Visionen in die Zukunft."<sup>34</sup> "Globalisierung", "Reform", "Verschlankung", "Rationalisierung" und "Wettbewerb" sind die verbalen Angstvermittler der Verteidigung des schlechten Bestehenden, der Alternativlosigkeit zum Gegenwärtigen und somit der Erstarrung bis zur Vernichtung des öffentlich-privaten Gemeinwesens. Diese verbalen Angstvermittler sind natürlich Ausdruck realer und ideologischer, neo- oder besser marktliberaler Herrschaft.

### b) Armut und soziale Ungleichheit

Unter den Bedingungen der politischen Ökonomie der Ungewissheit verstärkt die zunehmende soziale Ungleichheit und Armut die Autonomieverluste, sprich den Verlust der Handlungsfreiheit aller. Die soziale Existenzangst in der Mittelschicht wird durch den Anblick der Existenznöte, der Diskriminierungen und der Ausgrenzungen der Armen verschärft. Den von Armut und Ausgrenzung direkt Betroffenen schränkt die alltägliche Sorge um das Lebensnotwendige die Handlungsfähigkeiten und -möglichkeiten derart ein,

---

<sup>30</sup> Gorz 2000: 109.

<sup>31</sup> Bauman 2000: 243.

<sup>32</sup> Bauman 2000: 244.

<sup>33</sup> Bauman 2000: 255.

<sup>34</sup> Rätz / Paternoga / Steinbach 2005: 45.



dass von einer realen Handlungsfreiheit nicht mehr gesprochen werden kann. Die monetären, materiellen, kulturellen und zeitlichen Ressourcen für die Teilnahme am (Aus-) Handlungsprozess sind erschöpft. Die oberen Schichten, die angeblichen Gewinner der politischen Ökonomie der Ungewissheit, sind bemüht, ihre Privilegien und Reichtümer vor dem Zugriff der Armen und Ausgegrenzten zu schützen. Statt sozialer Sicherheit für alle fordern sie gesetzliche, militärische und polizeiliche Sicherheit für sich, ihre Familien und ihre Machtressourcen – national wie global. Der Sozialstaat, der soziale Sicherheit garantieren soll, wird verschlankt, abgebaut. Der Überwachungs- und Sicherheitsstaat wird dagegen aufgebaut – mit der Folge des Abbaus bürgerlicher und politischer Grundrechte. Der öffentlich-private Raum ist vollends gefährdet.

### c) Abbau von Grundrechten und politisch-administrativer Zwang

Andere Ursachen aber eine gleiche Wirkung hinsichtlich der Handlungsfreiheit haben der Abbau der Grundrechte und der verstärkte politisch-administrative Zwang gegenüber Armen und Arbeitslosen: "Autonomieverluste, d. h. Beeinträchtigungen der Freiheit, in Übereinstimmung mit sozialen und rechtlichen Normen die eigene Lebensweise frei zu wählen, sind nicht nur unmittelbare Begleiterscheinungen von Armut und Arbeitslosigkeit, sondern ebenso die Folge von politisch-administrativen Maßnahmen und Programmen, die nach der Logik von workfare die Arbeitslosen 'aktivieren' und in Beschäftigungsverhältnisse eingliedern sollen."<sup>35</sup> Autonomieverluste bei den Betroffenen (und mittelbar bei den potenziell Betroffenen) treten dann ein, "wenn etwa im Namen einer generalisierten 'Zumutbarkeit' Berufs-, Einkommens-, Tarif-, Kündigungsschutz sowie freie Wahl des Wohnortes entfallen und Langzeit-Arbeitslose im Dienste des Eingliederungsziels unter Androhung empfindlicher Sanktionen genötigt werden, zum Teil Tätigkeiten jeder Art an jedem Ort zu jeder Bezahlung auszuüben"<sup>36</sup>: so wie es in Deutschland die "Arbeitsmarktreform"-Gesetze (Hartz-Gesetze) von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP vorschreiben. Mit diesen Gesetzen wird auch das Recht auf Arbeit verletzt. Teil III, Artikel 6, des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt fest: "(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht auf Arbeit an, welches das Recht jedes einzelnen auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen, umfasst, und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz dieses Rechts." Selbst vor Eingriffen in die Privatsphäre schrecken die Gralshüter des Arbeitszwanges nicht zurück: Eine bis ins Intimste die eigene Lebensführung ausleuchtende Bedürftigkeitsprüfung und die Androhung der sozialdetektivischen Kontrolle der Lebensführung stehen im gesetzlichen Raum der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV-Gesetz).

Am Armen und Arbeitslosen wird beispielhaft vorgeführt, was jedem bevorsteht, wenn er sozial abstürzt: der totale Verlust der Autonomie, Entwürdigung und Kontrolle des Menschen, Missachtung der Grundrechte und der Intim- und Privatsphäre.

Prekarisierung, soziale Ungleichheit und Armut, politisch-administrative Zwänge und Verletzungen geltender bürgerlicher, politischer und sozialer, wirtschaftlicher Rechte bewirken Angst vor dem Verlust der sozialen Position, Angst vor dem sozialen Absturz, Angst vor der Existenznot, Angst vor der Entwürdigung durch staatlich-administrativen Zwang und Kontrolle. In Anlehnung an einen Filmtitel von Rainer Werner Fassbinder kann man sagen: Angst essen republikanische Seele auf. Denn nicht das Gemeinwohl, das

---

<sup>35</sup> Offe 2005: 135.

<sup>36</sup> Ebenda.



allgemeine Glück und die individuelle Freiheit aller, sind Gegenstand in der Öffentlichkeit, nicht die Rahmenbedingungen für die Beförderung der eigenen, frei gewählten Lebensentwürfe. Wirtschaftliche Standort- und Konkurrenzfragen, Wachstums- und Konsumverheißungen, Faulheits- und Schmarotzerdebatten, Militarisierung, innere und äußere Aufrüstung stehen im Mittelpunkt. Die Bürger werden auf das Niveau verängstigter, entpolitizierter, also atomisierter Marktwesen, die dazu noch vom Staat repressiv behandelt werden können, herabgedrückt.

Erscheinungen des Verlustes des öffentlich-privaten Raumes sind die Spaltung der Gesellschaft in voneinander abgeschottete Individuen und gesellschaftliche Gruppen sowie die beständige Bedrohung durch den starken, bürokratischen, autoritären bzw. durch den totalitären Staat. Der Staat ist nicht Vermittler und Wächter individueller Freiheit. Er ist verlängerter, repressiver Arm eines Neo- bzw. Marktliberalismus.

Liberalismus, der bei politischen und bürgerlichen Freiheiten stehen bleibt, interessiert sich nicht für sozialökonomische und sozialpsychologische Voraussetzungen dieser Freiheiten. Neo- bzw. Marktliberalismus zerstört diese Voraussetzungen. Neo- bzw. Marktliberalismus ist antiliberal, antidemokratisch und antirepublikanisch. Neo- bzw. Marktliberalismus befördert darüber hinaus den Abbau der Grundrechte und den Ausbau des repressiven Kontroll-, Überwachungs- und Sicherheitsstaates.

### **3. Bedingungsloses Grundeinkommen als sozialökonomischer Grund der Handlungsfreiheit und der liberalen Demokratie<sup>37</sup>**

Das Bedingungslose Grundeinkommen<sup>38</sup> ist ein Einkommen, "das den Bürger sozial begründet, den Menschen im Bürger fraglos anerkennt."<sup>39</sup> Der Bürger des Bedingungslosen Grundeinkommens wird also erstens nicht auf den Arbeits- bzw. Wirtschaftsbürger reduziert, der zwar o. g. politische und bürgerliche Rechte genießt, aber erst durch das Nadelöhr der Erwerbs-/Lohnarbeit bzw. des Markt-Wirtschaftens muss/te, um seine individuellen Lebens- und Zukunftsentwürfe zu realisieren, Rahmenbedingungen dafür öffentlich zu diskutieren und zu gestalten. Der Bürger des Bedingungslosen Grundeinkommens ist aber zweitens auch nicht "das Verträge schließende noch (das) politisch engagierte Subjekt, vielmehr das ihnen zugrunde liegende, SUBJECTUM, der Mensch mit seinen vitalen Bedürfnissen, in seinem Angewiesensein und Bezugensein auf seinesgleichen."<sup>40</sup>

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist der sozialökonomische Grund, die individuelle sozialökonomische Grundabsicherung der (Aus-)Handlungsfreiheit aller und des öffentlich-privaten Raumes. Wenn Handlungsfreiheit an den Status Mensch als bios politikos, als Mitglied eines Gemeinwesens, geknüpft, aber ansonsten voraussetzungslos ist, muss die für die Handlungsfreiheit nötige sozialökonomische Grundbedingung dies ebenfalls sein. Aufgabe des liberal-demokratisch verpflichteten Staates, der die individuelle

---

<sup>37</sup> Unerlässliche Formen der Daseinsvorsorge (Gesundheitsversorgung usw.) werden hier nicht diskutiert.

<sup>38</sup> Allen Bürgern zustehend, in existenzsichernder / Armut verhindernder / gesellschaftliche Teilhabe sichernder Höhe, individuell garantiert, bedürftigkeitsungeprüft, ohne Arbeitsverpflichtung / Arbeitszwang oder andere Tätigkeitsverpflichtungen ausgezahlt – diese fünf Merkmale kennzeichnen das Grundeinkommen als ein bedingungsloses. Es stellt schlicht und ergreifend keine Bedingung für seinen Bezug. Ausdrücklich sei hier darauf verwiesen, dass ein nicht die Existenz sicherndes / nicht Armut verhinderndes Grundeinkommen durch die Hintertür den Arbeitszwang wieder hereinlässt: Wer arm ist, muss arbeiten, um zu (über-)leben, in der Regel in Niedriglohn-, Armuts- und prekären Jobs. Grundeinkommen mit einer Armutslücke sind keine Bedingungslosen Grundeinkommen. (siehe Blaschke 2004)

<sup>39</sup> Engler 2005: 141.

<sup>40</sup> Ebenda.



Handlungsfreiheit stützen und schützen soll, ist es somit auch, diese individuelle sozialökonomische Grundbedingung zu sichern, somit letztlich das republikanische Gemeinwesen – eben mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen. Die Aufforderung an die Individuen einer durch das Bedingungslose Grundeinkommen gesicherten und zu sichernden liberalen Demokratie lautet: Habe Mut dich deiner Handlungsfreiheit zu bedienen, für dein Leben ist gesorgt!

Das Bedingungslose Grundeinkommen wendet die Bedrohung der Handlungsfreiheit und der liberal-demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft ab. Denn:

- Das Bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse positiv zu wandeln in selbst bestimmte, diskontinuierliche und sozial gesicherte Abfolgen von Erwerbsarbeit, Tätigkeiten jenseits des Marktes und Mußezeiten. Es ermöglicht in sozialer Sicherheit freie Lebensentwürfe zu entwickeln, auszuhandeln und zu realisieren.<sup>41</sup>
- Das Bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht die monetär-materielle Freiheit von Armut, Existenznot und von grundlegender Beeinträchtigung der gesellschaftlichen Teilnahme am öffentlich-privaten (Aus-)Handlungsprozess.
- Das Bedingungslose Grundeinkommen bedeutet die Abwesenheit staatlich-administrativ durchgesetzter Arbeits- und anderer marktbezogener Zwänge. Es würde den Kern der Freiheit, nein oder ja zu sagen, radikal auch auf den (Arbeits-)Markt beziehen: Zumutbar an Erwerbsarbeit ist dies, was an Arbeitsbedingungen, -inhalten und -entgelten nicht als Zumutung erscheint. Außerdem verlieren die "Herren der Arbeitsgesellschaft" (Dahrendorf) ihre Gewalt zu definieren, was eine sinnvolle, nützliche und anerkannte Tätigkeit sei.<sup>42</sup>
- Das Bedingungslose Grundeinkommen stellt verschärft die öffentlich zu diskutierenden Fragen nach der Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion des materiellen Reichtums (mit all ihren ökologischen, sozialen und organisatorischen Implikationen) und die Frage nach seiner Verteilung – weil diese Fragen unmittelbar die erwartbare Höhe und Ausgestaltung des Grundeinkommens und damit auch die Ausgestaltung individueller Lebensentwürfe eines jeden tangieren. Das Grundeinkommen "erzwingt" faktisch die Erweiterung des öffentlich-privaten Raumes in die ökonomische Sphäre hinein.<sup>43</sup>
- Das Bedingungslose Grundeinkommen selbst schon als Idee beflügelt öffentlich-private Diskussionsprozesse darüber, wie und was wir arbeiten und produzieren wollen, wie wir leben wollen: "Es befähigt die Menschen, sich eine Gesellschaft vorzustellen, in der sie nicht mehr fremdbestimmt sind. Eine Gesellschaft, in der Arbeitskraft und Arbeitsprodukt nicht mehr von Dritten angeeignet werden. Eine Gesellschaft, in der sie selbst in Freiheit tätig sein können."<sup>44</sup> Was im Zitat auf eine bestimmte, nämlich kapitalseitige Gruppe der "Herren der Arbeitsgesellschaft" (Ralf Dahrendorf) gemünzt ist, lässt sich aber genauso

---

<sup>41</sup> Gorz 2000: 135ff.

<sup>42</sup> Siehe Offe 2005: 138 und Bauman 2000: 258.

<sup>43</sup> Siehe Purdy 1995.

<sup>44</sup> Rätz / Paternoga / Steinbach 2005: 268. Was die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens bedeutet, verdeutlicht folgendes Erlebnis. Einer Gruppe von Menschen wurde die Frage vorgelegt, was sie tun würden, wie sie ihren Alltag gestalten würden, wenn sie einen Lottogewinn erzielen, der sie bis ans Lebensende ökonomisch absichert: Sämtliche Beteiligten entwarfen Alltagsstrukturen und Tätigkeitsfelder, die sich wesentlich von ihren bisher durch Erwerbsarbeit bestimmten unterschieden. Nach der Offenbarung, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen die Funktion der ökonomischen Existenzsicherung übernehmen könnte, wurden die Lebensentwürfe sofort Gegenstand heftiger Debatten. Wie könnten sie für die Einzelnen realisierbar werden? Welche allgemeinen Bedingungen müssten dazu erfüllt sein? Ein öffentlich-privater Diskursraum wurde eröffnet.



auf staatsinterventionistisch orientierte "Herren der Arbeitsgesellschaft" beziehen. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens steht im radikalen Gegensatz zu einer die Handlungsfreiheit und den öffentlich-privaten Raum einschränkenden Marktliberalität und ihrem, wie auch immer ideologisch ausgerichteten Pendant, dem staatlich-administrativen Zwang und solcher Kontrolle über individuelle Lebensvollzüge.

#### **4. Die kulturelle Voraussetzung der Handlungsfreiheit und der liberalen Demokratie**

Das bedingungslose Grundeinkommen ist die individuelle sozialökonomische Grundbedingung der individuellen (Aus-)Handlungsfreiheit aller. Grundbedingung heißt aber noch nicht individuelle Befähigung zur und realer Gebrauch der (Aus-)Handlungsfreiheit. Zur realen Befähigung zur Handlungsfreiheit gehört mehr als die sozialökonomische Grundabgesicherheit. Die Frage lautet: Wie kann auf dem sozialökonomischen Grund der Handlungsfreiheit auch eine aktive (Aus-)Handlung, ein aktiver Bürgermensch, der sich in den öffentlichen-privaten Raum einbringt, ihn konstituiert, der um die allgemeine Anerkennung seines Freiheitsvollzuges und die Definition des Gemeinwohls wettstreitet, entstehen?

Bildung ist eine kulturelle Voraussetzung des realen freien Handlungsvollzuges.

Bildung meint hier

- die reformierte institutionalisierte Bildung, die die (Aus-)Bildung der individuellen Handlungsfähigkeit als Bildungsauftrag versteht,
- die Bildungsprozesse in Vereinigungen, Netzwerken etc., in dem autonome Individuen aus freiem Entschluss kooperieren,<sup>45</sup>
- alle politischen Räume, die ein Aufeinandertreffen des Öffentlichen, Gemeinwesenbezogenen und des Privaten ermöglichen,<sup>46</sup>
- die individuell-geistige Tätigkeit.

Bildung ermöglicht erstens jedem Menschen die lernende Erfahrung und Anerkennung des Faktums der Pluralität sowie den Umgang mit diesem Faktum und zweitens die Ausstattung mit einem annähernd gleichen kulturellen Basis-Kapital, um den (Aus-)Handlungsprozess führen zu können.

Bildung als individuelle geistige Tätigkeit (Denken) ermöglicht dem eigenen Leben Sinn, Ziel und Gestalt zu verleihen. Bildung als individuelle geistige Tätigkeit, gebunden an Mußezeit, ist ein Zusichfinden des einzelnen Menschen – um sich selbst zu bestimmen, um eigene Lebensentwürfe zu entwickeln, zu realisieren und um dafür im öffentlichen (Aus-) Handlungsprozess günstige Rahmenbedingungen zu erstreiten.<sup>47</sup>

Bildung ist in weiten Teilen ein Bestandteil des (Aus-)Handlungsprozesses selbst.

Der liberal-demokratisch verpflichtete Staat hat die Aufgabe, allen Menschen den Zugang zur und die Verfügung über Bildung zu ermöglichen. Die Aufforderung einer durch Bildung gesicherten und zu sichernden liberalen Demokratie lautet: Habe Mut dich deiner Handlungsfreiheit zu bedienen, den du kannst es!

---

45 Gorz 2000: 144f.

46 Bauman 2000: 156f.

47 Engler 2005: 144f.



Übrigens: (Aus-)Handeln und Bildung sind die höheren Tätigkeiten des Menschen, wofür es sich lohnt, die weitgehende Befreiung des Menschen von der Arbeit voranzutreiben.<sup>48</sup>

## **5. Die materiell-infrastrukturelle Voraussetzung der Handlungsfreiheit und der liberalen Demokratie**

(Aus-)Handlungsprozesse und Bildung benötigen eine materiell-infrastrukturelle Basis. Versammlungs-, Rede- und Meinungsfreiheit benötigen diese Basis ebenso. Sie besteht aus technischen und sachlichen Mitteln (Gebäuden, Kommunikations- und Verkehrsmitteln, öffentlich zugänglichen Orten ...).

Der liberal-demokratisch verpflichtete Staat hat die Aufgabe, allen Menschen den Zugang zur und die Verfügung über die materiell-infrastrukturelle Voraussetzung der (Aus-)Handlungsfreiheit zu ermöglichen.

Die Aufforderung einer materiell-infrastrukturell gesicherten und zu sichernden liberalen Demokratie lautet: Habe Mut dich deiner Handlungsfreiheit zu bedienen, den alle dazu nötigen Mittel stehen dir dafür zur Verfügung!

## **6. Liberale Demokratie und schlanker Staat**

Der Staat, der einer liberalen Demokratie verpflichtet ist, soll das Bedingungslose Grundeinkommen für alle, den Zugang aller zur Bildung und zu bestimmten materiell-infrastrukturellen Mitteln absichern. Bedeutet dies, dass individuelle Handlungsfreiheit und liberale Demokratie einen starken oder gar aufgeblähten Staat benötigen? Stark im Sinne der Garantie dieser Voraussetzungen ja. Aufgebläht auf keinen Fall, sondern schlank: "Menschen, die gelernt haben, mit sich selbst zusammenzuleben, mit anderen zusammenzuwirken, aus freiem Entschluss und mit merklichem Vergnügen ... sparen Polizei, Richter, Staatsanwälte, Sozialarbeiter, Spezialisten der Normalisierung jedweder Art; der schlanke Staat, von dem die Neoliberalen träumen: Sie gründen ihn, ganz nebenbei."<sup>49</sup>

Die Funktion des liberal-demokratisch verpflichteten Staates besteht in der Sicherung der bürgerlichen, politischen Freiheiten und der sozialökonomischen Grundbedingungen, der kulturellen und materiell-infrastrukturellen Voraussetzungen der (Aus-)Handlungsfreiheit aller. Er hat nicht die Funktion, den Menschen Art und Weise der individuellen Lebensführung, des Zusammenlebens und des Zusammenwirkens vorzuschreiben – geschweige denn eine sozialökonomische Grundabgesichertheit sowie kulturelle und materiell-infrastrukturelle Verfügungen von einem Wohlverhalten oder einer Marktkonformität abhängig zu machen.

## **7. Die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens und anderer Voraussetzungen der Handlungsfreiheit als liberal-demokratischer Prozess**

Die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, welches dauerhaft gelten soll, bedarf eines demokratischen (Aus-)Handlungsprozesses in einem öffentlich-privaten Raum – welcher ebenfalls ein Diskurs über die Ängste und Ungewissheiten der Menschen, über Fragen der Handlungsfreiheit, der liberalen Demokratie und ihre sozialökonomischen Grundlagen sein muss. Der (Aus-)Handlungsprozess betrifft ebenso die Fragen der Finanzierbarkeit, Höhe, der konkreten Ausgestaltung, Institutionalisierung und Kontrolle der

---

<sup>48</sup> Vgl. Hannah Arendts Bemerkung über die verhängnisvollen Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist und die die höheren Tätigkeiten nur noch vom Hörensagen kennt. (Arendt 1994: 12)

<sup>49</sup> Engler 2005: 151.





Institutionalisierung des Bedingungslosen Grundeinkommens. Dies trifft ebenso für die kulturellen und materiell-infrastrukturellen Voraussetzungen der (Aus-)Handlungsfreiheit zu.

### Literatur:

- Arendt, Hannah (1994): *vita activa oder Vom tätigen Leben*. München (Piper Verlag)
- Bauman, Zygmunt (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*. Hamburg (Hamburger Edition)
- Blaschke, Ronald (2005): *Arbeitszwang/Arbeitsverpflichtung - Verschiedene Bestimmungen und deren Bedeutung für ein Bedingungsloses Grundeinkommen*. Vortrag auf der Konferenz "Zukunft der Gerechtigkeit" der Heinrich-Böll-Stiftung am 11.12. 2004 in Berlin.  
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/blaschke2.pdf>  
<http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/best-200501.pdf>
- Engler, Wolfgang (2005): *Bürger, ohne Arbeit*. Berlin (Aufbau Verlag)
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt/Main (Suhrkamp Verlag)
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1963): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band 1*, Berlin (Dietz Verlag), S. 13 – 54
- Offe, Claus (2005): *Nachwort: Armut, Arbeitsmarkt und Autonomie*. In: Vanderborght, Yannick / Van Parijs, Philippe: *Ein Grundeinkommen für Alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Frankfurt/Main, New York (Campus Verlag), S. 131 – 150
- Purdy, David (1995): *Citizens' Income und Bürgerrecht. Ein Plädoyer für die Grundeinkommen-Demokratie*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Heft April, 1995, S. 476 – 485  
<http://www.archiv-grundeinkommen.de/purdy/>
- Rätz, Werner / Paternoga, Dagmar / Steinbach, Werner (2005): *Grundeinkommen: bedingungslos*. Hamburg (VSA Verlag)



Werner Rätz ist Koordinationsmitglied bei attac Deutschland, einer Vereinigung von Globalisierungskritikern.

Der Beitrag erschien im Newsletter des deutschen „Netzwerk Grundeinkommen“ im November 2006 und ist hier gekürzt wiedergegeben.

## **Essay: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich!**

Wer immer mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) öffentlich auftritt, wird sehr schnell mit der Frage konfrontiert, wie denn das zu finanzieren sei. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob sich die Diskussion am Infostand auf der Straße, in einem Volkswirtschaftsseminar oder in einer politischen Veranstaltung abspielt. Und die FragerInnen geben sich in der Regel nicht damit zufrieden, dass volkswirtschaftlich dargestellt wird, es gibt Finanzierungsmöglichkeiten eines BGE. Sie erwarten genau gerechnete Modelle, Gesetzentwürfe fast.

Darin drückt sich eine sehr richtige und notwendige Erwartung aus. Wenn unsere Gesellschaften zunehmend weniger in der Lage sind, soziale Sicherheit für alle herzustellen, dann müssen Gegenentwürfe sich daran messen lassen, ob das mit ihnen denn möglich wäre. Angesichts der wachsenden Einkommensarmut, der Zerstörung der solidarischen Sicherungssysteme Gesundheit und Rente, angesichts hoher Massenerwerbslosigkeit wollen die Menschen kein Wolkenkuckucksheim, sondern Vorschläge, wie es ihnen wirklich besser gehen könnte. Deshalb kommen BefürworterInnen eines BGE nicht umhin, die Realisierbarkeit ihrer Vorschläge nachzuweisen.

In diesem Sinne ist es gut und wichtig, dass eine ganze Reihe von Finanzierungsmodellen vorliegt. Wer die genau anschaut, erkennt auf Anhieb eine frappierende „Gemeinsamkeit“, nämlich, dass sie sich in fast allem völlig unterscheiden. Während die einen vom bestehenden Steuersystem ausgehen und da ein Grundeinkommen hineinrechnen, wollen die anderen das Steuersystem zuallererst einmal völlig abschaffen und durch ein komplett Neues ersetzen. Während die einen nur oder überwiegend an den Einkommensteuern ansetzen wollen, beharren die anderen darauf die Unternehmen mit einer Wertschöpfungsabgabe zu belasten. Während die einen möglichst hohe Umverteilungen von reich zu arm anstreben, bestehen die anderen darauf, ein BGE müsse die staatlichen Etats entlasten.

Es ist also nicht möglich, sich in der Debatte über Finanzierungsmöglichkeiten eines BGE schlicht auf „die vorliegenden Modelle“ zu beziehen. Man muss schon genauer klären, welches man denn für realistisch hält. Das funktioniert natürlich auch genau umgekehrt. KritikerInnen berufen sich regelmäßig auf jeweils den Finanzierungsvorschlag, der ihnen am unrealistischsten oder am wenigsten politisch wünschenswert erscheint, um so die ganze Idee des BGE als unsinnig verwerfen zu können. So kommt es, dass trotz der Vielzahl genau gerechneter Modelle die Behauptung nicht ausstirbt, noch nie habe jemand die Finanzierungsmöglichkeit eines BGE rechnerisch darstellen können.

Ich glaube nicht, dies sei pure Ignoranz der KritikerInnen. Zwar mag es sein, dass jemand gelegentlich nicht zur Kenntnis nehmen will, was ihm politisch nicht passt. Aber grundsätzlich scheint mir die Kritik an Finanzierungsmodellen sehr berechtigt. Es gibt es gute Gründe dafür, dass noch so genaue Rechnungen kaum jemanden davon überzeugen, ein BGE sei möglich, war er nicht vorher schon davon überzeugt. Ich will ein paar davon nennen.



## Das BGE ist heute eine Idee, kein Programm

Neue politische Vorschläge müssen in der gesellschaftlichen Diskussion verschiedene Phasen durchlaufen. Gesellschaften sind von bestimmten Haltungen, Erwartungen, Vorstellbarkeiten ihrer Mitglieder geprägt. Vorhandenes ist mehr oder weniger bekannt, Neues muss erst einmal vorstellbar werden. Deshalb erscheinen Lösungen immer dann besonders populär und glaubwürdig, wenn sie schlicht das Bekannte verlängern. Wer Neues einführen will, muss eine längere Diskussion darüber anzetteln. Dabei ist vieles zu klären. Was sind die Probleme, die es zu lösen gilt? In wessen Interesse sind sie zu lösen? Welchen Vorschlag genau machst du eigentlich, was bedeutet der genau? Welche anderen Vorschläge gibt es denn? Müssen wir das Problem tatsächlich lösen oder können wir es nicht auch aussitzen? Schafft dein Vorschlag vielleicht mehr neue Schwierigkeiten, als er alte löst?

Eine solche Debatte dauert lange, umso länger, je komplexer und vielfältiger das Problem ist und je ungewöhnlicher und vom Bekanten abweichender der neue Vorschlag. In unserem Fall geht beides sehr weit. Das Problem der sozialen Sicherheit für alle ist außerordentlich komplex, es war nie völlig gelöst, es umfasst scharfe politische Interessensunterschiede. Und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens stellt sehr tief sitzende Annahmen in Frage, die man für unverrückbar zu halten pflegte.

Am tiefsten sitzt davon die Verbindung von Erwerbsarbeit und Einkommen. Damit ist eine Gerechtigkeitsvorstellung verbunden: Gerecht ist es demzufolge, wenn jemand für „ehrliche Arbeit“ „ehrliches Geld“ verdient; ungerecht wäre es, Geld fürs Nichtstun zu bekommen. Diese Vorstellung verbindet Linke wie Rechte, Großunternehmer wie Gewerkschafterinnen. Die einen sagen „Leistung muss sich lohnen“, die anderen schimpfen auf „leistungslose Einkommen“. Da ist zwar durchaus Platz für eine ausgleichende Sozialpolitik, wenn jemand („unverschuldet“) in Not geraten ist, aber die Idee, dass Menschen das Recht auf Teilhabe an Reichtum und gesellschaftlichem Leben einfach so, bedingungslos haben sollen, verlangt doch erst mal einen gehörigen gedanklichen Schritt.

Das ist natürlich kein Argument gegen ein BGE, aber es ist eine Erklärung dafür, dass man nicht sofort mit allgemeiner Zustimmung rechnen kann. Man muss das Denken der Menschen beeinflussen, man muss die Idee verbreiten, man muss Sympathien gewinnen, Fragen in den Köpfen wecken. Bis eine neue Gerechtigkeitsvorstellung für viele einsehbar wird, sie sich die gar zu eigen machen, braucht es eine ganze Zeit, in der die Herrschaft alter Ideen über das Denken der Menschen gebrochen werden muss. Das kann nicht mit Modellen oder Gesetzentwürfen geschehen, sondern nur im tagtäglichen Gespräch, in der geduldigen Entwicklung und Konzeptionierung der Idee.

Auch in dieser Phase ist es zwar nötig, dass Leute die Realisierbarkeit eines BGE nachvollziehen können. Aber konkrete finanztechnische Umsetzungsvorschläge stören beim Hin- und Herwenden der Idee mehr als sie nützen. Erst wenn es konkret an die Umsetzung geht, sind sie unverzichtbar notwendig.

### Ist so viel Umverteilung überhaupt möglich?

Neben dieser ganz allgemeinen Schwierigkeit, dass neue Gedanken ihre Zeit zum Reifen brauchen, gibt es auch eine ganz konkrete: Reicht denn der gesellschaftliche Reichtum tatsächlich für alle? Man könnte es sich einfach machen und schlicht Geld zählen: Das BIP beträgt so und soviel, das gesamte Volkseinkommen so viel, wenn wir's so und so verteilen, bekommt jedeR so viel.



Abgesehen davon, dass dies eine verkürzte Betrachtung von Geld und Reichtum ist (ich komme darauf zurück), wird das dennoch manchmal gemacht und führt nicht viel weiter. In den primitiven Modellen wird ganz schlicht gerechnet, wie viel verteilen die Sozialsysteme heute schon um, was wollen wir gegebenenfalls noch drauflegen oder einsparen, wie viel Leute müssen wir bedienen und schon steht eine Zahl auf dem Papier. Dass solche Vorschläge finanzierbar wären, ist unstrittig, dass sie den bedürftigen Menschen mehr schaden als nützen, ist offensichtlich.

Andere rechnen anders. Sie zeigen, wie viel Umverteilung man vornehmen müsste, damit für alle ein Betrag herauskäme, der ein gutes Leben ermöglicht. Das ist als Rechnung sicher richtig und als politischer Anspruch völlig legitim und unterstützenswert, aber es geht meiner Meinung nach an dem Problem vorbei, aus dem sich das Widerstreben vieler gegen solche Modellrechnungen speist. Es ist nämlich gesellschaftlich keineswegs geklärt, ob wir eine solche große Umverteilung wirklich wollen. Ist sie überhaupt möglich, ohne unsere Gesellschaft grundlegend zu beschädigen?

Dahinter steht letztlich die Frage, ob denn der gesellschaftliche Reichtum tatsächlich für ein gutes Leben für alle ausreicht oder ob er nur dann so groß ist wie heute, wenn er ungleich verteilt ist. Die Frage ist also, ob wir den vorhandenen Reichtum auch immer wieder neu produzieren können, wenn wir die Gesellschaft ganz anders organisieren, als wir sie bisher kennen. Wie wollen wir eigentlich leben und arbeiten? Was sind die Dinge, die ein gutes Leben ausmachen? Welche Produkte und Dienstleistungen sind tatsächlich notwendig, also die Notwendend? Solange diese Frage nicht einmal breit gestellt, viel weniger in weitgehender Übereinstimmung beantwortet ist, wird ein sehr weit umverteilendes Finanzierungsmodell immer nur diejenigen überzeugen, die genau das wollen und für möglich halten.

## **Geld ist etwas Anderes als stofflicher Reichtum**

Eine Sorge, die viele derjenigen umtreibt, die sich eine Umverteilung dieses Ausmaßes erst einmal nicht vorstellen können, zielt auf den Unterschied von Geld und stofflichem Reichtum. Geld wächst weder auf Bäumen noch ist es essbar. Damit Menschen über Mittel zum Lebensbedarf verfügen können, müssen diese eine konkrete Gestalt haben. Menschen brauchen Essen, Kleidung, Häuser, Frisöre, Hausmädchen, Panzer, Schachspiele oder Opernsängerinnen. Dass man all das heutzutage mit Geld kaufen kann, ist eine Besonderheit dieser Gesellschaft. Das müsste nicht unter allen Umständen so sein und war auch nicht immer so.

Heutzutage wird die ganze Warenevielfalt hergestellt, weil Menschen ja schließlich ein Einkommen brauchen. Dafür müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen und tun, was der Käufer verlangt. Was berechtigt zu der Annahme, dass immer noch alles hergestellt würde, wenn dieser Zwang wegfiel? Hier geht es mir (neben der Rolle der Arbeit, auf die ich zurückkomme) nicht einmal so sehr darum, dass es unangenehme, schwere, schädliche Arbeiten gibt, die man nicht an Maschinen übertragen kann. Die könnten in einem kapitalistischen Arbeitsmarkt einfach besser bezahlt werden und würden dann schon getan.

Nein, wenn eine Gesellschaft erst einmal ernsthaft darüber diskutiert, so wie ich es im vorherigen Punkt vorgeschlagen habe, was sie eigentlich zu einem guten Leben braucht, dann ist es leicht sichtbar, dass einige von meinen oben erwähnten notwendigen Dingen und Dienstleistungen wegfallen oder weniger wichtig würden. Dafür kämen andere dazu. Wenn stofflicher Reichtum hergestellt wird, fallen andere Produktionsentscheidungen als wenn für einen Warenmarkt produziert wird.



Solche anderen Entscheidungen sind auch dringend notwendig. Längst schon ist klar, dass die Wirtschaft, wie wir sie kennen, Raubbau mit Natur, Umwelt und Menschen treibt. Die moderne industrielle Arbeitsteilung hat zwar eine immense Produktivität ermöglicht. Aber ist die nicht genau auch an die zerstörerische Produktionsweise gebunden? Könnte eine nachhaltige Wirtschaft tatsächlich genug für ein gutes Leben für alle produzieren? Oder müssten wir uns da nicht erheblich einschränken?

Das Gleiche gilt für die Menschen. Heute arbeiten die Beschäftigten, weil sie Geld brauchen, produzieren die Unternehmen, weil sie Gewinne machen wollen. Geld hat man selten zu viel, deshalb arbeiten manche ununterbrochen. Gewinne haben die Unternehmen bekanntlich immer zu wenig. Selbst mit 16% Eigenkapitalrendite streicht die Deutsche Bank 6 000 Arbeitsplätze, weil sie 25% „braucht“. Betriebe und ganze Unternehmen werden stillgelegt, weil sie „nur“ acht oder zehn Prozent Gewinn machen. In einer Gesellschaft, wo das hergestellt wird, was Menschen für ein gutes Leben brauchen, entfällt das Motiv des immer weiteren Anhäufens von Reichtum.

Es scheint also sowohl zweifelhaft, ob eine hohe Produktivität ökologisch wünschenswert ist, als auch, ob sie sich ökonomisch in einer auf stofflichen Reichtum orientierten Wirtschaft überhaupt aufrecht erhalten lässt. Finanzierungsmodelle für ein BGE unter heutigen Bedingungen müssen an diesen politischen Zukunftsfragen systematisch scheitern, weil sie etwas als Zahlengröße fassen, dessen Umfang heute noch gar nicht messbar sein kann.

### **Die Rolle der Arbeit ist völlig ungeklärt**

Was uns hier als Problem der Quantität, der Messgröße begegnet, existiert ähnlich auch als Problem der Qualität, der Vorstellung, welche Form von Vergesellschaftung wir eigentlich wollen. Das hängt mit der Rolle der Arbeit zusammen.

Der Begriff „Arbeit“ wird für höchst verschiedene Verhaltensweisen und Inhalte gebraucht, die ich hier nicht untersuchen will. Jetzt interessieren mich nur zwei davon. Man kann „Arbeit“ fassen als das, was Menschen immer schon getan haben, um aus Natur und Umwelt das zu gewinnen und zu gestalten, was sie zum Leben brauchen, und was sie in alle Ewigkeit zu diesem Zweck tun werden. Ein solcher Arbeitsbegriff wäre zeitlos, „Arbeit“ in diesem Sinne wäre eine anthropologische Konstante, etwas, das dem Menschen als solchem zugehört. Man kann „Arbeit“ aber auch fassen als die bestimmte Form, unter der im Kapitalismus – also heutzutage, weil da leben wir – Waren und Dienstleistungen hergestellt werden.

Das ist kein abstrakter Unterschied, sondern er hat höchst praktische Konsequenzen für die Vorstellung, wie Gesellschaft entstehen kann. Geht man von einem zeitlosen Arbeitsbegriff aus, dann ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, alle Menschen immer und überall an der Arbeit zu beteiligen. Ihr Ausschluss von der Arbeit wäre Zwang und Ausschluss aus der Gesellschaft. Ihre Einbeziehung in die Arbeit, selbst wenn sie mit Druck erfolgte, wäre ihr Einschluss in die Gesellschaft. In dieser Wahrnehmung wäre ein BGE also ein Schritt zur Entgesellschafterung.

Geht man dagegen von einem Arbeitsbegriff aus, der kapitalistisch formbestimmt ist, dann geht es um die Befreiung von genau dieser Arbeit. Ein BGE wäre ein Schritt hin zur Ermöglichung einer neuen Form von Vergesellschaftung. Rein praktisch wäre diese Differenz am Beginn der Umsetzung eines BGE noch nicht sehr bedeutsam, blieben doch Arbeitsmärkte und kapitalistische Wirtschaft erst mal bestehen. Aber in der Perspektive, im Fluchtpunkt, auf den das hinlaufen soll, ist es ein großer Unterschied.



Selbstverständlich kann man eine nicht mehr arbeitszentrierte Gesellschaft nicht naiv denken in dem Sinne, dass einige sich befreien und die anderen derweil für sie die kapitalistisch formbestimmte Arbeit erledigen. Diese Befürchtung treibt KritikerInnen des BGE ja immer um. Auch in einer Gesellschaft, in der alle einfach so am gesellschaftlichen Leben und Reichtum teilhaben können, ohne dass ihnen Bedingungen dafür gestellt werden, muss der Reichtum immer wieder neu hergestellt werden. Konkrete Tätigkeit, Produktivität, nützliches Tun sind auch dort unverzichtbar. Sie erfolgen ohne Zwang, aber sie müssen erfolgen. Wie das geschehen soll, welche Motivierungselemente es geben wird, welche gesellschaftlichen Organisationsformen dafür etabliert werden, weiß heute noch niemand.

Ebenso wie an der ökologischen Frage muss jedes Finanzierungsmodell eines BGE auch an der Frage der Vergesellschaftung scheitern. Finanzierungsmöglichkeiten können immer nur von konkreten, bekannten Formbestimmungen ausgehen. Jeder Finanzvorschlag wird also einer sein, der von Arbeit im Kapitalismus ausgeht, also vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft an Dritte, denen dann das Arbeitsergebnis gehört, damit sie es mit Gewinn auf den Warenmärkten verkaufen können. Selbst wenn wir also von einem kapitalistisch formbestimmten Arbeitsbegriff ausgehen, kann ein Finanzierungsmodell nie mehr darstellen als eine Momentaufnahme. Ändern sich die Bedingungen, muss das Modell verändert werden.

### **Modelle können den Stand der Kämpfe nicht erfassen**

Wie aber soll man heute voraussehen, wie die Auseinandersetzungen um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verlaufen werden? Vom Verlauf der Kämpfe aber wird es entscheidend abhängen, welche realpolitischen Möglichkeiten sich eröffnen, für die wir dann Finanzierungsvorschläge brauchen werden.

Die Frankfurter Gruppe Links-Netz schlägt vor, Sozialpolitik als gesellschaftliche Infrastruktur zu begreifen. Alles, was erforderlich ist, damit die gesellschaftlich notwendigen Dinge getan werden können, soll für die BenutzerInnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Kämpfe würden also konkret um öffentlichen Verkehr, um Kinderbetreuung, um Wohnungen oder Ähnliches geführt werden können und müssen. Angenommen, diese drei Bereiche wären abgesichert, stellte sich die Frage nach dem Betrag eines notwendigen BGE völlig anders, als wenn diese Dinge nach wie vor bezahlt werden müssen.

Es ist offensichtlich, dass die Sozialversicherungssysteme zerstört werden. Vor allem die gesetzliche Rente bietet den Jüngeren kaum noch eine Perspektive. Das ist ein Thema, das viele in der Gesellschaft betrifft und interessiert. Man könnte sich vorstellen, dass eine breite Bewegung entsteht, die als Antwort auf die dauerhafte Rentensenkung die Einführung einer bedarfsdeckenden Mindestrente fordert. Auch die wirtschaftliche Absicherung von Kindern könnte auf eine Weise organisiert werden, dass sie wie eine Rentenversicherung funktioniert. Hier ginge es also um Kämpfe für die Sozialversicherungssysteme. Da läge die Idee nahe, dass auch ein BGE aus einer Art Bürgerversicherung bezahlt würde. Dabei ginge es um Beiträge oder zweckgebundene Abgaben. Das bedarf völlig anderer Modelle als eine Finanzierung durch Steuern aus dem allgemeinen Staatshaushalt.

Jedes Finanzierungsmodell kann immer nur eine bestimmte Situation beschreiben. Niemand weiß aber, ob die auch eintritt oder bestehen bleibt. Diese Blindheit der Modelle für die politische Wirklichkeit macht sie alle obsolet.

### **Modelle blenden die politischen Implikationen aus**

Jedes Finanzierungsmodell nimmt immer schon eine ganz bestimmte Situation an, in der es angewandt werden soll oder kann. Kaum eines benennt diese aber ausdrücklich. In vielen



Fällen ist es offensichtlich, dass sie auch nicht bedacht worden ist. Ebenso hat jedes Modell Konsequenzen. Auch die sind in den meisten Fällen weder dargelegt noch mitgedacht.

Wenn z. B. jemand vorschlägt, dass eine Steuer auf die Unternehmensgewinne, z. B. in Form einer Wertschöpfungsabgabe, ein wesentliches Element der Finanzierung sein soll, dann hat das zur Folge, dass möglichst viele Unternehmen versuchen werden, sich dem durch Verlagerung zu entziehen. Man müsste eine Antwort darauf geben, wie diese Tendenz aufgehalten werden soll. Wenn jemand eine Finanzierung aus Einkommensteuern vorschlägt, so wird damit das Bestreben verstärkt, Einkommen vor der Steuerbehörde zu verstecken. Das wird in der Regel mit Arbeitseinkommen nur schwer möglich sein, mit Kapital- und Vermögenseinkommen aber viel leichter, so dass die Refinanzierung des BGE stärker auf den Schultern derer liegen könnte, die es bekommen sollen, als in den Modellen angenommen wird. Einkommensteuermodelle können zudem keinerlei Antwort darauf geben, wie die Finanzierung etwa in den Ländern des Südens gelingen soll, die über keine funktionierenden Einkommensteuersysteme verfügen.

Umgekehrt ist es zwar richtig, dass Umsatzsteuerfinanzierungen es ermöglichen, die Werte dort zu erfassen, wo sie zwangsläufig auftauchen müssen, nämlich in den Verkäufen. Aber da sie die Konkurrenzsituation der Unternehmen im Inland verbessern (umgekehrt wie Gewinnsteuern), würden die auf den Weltmärkten stärker werden und so Arbeitslosigkeit und Einkommensenkungen exportieren. Zudem enthalten solche Modelle keine Instrumente, wie vorhandene Vermögens- und Einkommensunterschiede verringert werden können.

Der Ausweg hin zu Umweltsteuern hat das systematische Problem, dass hier Steuerungswirkung und Ertrag in Konkurrenz zueinander stehen. Will ich mit der Tabaksteuer viel Geld einnehmen, dann muss viel geraucht werden, will ich das Rauchen eindämmen, dann nehme ich wenig Geld ein.

Ich behaupte keineswegs, dass diese Probleme alle gleich zu gewichten oder allesamt unlösbar wären. Aber bisher kenne ich kaum ein Finanzierungsmodell, das die eigenen politischen Voraussetzungen und Folgen auch offen darlegt und reflektiert. Würde das geschehen, so befänden wir uns genau in dem politischen Diskussionsprozess, den ich oben beschrieben habe: Wie wollen wir leben und arbeiten? Darin aber sind Finanzierungsmodelle zu früh. Sie können erst an dessen Ende stehen und sind heute deshalb nur sehr eingeschränkt nützlich. Zeigen sie doch lediglich, dass unter bestimmten Annahmen bestimmte Finanzierungsmöglichkeiten eines BGE bestehen. Aber immerhin, das zeigen sie.



Philippe van Parijs war Sekretär bei BIEN (Basic Income Earth Network) und ist Professor für Philosophie an der Katholischen Universität Löwen in Belgien.

Der Beitrag wurde auf der Webseite von BIEN veröffentlicht (Übersetzer: Jörg Drescher).

## Drei Ursprünge

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hat drei historische Wurzeln. Die Idee eines Minimaleinkommens trat erstmals zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf, die einer bedingungslosen einmaligen Garantie Ende des 18. Jahrhunderts. Und diese zwei Ideen wurden zum ersten Mal zur Form eines bedingungslosen Grundeinkommens gegen Mitte des 19. Jahrhunderts vereint.

### 1. Minimaleinkommen: Die Humanisten More (1516) und Vives (1526)

**Raphaels Heilung für Diebe** – Die Idee eines Minimaleinkommens, das vom Staat an alle Mitglieder einer Gemeinschaft bezahlt werden soll, ist weit älter, als die speziellere und radikalere Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Mit Beginn der Renaissance wurde die Aufgabe, sich um die Unterstützung der Armen zu kümmern, als exklusives Recht der Kirche und Wohlfahrtsverbände angesehen. Einige der sogenannten Humanisten fingen mit der Idee eines Minimaleinkommens in Form einer Sozialhilfe zu spielen an. In *Utopia*, von Thomas More (1478-1535), das in Louvain 1516 veröffentlicht wurde, spaziert der Portugiesische Reisende Raphael Nonsenso auf dem Hauptplatz der Stadt Antwerpen und schildert ein Gespräch, in dem er sagt, dass er mit John Morton, dem Erzbischof von Canterbury, gesprochen hat. Solch ein Plan, so argumentierte er, sei ein listigerer Weg im Kampf gegen Diebe, als Diebe zum Tod zu verurteilen, was die unschöne Seite zur Folge hätte, die Mordrate zu erhöhen.

„Es ergab sich einst, dass ich mit dem Kardinal speisen konnte, als ein bestimmter englischer Rechtsanwalt dort war. Ich habe vergessen, wie wir auf das Thema kamen, aber er sprach mit großer Begeisterung über die strengen Maßnahmen, die gegen Diebe durchgeführt wurden. ‚Wir hängen sie auf dem ganzen Platz auf,‘ sagte er. ‚Ich sah ungefähr zwanzig an einem einzigen Galgen. Und das fand ich gerade so sonderbar. Betrachtet man, wie viele von ihnen dahingegangen sind, fragt sich, wieso wir uns immer noch mit so vielen Räufern herumquälen.‘ ‚Was ist daran so seltsam?‘, fragte ich – niemals zuvor wagte ich in Anwesenheit des Kardinals frei zu sprechen. ‚Die Methode, wie man mit Dieben umgeht, ist beides: ungerecht und unerwünscht. Als Bestrafung ist es zu streng, und als Abschreckungsmittel ist es recht uneffektiv. Ein Diebstahl ist nicht schlimm genug, um mit dem Tod bestraft zu werden. Und keine Strafe der Erde wird Menschen davon abhalten, zu stehlen, wenn es ihr einziger Weg ist, an Nahrung zu kommen. In dieser Hinsicht sind Sie Engländer wie die meisten anderen Nationen und erinnern mich an diese inkompetenten Schulmeister, die ihre Schüler zu schlagen bevorzugen, um sie zu unterrichten. Statt jemandem diese schreckliche Strafe zuzufügen, wäre es bei weitem besser, jeden mit einer Art Lebensunterhalt zu versorgen, damit niemand zu der grausigen Not gezwungen wird, zuerst ein Dieb, und dann eine Leiche zu werden.“<sup>50</sup>

**Ein pragmatischer theologischer Appell zur Sozialhilfe** – Es war jedoch der nahe Freund von Thomas More und ein Vertreter des Humanismus, Johannes Ludovicus Vives (1492-1540), den man als wahren Vater der Idee eines garantierten Minimaleinkommens nennen

<sup>50</sup> Thomas More, *Utopia* (1. lateinische Ausgabe, Louvain, 1516), Englische Übersetzung durch Paul Turner, Harmondsworth: Penguin Classics, 1963, Seite 43-44.





sollte, weil er der erste war, der einen detaillierten Plan ausarbeitete und ein umfassendes Argument dafür gab, das auf theologischen und pragmatischen Erwägungen beruhte. Juan Luis Vives wurde in Valencia in einer Familie von konvertierten Juden geboren. Er verließ Spanien 1509, um der Inquisition zu entkommen, studierte in Sorbonne, aber hatte sehr bald von der konservativen, akademischen Philosophie genug, die in Paris zu jener Zeit herrschte. Er zog 1512 nach Bruges, und 1517 nach Louvain, einer der Hauptzentren der humanistischen Bewegung, wo er 1520 zum Professor ernannt wurde. Er lehrte für kurze Zeit am Corpus Christi College in Oxford, aber verbrachte seine meiste Zeit als Erwachsener in der Stadt Bruges, wo man immer noch seine Statue am Ufer eines der Hauptkanäle sehen kann. In einer Denkschrift, die 1526 an den Major von Bruges unter dem Titel „De Subventionem Pauperum“ (Zur Unterstützung der Armen) gerichtet war, schlug er vor, dass der Landesregierung die Verantwortung eines schützenden substanziellen Minimums für alle Einwohner übertragen werden sollte - das nicht aufgrund von Gerechtigkeit, sondern zum Wohle einer effektiveren Ausübung von moralisch benötigter Nächstenliebe. Der Unterstützungsplan würde sich streng auf die Armen beziehen. Tatsächlich sei es wegen ihrer Fähigkeit, sie effektiver zu machen, als die öffentlichen Beamten in die Verantwortung der Armenunterstützung einzubinden. Um in den Genuss des letztgenannten zu kommen, muss die Armut einer Person nicht unverschuldet sein, aber sie muss die Hilfe verdienen, die sie erhält, indem sie ihren Arbeitswillen beweist.

„Selbst jenen, die ihr Vermögen durch ein ausschweifiges Leben vergeudet haben – durch Spiel, Prostitution, übertriebenen Luxus, Schlemmerei oder Glücksspiel – sollte Essen gegeben werden, niemand sollte durch Hunger sterben. Jedoch sollten kleinere Rationen und unangenehmere Aufgaben an sie vergeben werden, damit sie Beispiel für andere sein können. [...] Sie müssen nicht durch Hunger sterben, aber sie müssen seinen Schmerz fühlen.“ Was auch immer die Ursache für Armut ist, so wird von Armen immer Arbeit erwartet. „Selbst Alten und Dummen sollte es möglich sein, eine Arbeit zu geben, damit sie in ein paar Tagen etwas lernen, wie Löcher zu graben, Wasser zu schöpfen oder etwas auf ihren Schultern zu tragen.“ Der Ansatz einer solchen notwendigen Mühe für die Nutznießer dieses Plans ist teilweise, sie an der Finanzierung des letztgenannten zu beteiligen. Aber es dient auch dazu, um sicherzustellen, dass „beschäftigt sein und von seiner Arbeit beansprucht zu werden, sie von solchen böswilligen Gedanken und Tätigkeiten abhält, die sie bekommen würden, wenn sie arbeitslos wären.“ Tatsächlich sollte diese Sorge auch konsequent auf die Reichgeborenen ausgeweitet werden: König Justinian hatte Recht, so Vives, „ein Gesetz zu erlassen, das jedem verbietet, sein Leben in Untätigkeit zu verbringen.“ Wenn Arme keine Parasiten werden können, warum sollten es dann Reiche?<sup>51</sup>

In zweierlei Hinsicht ahnt Vives etwas Verständnis voraus, was später Denker in die Richtung eines Grundeinkommens führen wird. „All jene Dinge, die Gott erschaffen hat, gab er in unsere Heimat, die Welt, ohne sie mit Mauern oder Toren zu umgeben, damit sie allen seinen Kindern gemeinsam sind.“ Daher, solange er jenen in Not hilft, wer auch immer sich einige Geschenke der Natur aneignet, „ist nur ein Dieb, der durch das Naturgesetz verurteilt wird, weil er das belagert und behält, was die Natur nicht exklusiv für ihn erschaffen hat.“ Weiter besteht Vives darauf, dass das Wohl vorher kommen soll, „bevor ein Bedürfnis verrückte oder

<sup>51</sup> Juan Luis Vives, *De Subventionem Pauperum, Sive de humanis necessitatibus*, 1526; holländische Übersetzung durch die Hilfe des Magistrats von Ypres: *Secours van den Aermen*, Antwerpen, 1533, Neuauflage durch Valero & Fils, Brüssel, 1943, Seite 114; Französische Übersetzung durch Ricardo Aznar Casanova: *De l'Assistance aux pauvres*, Brüssel: Valero et Fils, 1943, Seite 290; Englische Übersetzung von Teil II durch Alice Tobriner: *On the Assistance to the Poor*. Toronto & London: University of Toronto Press ("Renaissance Society of America Reprints"), 1998, Seite 62



böswillige Aktionen hervorruft, bevor das Gesicht der Armen rot wird... Die Wohltat, die einer harten und undankbaren Notwenigkeit zu fragen vorausgeht, ist angenehmer und ein Danke wert.“ Aber er verwirft deutlich die radikalere Schlussfolgerung, dass es sogar besser sei, wenn „das Geschenk gemacht wird, bevor der Bedarf aufkommt“, was exakt dem entspricht, was ein angemessenes Grundeinkommen erreichen würde.

**Von Vives zu den Armengesetzen** – Der Appell von Vives inspirierte deutlich einen Plan, der einige Jahre später durch den flämischen Stadtbezirk von Ypres verwirklicht wurde. Er trug auch zur Inspiration eines beginnenden Denken und Handels über die Form von Armenwohlfahrt bei, aus der Schule von Salamanca von Drancisco de Vitoria und Dominge de Soto (ab 1536) bis zu den Englischen Armengesetzen (ab 1576). Weniger bekannt, als seine Freunde und Beschützer Erasmus und More, wurden Vives fortschrittliche Gedanken über einen Wohlfahrtsstaat kürzlich wiederentdeckt.<sup>52</sup>

Man gedenkt ihm immer noch an seiner Alma Mater, der Universität Louvain: Ein Stein seines Hauses wurde in der Wand der „Universitaire Halle“ eingefügt, die das Rektorat in der Altstadt von Louvain beherbergt. Und der Tagungsraum des Chaire Hoover in der Neustadt von Louvain-la-Neuve, wo sich das Arbeitskollektiv um Charles Fourier 1984-1986 zur Diskussion über ein Grundeinkommen traf und das Gründungstreffen des Basic Income European Network organisierte, wurde „Salle Vives“ genannt.

Vives Traktat ist die erste systematische Schrift einer langen Tradition sozialen Denkens und institutioneller Reform, die sich auf die öffentliche Aufgabe der Anteilnahme durch staatlich organisierte Bedürftigkeitsprüfungspläne bezieht und sich an Arme richtet. Trotz den Schwierigkeiten und Zweifeln, die durch den Umgang mit den Armengesetzen aufkamen, machten die Denker des Nouveau Régime [Anm.d.Ü.: neue Staatsform - im Gegensatz zu L’Ancien Régime (Monarchie vor 1789 in Frankreich, Zeit des Absolutismus)] die Sozialhilfe zu einer wesentlichen Funktion der Regierung. Deshalb Montesquieu (L’Esprit des Lois [Der Geist der Gesetze] (1748), Abschnitt XXIII/29, Paris: Flammarion, Ausgabe 2, Seite 134): „Der Staat schuldet allen seinen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt, Nahrung, geeignete Kleidung und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.“ Dieser Gedankenansatz führte schließlich zu der Einführung eines umfassenden, staatlich finanzierten garantierten Mindesteinkommensplans in einer wachsenden Zahl von Ländern, zuletzt in Frankreichs RMI (1988) und Portugals RMG (1997).

## 2. Basisfond: die Republikaner Condorcet (1594) und Paine (1596)

**Condorcet zur Sozialversicherung** – Jedenfalls tauchte gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine andere Idee auf, die eine noch größere Rolle bei der Bekämpfung der Armut über Europa hinaus spielen sollte. Die erste bekannte Person, die diese Idee beschrieb, war der vorzügliche Mathematiker und politische Aktivist, Antoine Cartat, Marquis de Condorcet (1743-1794). Nachdem er eine wichtige Rolle als Journalist und als Tagungsmitglied in der Französischen Revolution spielte, wurde Condorcet eingesperrt und zum Tode verurteilt. Während er im Gefängnis war, schrieb er seine systematischste Arbeit: Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain [Anm.d.Ü.: Skizze einer historischen Auflistung der Fortschritte des menschlichen Geistes] (1795 durch seine Witwe nach seinem Tod veröffentlicht), dessen

---

<sup>52</sup> Der Einfluss von Vives auf das sozialpolitische Denken wurde in Spanien entschieden bemerkt, zum Beispiel durch die Schaffung des *Fundacion Luis Vives* (1987), einer Stiftung zur Unterstützung von spanischen NGOs im Bereich der Sozialpolitik mit Sitzen in Madrid und Brüssel (<http://fundacionluisvives.recol.es/quienes.asp>), oder durch die Schaffung des *Instituto de Seguridad Social Juan Luis Vives* (1998), einem Forschungsinstitut des Wohlfahrtsstaats an der Universität Carlos III. in Madrid (<http://www.uc3m.es/uc3m/inst/IUSS/dpiuss.html>).



letztes Kapitel einen kurzen Umriss enthielt, was eine Sozialversicherung sein sollte und wie sie Ungleichheit, Unsicherheit und Armut reduzieren könnte.

„Es gibt deshalb einen notwendigen Grund für Ungleichheit, Abhängigkeit und selbst für Armut, die immer wieder den Großteil und die aktivste Klasse unserer Gesellschaft heimsucht. Wir werden zeigen, dass wir sie in vollem Umfang beseitigen können, indem wir dem Glück selbst gegenüberstehen, indem wir jene sichern, die im hohen Alter ein Wohl erreichen, das das Ergebnis dessen ist, was sie sicherten, aber durch Erhöhung der Sicherheiten jener Individuen, die die gleichen Opfer brachten und vor der Zeit starben, in der sie in den Bedarf der gesammelten Früchte kamen; indem eine ähnliche Entschädigung zum Schutz von Frauen und Kindern benutzt wird, in dem Moment, in dem sie ihren Ehemann oder Vater verloren, mit Mitteln in der gleichen Höhe and durch den selben Preis erworben, ob die Familienbelange durch einen frühzeitigen Tod betroffen waren oder ob sie ihr Familienoberhaupt länger behalten konnten; und abschließend durch eine Gabe an jene Kinder, die alt genug werden, um selbständig zu arbeiten und eine neue Familie zu gründen, mit dem Vorteil von Kapital, das sie für ihre Aktivitätsentwicklung benötigen und als Ergebnis des vorzeitigen Todes erhöhten, um die Möglichkeit zu haben, es zu genießen.

Es hängt von der Antragsweise ab, wie wahrscheinlich Leben ist und Geld zu investieren, dass jemand dieser Methode verdankt. Das letztgenannte wurde schon erfolgreich angewandt, aber niemals in dem Maße und mit der Gestaltungsvielfalt, dass es auch wirklich nur für eine kleine Hand voll Individuen hilfreich wäre, aber für die Gesamtheit der Gesellschaft. Das Letztere würde von regelmäßigem Bankrott einer großen Anzahl von Familien befreien, jener unerschöpflichen Quelle von Korruption und Elend.<sup>53</sup>

Diese abgesonderte Idee, deren Aufflammen ein Jahrhundert später erlosch, brachte die Entwicklung eines massiven Sozialversicherungssystem in Europa hervor, das mit der Renten- und Krankenversicherung von Otto von Bismarck für die Arbeiterklasse des vereinten Deutschlands (ab 1883) begann. Obwohl es nicht auf die Armen ausgerichtet war und eine große Umverteilung an die Nichtarmen betraf, begannen diese Systeme sehr bald großen Einfluss auf die Armut zu haben, indem ihre Entwicklung schnell den öffentlichen Unterstützungsplan beeinflusste und sie zu einer zweitrangigen Rolle degradierte. Auf der einen Seite brachten uns Sozialversicherungen näher zu einem Grundeinkommen, als öffentliche Hilfe, indem der soziale Nutzen, der durch sie verbreitet wurde, nicht auf Mitleid drückte, sondern auf einem Anspruch, der in diesem Fall auf einer Prämienzahlung in die Sozialversicherung beruhte. Auf der anderen Seite entfernte es uns gerade wegen des Hilfsanspruchs vom Grundeinkommen, indem es auf der eigenen (oder der des Arbeitgebers) vergangenen Beitragszahlung beruht, typischerweise in Form von Einkommensabgaben. Aus diesem Grund kann dies, anders als die umfassendsten Versionen öffentlicher Hilfe, oder sogar der umfassendste Formen der Sozialhilfe, kein garantiertes Minimum bieten.

**Condorcet und Paine auf Fondbasis** – Jedoch ist es genau jener Marquis de Condorcet, der als erster im Zusammenhang seiner Diskussion über eine Sozialversicherung kurz genannt werden muss, dessen Wohlfahrtsidee weder die Armen (die unser Mitleid verdienen), noch die Versicherten (mit dem Entschädigungsrecht im Bedarfsfall) einschränkte, namentlich die Idee einer „Gabe an jene Kinder, die alt genug werden, um selbständig zu arbeiten und eine neue Familie zu gründen mit dem Vorteil von Kapital, das sie für ihre Aktivitätsentwicklung benötigen.“ Von Condorcet ist unbekannt, ob er selbst etwas zu diesem Thema gesagt oder

---

<sup>53</sup> Condorcet, *Esquisse d'un tableau historique des progres de l'esprit humain* (1. Ausgabe, 1795), Paris: GF-Flammarion, 1988, Seite 273-274.



geschrieben hat, aber ein enger Freund und Mitglied der Tagung, Thomas Paine (1737-1809) entwickelte seine Idee zwei Jahre nach Condorcets Tod weitaus detaillierter in einem Bericht, der an das Direktorat gerichtet war - dem 5-köpfigen Vorstand, der Frankreich während der meisten Zeit zwischen der Enthauptung Robespierres und dem Aufstieg Napoleons regierte.

„Es gibt eine unwiderlegbare Sache,“ schreibt er, „dass die Erde, in ihrem natürlichen und unkultivierten Zustands war, und immer wieder sein wird, was die gemeinsame Armut der Menschheit ist.“ Als das Land kultiviert wurde, „ist es der Wert der Verbesserung, ausschließlich, und nicht die der Erde selbst, das ist der individuelle Besitz. Jeder Besitzer von kultiviertem Land schuldet deshalb der Gemeinschaft eine Bodenmiete (ich kenne keinen besseren Ausdruck, um die Idee zu beschreiben) für das Land, das er besitzt, und diese Bodenmiete fließt in einen Fond, die bei diesem Umsetzungsplan vorgeschlagen wird.“ Aus diesem Fond, „soll an jede Person, die 21 Jahre alt wird, eine Summe von 15 Pfund Sterling bezahlt werden, als Teil einer Entschädigung, für den Verlust seiner oder ihrer natürlichen Erbschaft durch die Einführung eines Grundbesitzsystems. Außerdem eine Summe von 10 Pfund Sterling pro Jahr, an alle Personen, die heute 50 Jahre oder älter sind und an alle anderen, wenn sie dieses Alter erreichen – bis zum Tod.“ Zahlungen, darauf besteht Paine, sollen an alle Personen gemacht werden – egal, ob reich oder arm, weil es statt der natürlichen Erbschaft ist, welche, als Recht, jeden Menschen angeht, unabhängig vom Besitz, den er angesammelt oder von Verstorbenen geerbt hat.“<sup>54</sup>

**Von Paine zur anspruchsberechtigten Gesellschaft** – Diese Idee eines gleichen Grundeinkommens, das an alle ausbezahlt wird, die das Erwachsenenalter erreichen, tritt nun wieder in Erscheinung und dann, zum Beispiel in den Schriften des französischen Politphilosophen François Huet. In seinem Versuch, Liberalismus und Sozialismus zu verbinden, schlug er vor, dass man allen jungen Leuten ein Einkommen geben sollte, das durch Besteuerung der gesamten Ländereien und anderer Besitztümer finanziert wird, die vererbt wurden (siehe dazu: *Le Règne social du christianisme* [Die soziale Herrschaft des Christentums], Paris: Firmin Didot & Bruxelles: Decq, 1853, Seiten 262, 271-3).

Die gleiche Fondidee, die wie bei Paine mit einer Grundrente kombiniert wurde, lebte vor kurzem wieder auf und wurde durch zwei Yale Rechtswissenschaftsprofessoren, Bruce Ackerman und Anne Alstott (*The Stakeholder Society*, New Haven: Yale University Press, 1999) sehr detailliert entwickelt. Die Berechtigung für diese 80.000 US\$ bedingungsloser Zuwendung, ist jedoch nicht mehr länger ein gemeinsamer Besitz der Erde, sondern eher ein umfassenderes Konzept der Gleichberechtigung von Möglichkeiten.<sup>55</sup>

### 3. Grundeinkommen: Utopische Sozialisten Charlier (1848) und Mill (1849)

**Das Recht zur Lebensgrundlage von Charles Fourier** – Was nach Ansicht Paines den gleichberechtigten Besitz der Erde rechtfertigt, ist ein bedingungsloses Einkommen für alle, aber kein garantiertes Einkommen. Zahlreiche Reformer des 19. Jahrhunderts, wie William Cobbett (1827), Samuel Read (1829) und Poulet Scrope (1833) in England (siehe A. Thomas Horne "Welfare rights as property rights", in *Responsibility, Rights and Welfare. The theory of the welfare state* [Anm.d.Ü.: "Die Wohlfahrtsrechte als Eigentumsrechte", in *Verantwortung, Rechte und Wohlfahrt. Die Theorie des Wohlfahrtsstaats*,] Boulder &

<sup>54</sup> Thomas Paine 1796, Seite 611; 612-613

<sup>55</sup> Zur Diskussion eines Grundeinkommensvorschlags in Verbindung mit einem Grundeinkommen, siehe *The Ethics of Stakeholding*, Keith Dowding, Jurgen De Wispelaere, und Stuart White Ausgabe., Basingstoke: Palgrave/Macmillan, 2003; und "Rethinking Distribution", Erik O. Wright Ausgabe, besondere Ausgabe *Politics and Society*, 2003



London: Westview Press, 1988, Seiten 107-132, als nützliche Übersicht), legen es soweit aus, dass die Basis eher ein garantiertes Einkommensschema ist, als öffentliche Fürsorge. Der bekannteste Vertreter unter ihnen ist der exzentrische und produktive französische Schriftsteller Charles Fourier (1836: 490-2), einer der radikalen Visionäre, den Marx verächtlich als „utopischen Sozialisten“ bezeichnete. In *La Fausse Industrie* [Anm.d.Ü.: Die falsche Wirtschaft] (1836) begründet Fourier, dass der Verstoß jeder Person gegen ein fundamentales Naturrecht - wie jagen, fischen, Früchte sammeln oder ihr Vieh auf dem Gemeinschaftsbesitz - auf das hindeutet, dass die „Zivilisation“ jedem einen Lebensunterhalt schuldet, der keine Möglichkeit hat, seine Bedürfnisse zu decken – in der Form eines 6-Sterne-Hotelzimmers und drei bescheidenen Mahlzeiten am Tag.

"Das erste Recht, das der natürlichen Ernte - Nutzung der Gaben der Natur, Freiheit der Jagd, Ernte, Weiderecht - begründet das Recht, sich zu ernähren, zu essen, wenn man Hunger hat. Dieses Recht wird im Verlauf der Zivilisierung der Menschheit von Philosophen abgesprochen und von Jesus Christus mit folgenden Worten zugestanden: (...) Jesus verankert durch diese Worte das Recht, das Notwendige zu nehmen, wo man es findet, wenn man Hunger hat, und dieses Recht erlegt der Sozialgesellschaft die Pflicht auf, dem Volk ein minimales Grundeinkommen zu gewährleisten, denn die Zivilisierung beraubt ihm des ersten natürlichen Rechts – das Recht zu jagen, zu fischen, zu ernten und zu weiden. Sie schuldet ihm eine Entschädigung (...). Wenn die bürgerliche Ordnung dem Menschen die vier Säulen der natürlichen Versorgung nimmt - wie die Jagd, den Fischfang, die Ernte, das Weiden, die das erste Recht darstellen -, so schuldet die Klasse, die Ländereien entnommen hat, der Bevölkerungsschicht, die benachteiligt ist, ein Minimum in ausreichender Höhe, kraft des neunten Rechts (ausreichende Höhe). Aber es gibt reichliche Widerstände gegen die Gewährung dieses Rechts: zuerst müsste man für den gesellschaftlichen Mechanismus eine kombinierte Wirtschaft suchen, die ein vierfaches Produkt liefern würde, womit man ein ausreichendes Minimum bereitstellen könnte. Andererseits, da die Mehrheit, versehen mit einem reichlichen Minimum, nur wenig oder gar nicht arbeiten wollte, müsste man ein attraktives Wirtschaftssystem entdecken und organisieren, das den Arbeitwillen der Bevölkerung trotz ihres Wohlstands garantieren würde".<sup>56</sup>

Wie auch immer, Fourier ist sich über die Nichtverallgemeinerung von Bezahlungen eines Einkommens in der Art (nur eine Minderheit würde in solchen 6-Sterne-Hotels unterkommen) im Klaren, wie auch in der Abwesenheit einer Arbeitsfähigkeitsüberprüfung: Es ist ein bedingungsloser Anspruch der Armen in der Art einer Entschädigung für den Verlust des direkten Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Sein Anhänger und Verfechter der Fourierer Schule, Victor Considérant (*Exposition abrégée du système Phalanstérien de Fourier* [Anm.d.Ü.: Kurzfassung des Phalanstère-Systems von Fourier], Paris, 1845), macht einen Schritt in die Richtung eines wirklichen Grundeinkommens, indem er betont, dass, wenn Arbeit ein attraktives Danke an das Phalanstère-System [Anm.d.Ü.: landwirtschaftliche und industrielle Produktionsgenossenschaften, in denen jeweils etwa 2.000 bis 3.000 Menschen gemeinsam leben, lieben, arbeiten und konsumieren sollten] bedeute, „dann wird es fähig sein, ein Minimaleinkommen an den Armenteil der Gesellschaft abzugeben, mit der Gewissheit, dass sie mehr verdienten, als die Aufwendungen am Ende eines Jahres.“ Aber trotz der Natur der zugrundeliegenden Berechtigung, ist das Wohl der Armen noch immer nicht in ein universelles Einkommen gewandelt.

"Da die Arbeitseinteilung in Gruppen und Klassen die Eigenschaft hat, sie attraktiv zu machen, suchen alle Gesellschaftsklassen eifrig ihren Platz in allen unendlich vielfältigen

---

<sup>56</sup> Charles Fourier, *La Fausse industrie* (1836), Paris: Anthropos, 1967, Seite 491-492.



Zweigen der gesellschaftlicher Funktionen. Es gibt also keine faulen Leute mehr: man wird den armen Mitgliedern den Vorschuss eines Minimums mit der Gewissheit geben, dass sie mehr gewonnen hätten als ihren verdienten Aufwand am Ende des Jahres. Auf diese Weise würde das Gesellschaftersystem das Elend und das Bettlersystem ausrotten - Plagen der Gesellschaften, die auf anarchischer Konkurrenz und der Zerstückelung beruhen. Es wäre heute unmöglich, dem Volk den Vorschuss des Minimums zu geben: es würde sofort unter der Vorstellung ins Nichtstun verfallen, dass Arbeit widerlich ist. Deshalb vergrößerte die Armensteuer in England nur die Plage der Verarmung. Der Vorschuss des Minimums ist die Grundlage der Freiheit und die Garantie der Befreiung des Proletariers. Keine Freiheit ohne Minimum, kein Minimum ohne wirtschaftliche Attraktivität. Darauf beruht die ganze Emanzipationspolitik der Massen."<sup>57</sup>

**Die Staatsdividende von Joseph Charlier** – Als Karl Marx 1848 sein Kommunistisches Manifest in einer anderen Umgebung von Brüssel fertig stellte, veröffentlichte der Fourierer Autor Joseph Charlier (1816-1896) seine „Solution du problème social ou constitution humanitaire“ [Anm.d.Ü.: „Lösung des Sozialproblems oder Humanverfassung“] in Brüssel (Brüssel, "Chez tous les libraires du Royaume", [Anm.d.Ü.: „Bei allen Buchhändlern des Königreichs“] 1848, Seite 106), die man als erste Formulierung betrachten kann, welche ein garantiertes Grundeinkommen beinhaltet. Unzweifelhaft von der Fourierer Tradition beeinflusst, sah er das gleiche Recht an dem Landbesitz als die Gründung eines bedingungslosen Rechts für ein Einkommen. Aber er verwarf beides: das Recht einer mittelabhängigen Hilfe, die von Charles Fourier selbst vertreten wurde, und das Recht der bezahlten Arbeit, die von seinem prominentesten Anhänger, Victor Considerant, befürwortet wurde. Der erstere, so meint er, handelte mit den Effekten und der letztere bezog zu viel Einmischung durch den Staat ein. Unter dem Namen „Minimum“ oder „revenu garanti“ [garantiertes Einkommen] (später „Staatsdividende“), schlug er vor, jedem Einwohner mit bedingungslosen Rechten eine quartalsmäßige (später eine monatliche) Zahlung zu geben, deren Höhe jährlich durch die Vertreter der Staatsregierung festgelegt wurde. Dies auf Basis von Mietwerten aller Immobilien. In einem späteren Buch, in dem er seinen Vorschlag weiterentwickelt, benennt er es in „Staatsdividende“ um (La Question sociale résolue, précédée du testament philosophique d'un penseur [Anm.d.Ü.: Die gelöste soziale Frage, eingeleitet vom philosophischen Testament eines Denkers], Brüssel, Weissenbruch, 1894, Seite 252) Diese Art System, so argumentiert er, würde „die Dominanz des Kapitals über die Arbeiterklasse“ beenden. Würde es nicht zu Faulheit führen? „Großes Glück für die Faulen: sie werden mit einem Taschengeld abgespeist. Die Pflicht der Gesellschaft reicht nicht über die Zusicherung eines gerechten Anteils des Genusses, was die Natur ihr zur Verfügung stellt – ohne jemandem das Recht zu nehmen.“ Alles über dem Minimum muss verdient werden.<sup>58</sup>

<sup>57</sup> Victor Considerant, *Exposition abrégée du système Phalanstérien de Fourier*, Paris, 1845, Bereich "Plus de paresse - extinction de la misère et de la mendicité - armées industrielles", Seite 49.

<sup>58</sup> Siehe ausführlicher: John & Erreygers, Guido, "The Enigmatic Legacy of Charles Fourier: Joseph Charlier and Basic Income", *History of Political Economy* 33(3), Herbst 2001, 459-484. Bemerkenswert ist, dass die Idee eines gleichberechtigten Besitzes von natürlichen Ressourcen, die ein universelles Grundeinkommen rechtfertigen, sich nicht auf die Fourierer Tradition beschränkt. Sie taucht später auch auf, zum Beispiel, in den frühen Schriften von Herbert Spencer (*Social Statics*, London: J. Chapman, 1851) zur Landreform, bei der Befürwortung einer „Einzelnen Steuer“ von Henry George (*Progress and Poverty* (1879) London: The Hogarth Press, 1953), in den Standardschriften von Leon Walras (*Etudes d'économie sociale* (1896), Lausanne: Rouge; Paris: Pichon & Durand-Auzias, 1936.), einem der Gründungsväter der Wirtschaftsmathematik, und, sehr stark in den Schriften des Kanadischen linksliberalen politischen Philosophen Hillel Steiner (*An Essay on Rights*, Oxford: Blackwell, 1994)



**Die geschickteste Kombination des Sozialismus von Mill** – Der schwierige Appell von Charlier wurde kaum gehört und er verwarf ihn selbst sehr schnell. Das ist nicht das einzige, was einem anderen Verehrer des Fourierismus geschah: John Stuart Mill. Der relevante Teil ist die freundliche Diskussion des Fourierismus, die er zu seiner zweiten Ausgabe seiner „Prinzipien der politischen Ökonomie“ hinzufügte, die ein Jahr nach Charliers erstem Buch veröffentlicht wurde. Diese Diskussion nimmt sich eindeutig dem Fourierster Vorschlag eines ungeprüften Grundeinkommens an:

„Die geschickteste Kombination aller Arten von Sozialismus, und mit der größtmöglichen Objektivität, ist allgemein als Fourierismus bekannt. Dieses System betrachtet nicht die Aufhebung von Privateigentum, oder sogar der Erbschaft; im Gegenteil, er zieht sie auf offene Weise mit ein – als Elemente der Verteilung von Waren und Kapital, sowie von Arbeit. [...] In der Verteilung ist ein bestimmtes Minimum für den Lebensunterhalt jedes Mitglieds einer Gemeinschaft bestimmt, ob arbeitsfähig oder nicht. Der Restbetrag der Produktion wird in bestimmten Verhältnissen geteilt, um im Voraus unter den drei Elementen bestimmt zu werden: Arbeit, Kapital und Talent.“

Die Idee ist klar vorhanden und unter der Feder eines der einflussreichsten politischen Denker des Jahrhunderts. Aber es wird noch weitere 6 Jahrzehnte dauern, bevor etwas wie eine wirkliche Diskussion zum ersten Mal auftaucht.“<sup>59</sup>

---

<sup>59</sup> J.S. Mill, *Principles of Political Economy*, 2. Ausgabe 1849, New York: Augustus Kelley, 1987, Seiten 212-214, Buch II, Kapitel 1.



Professor Götz Werner ist Leiter des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship der Technischen Universität Karlsruhe. Ludwig P. Häußner ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter und ehemaliger Manager.

Der Beitrag ist in dem dreimal jährlich erscheinenden Magazin Böll. Thema der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen.

## Von der Industrie- zur Kulturgesellschaft

### Zur Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens: Arbeit ermöglichen, statt Arbeit bezahlen

Unser gesellschaftliches Bewusstsein ist weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben, die sich durch die weltweite Arbeitsteilung und die sich daraus ergebende Produktivitätsentwicklung bieten...

In einer globalisierten Wirtschaft, in der wir von der Initiative und Leistung Aller leben, ist ein Steuerwesen anachronistisch, das in den Wertschöpfungsprozess eingreift und somit Eigeninitiative belastet. Eine Steuer, die den Leistungsbeitrag des Einzelnen unbesteuert lässt, ist die Konsumsteuer (in Form der Mehrwertsteuer).

Sie ist die zeitgemäße Steuer der globalen Arbeitsteilung. Eine schrittweise Umstellung des Steuerwesens hin zu einer reinen Konsumbesteuerung lässt sich umso leichter durchführen, als schon jetzt alle Steuern in den Preisen enthalten sind.

Doch wo bleibt in einem Verbrauchersteuersystem das steuerfreie Existenzminimum? Wir bezeichnen diesen Betrag als Grundeinkommen. Ein Grundeinkommen ist auch deswegen zeitgemäß, weil wir in der arbeitsteiligen Wertschöpfung immer mehr Arbeitsschritte durch die organisierende Tätigkeit des menschlichen Geistes standardisieren und von Maschinen und mit verbesserten Methoden produktiver ausführen lassen. Als Folge der internationalen Arbeitsteilung wird Erwerbsarbeit zunehmend einkommenslos realisiert - working poor – und Einkommen durch Kapitalerträge zunehmend leistungslos erzielt.

Das Diktum, dass technologischer Fortschritt und Produktivitätszuwachs in gleichem Maß Arbeitsplätze schaffen wie vernichten, trifft heute nicht mehr zu. Falls wir die schwindenden Erwerbseinkommen durch die in der Güterproduktion immer weniger benötigte menschliche Arbeit nicht finanziell neu fundieren, werden weite Teile der Bevölkerung verarmen. „Wir verhungern“ – wie Goethe im „Faust“ formulierte - „in der Fülle.“

Hätten wir ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Absicherung unserer Existenz, entfielen die Notwendigkeit für eine Vielzahl von Regulierungsmaßnahmen, die Arbeit und Einkommen aneinander koppeln. Der menschlichen Produktivkraft würde durch dieses Grundeinkommen darüber hinaus ihr Warencharakter genommen. Je höher die „Arbeitskosten“ in Deutschland, desto höher der Druck auf die Unternehmen zur Verlagerung der Wertschöpfung ins preiswertere Ausland. Dabei sind die Arbeitskosten auch deswegen so hoch, weil wir eine Vielzahl gesellschaftlicher Aufgaben - etwa die soziale Sicherung in der Kindheits-, Krankheits- und Altersphase - an die immer knapper werdende Erwerbsarbeit koppeln.

Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sind die Menschen nicht mehr allein auf Erwerbseinkommen angewiesen.

Unternehmen könnten die Nettolöhne, je nach Wettbewerbssituation, auf das Niveau des Grundeinkommens senken – substitutiver Aspekt. Die im Wettbewerb stehenden Unternehmen könnten deswegen ihre Nettopreise senken. Blicke die Mehrwertsteuer unverändert, ergäbe sich ein sinkendes Preisniveau. Eine schrittweise





Erhöhung der Konsumsteuer könnte zur weiteren Erhöhung des Grundeinkommens genutzt werden. Sinkende „Arbeitskosten“ erhöhen die Bereitschaft der Unternehmen, neue Mitarbeiter als Produktivkräfte einzustellen. Wenn die Menschen nicht mehr allein auf Erwerbseinkommen angewiesen sind, werden sie eher bereit sein, weniger zu arbeiten bzw. anders. Durch ein Grundeinkommen würde die schöpferische Entfaltung in der Familien-, Erziehungs-, Pflege- und Bildungsarbeit, in Wissenschaft und Kunst - also der Kulturarbeit im weitesten Sinn ermöglicht.

In einer Grundeinkommengesellschaft könnten sich wieder mehr junge Paare leisten, eine Familie zu gründen und Erwerbs- wie Familienarbeit je nach Situation zu gestalten, da das Grundeinkommen sowohl ein implizites Eltern- wie Kindergeld ist. Die persönlichen Freiheitsgrade weiten sich aus, das Subsidiaritätsprinzip greift beim Einzelnen und stattet ihn mit der Freiheit aus, die für bürgerschaftliches Engagement Voraussetzung ist.

Durch seine enorm gewachsene Bedeutung droht die Wirtschaft die Politik und Kultur zu dominieren. Doch ist es nicht das reiche Kulturleben (Forschung, Wissenschaft, Bildung, Sport, Kunst und Religion), aus dem das Wirtschaftsleben seine *immaterielle Fundierung* immer aufs Neue erhält?

Dem Wirtschaftsleben als Produktionspol steht aus sozialorganischer Sicht das Kulturleben als Konsumpol gegenüber. Die Polarität von Wirtschaft und Kultur könnte wie folgt ausgedrückt werden:

- Kultur - Fähigkeiten ausbilden, ökonomische Werte verbrauchen
- Wirtschaft - Fähigkeiten nutzen und ökonomische Werte bilden

Die produktive Entfaltung menschlicher Potentiale, also der Mensch als Fähigkeitswesen, und seine Bedürftigkeit hinsichtlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung usw., d. h. der Mensch als Bedürfniswesen, sind als zwei Seiten einer Medaille zu sehen. Die Produktion ist der eine Pol, der Konsum der Gegenpol. Erst durch die vom Menschen organisierte Arbeit kommt Wirtschaft zustande.

Und alle erzeugten Waren und Dienstleistungen werden durch den Konsum letztlich zu Einkommen, entweder als Erwerbseinkommen oder als Transfereinkommen für „reine Konsumenten“. Letztere sind Kinder, Pflegebedürftige, Kranke und Rentner, ebenso alle Menschen, die in Form personenbezogener sozialer Dienstleistungen tätig sind. Ferner gehören zu den „reinen Konsumenten“ Wissenschaftler, Pädagogen, Beamte, Politiker, Kleriker und Künstler.

Diese Menschen bedürfen einer Einkommensbasis. Aufgrund dieser Erkenntnis ist es Aufgabe des Staats, die normativen Rahmenbedingungen für ein Recht auf Einkommen zu schaffen, damit der gegenläufig zirkuläre Prozess von Wirtschaft und Kultur in Zukunft kontinuierlich und gleichermaßen kräftig verläuft. Das Grundeinkommen fundiert diese Gesellschaftsbereiche finanziell.

Ein konsumbasiertes Steuerwesen schöpft einen Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung zu Gunsten des bedingungslosen Grundeinkommens ab, mit dem mittelbar der Sozial- und Kulturbereich mit finanziellen Mitteln versehen wird. Es verflüssigt die erstarrte Industriegesellschaft und trägt dazu bei, den Wandel zur Informations-, Dienstleistungs- und letztlich zur Kulturgesellschaft herbeizuführen.

Der Sozialstaat industrieller Prägung hat seinen Dienst getan, der ordnende Rechtsstaat hat die Aufgabe, sowohl Selbstbestimmung als auch soziale Gerechtigkeit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu ermöglichen. Das konsumsteuerbasierte Grundeinkommen ist das Fundament unserer individuellen wie gesellschaftlichen Zukunft.



Dr. Manfred Füllsack ist Sozialwissenschaftler an der Universität Wien mit den Schwerpunkten: Soziologie, Philosophie, Geschichte der Arbeit, Sozialtheorie und Gesellschaftsentwicklung Russlands.

Der Beitrag wurde für dieses Buch verfasst.

## Utopische Nägel mit Köpfen

### Überlegungen zur Frage eines Grundeinkommens in einer globalisierten Welt

Die *Outopía* bezeichnet einen Ort, der *nirgendwo* existiert, und damit schon gar nicht innerhalb territorialer Grenzen. Bereits Immanuel Kant hatte sich *seine* gesellschaftspolitische Utopie nicht im engen Rahmen eines einzigen staatlichen Gebildes vorstellen können. In seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* weist er dezidiert darauf hin, dass die „wahre Demokratie“ nie isoliert, in einzelgesellschaftlicher, nationalstaatlicher Form, sondern erst in einer Weltbürgergesellschaft existieren würde. Und auch Karl Marx hat stets davor gewarnt, seine Utopie einer versöhnten, weil eigentumslosen Gesellschaft im engen Rahmen eines einzigen Staates verwirklicht zu sehen. Der Kommunismus als „Lokalität“ würde sofort von jeder Erweiterung des weltwirtschaftlichen Verkehrs aufgehoben werden, wenn die Revolution nicht als „Tat der herrschenden Völker ‘auf einmal’ und gleichzeitig“ durchgeführt würde.<sup>60</sup>

Wenn der angemessene Rahmen gesellschaftspolitischer Utopien manch klugen Köpfen also schon vor zwei Jahrhunderten so klar vor Augen stand, kann es nicht falsch sein, auch die Utopie, die uns gegenwärtig beschäftigt, nämlich die Frage nach einem *bedingungslosen Grundeinkommen für Alle*, gleich von vornherein in *globalem* Maßstab zu denken. Jede Bemühung, die bestehenden sozialen Netze zur Minderung der Folgen des Ablebens der Lohnarbeitsgesellschaft erneut wieder nur auf lokaler Ebene zu flicken und damit abermals Strukturunterschiede zum Rest der Welt zu erzeugen, die, wenn sie zu groß werden, nicht anders können als schmerzvoll und kostspielig aufzubrechen, kann angesichts der Erfahrungen mit der bisherigen Geschichte solcher Versuche nur mehr als kurzfristig bezeichnet werden. Angesichts der heute anstehenden Probleme kann es um nichts anderes mehr gehen, als Alternativen von vornherein in globalem Zusammenhang zu suchen, auch wenn die Trägheit des Bestehenden diese Alternativen einstweilen noch reichlich utopisch aussehen lässt. „Simply put“, wie Myron Frankman sagt, „a stable integrated global market requires a global safety net.“<sup>61</sup>

#### I.

Betrachten wir kurz einige der heute als zentral angesehenen Probleme unserer Arbeitswelt. Staaten, so wird gerne betont, die in etwa die Wirtschaftsstruktur der OECD-Länder aufweisen, können heute auf die unaufhaltsame Globalisierung und die damit steigende Konkurrenz von Billiglohnländern kaum anders reagieren, als die Rationalisierung ihrer Produktion zu forcieren. Im Rahmen der klassischen Industriearbeit bedeutet dies, teure menschliche Arbeitskraft durch Maschinenarbeit zu ersetzen zu versuchen. Im Zusammenhang damit wurde die Hoffnung genährt, dass der Einsatz neuer Technologien – etwa in der IT- und Computerbranche –, auch neue Jobs schaffen wird, die die durch die

<sup>60</sup> Vgl.: MEW 3: 34f.

<sup>61</sup> Vgl.: Frankman 1997.



Rationalisierung eingebüßten Arbeitsplätze zumindest kompensieren könnten. Zusammen mit den auch heute noch von Politikern zumal in Vorwahlkampfzeiten gerne genährten Hoffnungen, dass der stetig wachsende Dienstleistungssektor die Arbeitslosen aus Primär- und Sekundärsektor aufsaugen wird, oder dass Arbeitslose mittels teurer Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wieder dauerhaft in die Erwerbsarbeit eingegliedert werden könnten, oder dass sich der Arbeitsmarkt unter dem Druck der gegenwärtig auf ihn ausgeübt wird, hinreichend flexibilisieren könnte<sup>62</sup>, hat sich diese Annahme als nur sehr bedingt haltbar erwiesen. Die Arbeit geht zwar keineswegs aus, wie sich heute zeigt, sie lässt sich aber in ihren neuen Formen nur mehr sehr schlecht mit den bestehenden Mitteln herkömmlicher Arbeits- und Sozialpolitik fassen. Was wir erleben ist kein „Ende der Arbeit“<sup>63</sup>, sondern eine Diversifizierung der Arbeitformen und damit einhergehend eine für die Betroffenen oftmals fatale Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, das heißt eine Zersplitterung der Beschäftigung in Teilzeitjobs, Projektmitarbeiten und in immer wieder von Phasen der Erwerbslosigkeit durchbrochene Interimsanstellungen, die oftmals selbst kombiniert nicht genug einbringen, um die Betroffenen dauerhaft über Wasser zu halten.<sup>64</sup> Zumindest Realisten dürfte angesichts dieser Entwicklungen mittlerweile hinreichend klar sein, dass Arbeitsplätze, wie sie noch vor 20 oder 30 Jahren mit hinreichender Sicherheit für ein Berufslebenslanges Ein- und Auskommen gesorgt haben, nicht mehr für alle im gleichen Ausmaß zur Verfügung stehen, dass die „Rückkehr zur Vollbeschäftigung“ eine hohle Phrase europäischer Politiker ist, die jeder realen Grundlage entbehrt.

Dessen ungeachtet erhöht sich aber die Produktivität<sup>65</sup> und damit der Reichtum der Ersten Welt fortwährend. Und mit ihm wächst auch das Einkommen und der Wohlstand derjenigen in der Welt, die noch einen bezahlten und sicheren Job haben. Wie der *United Nation Human Development Report* eindrucksvoll vorführt, hat sich die Relation der 20-Prozent Weltbevölkerung mit höchsten Einkommen zu den 20 Prozent mit niedrigsten Einkommen seit dem Jahr 1820 von 3:1 über 7:1 im Jahr 1870, 11:1 im Jahr 1913, 30:1 im Jahr 1960, 61:1 im Jahr 1991, und schließlich 74:1 im Jahr 1997 entwickelt.<sup>66</sup> Die Gesellschaft hat sich also auch international besehen in den letzten Jahrzehnten enorm polarisiert. Und dies gibt schon ungeachtet der Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse eine Reihe guter Gründe zur Hand, den bestehenden Wohlstand über ein Grundeinkommen umzuverteilen.<sup>67</sup>

Nun wurden aber in den bisherigen Diskussionen um ein Grundeinkommen natürlich auch eine Reihe von Vorbehalten gegen einen bedingungslosen Transfer von Produktionsgewinnen

---

<sup>62</sup> Vgl. dazu etwa: Beck 1997, S. 108: „Was als Heilmittel gilt – die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit –, hat die Krankheit Arbeitslosigkeit verdeckt und verschleppt, aber nicht geheilt. Im Gegenteil alles wächst: die Arbeitslosigkeit und die neue Unübersichtlichkeit von Teilzeitarbeit, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und die noch stille Arbeitsreserve.“

<sup>63</sup> Vgl. zu dieser These die bereits von Hannah Arendt initiierte und insbesondere dann in den 1980er Jahren aufgegriffene Diskussion um das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ (u.a. Dahrendorf 1980; Gorz 1980, 1983; Rifkin 1995), das freilich nur also solches erscheint, wenn eine spezifische Form von Arbeit, nämlich die der Erwerbsarbeit hypostasiert wird. Ausführlich zu letzterem: Füllsack 2002 und 2006a: 310f.

<sup>64</sup> Vgl. u.a.: Füllsack 2007.

<sup>65</sup> Vgl. dazu auch die Hoffnungen, die noch in den 1990er Jahren damit verbunden werden konnten. So hat etwa Juliett Schor (1991) vorgerechnet, dass sich die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft von 1950 bis 1990 verdoppelt hat. Würde dieser Zuwachs, so Schor, (bei gleich anhaltendem Wachstum) auf Freizeit umgerechnet, so könnte die Arbeitswoche bereits 6,5 (!) Stunden kurz sein. Vgl. dazu auch Gorz (1994), der damals eine 25-stündige Arbeitswoche für real hielt.

<sup>66</sup> UNDP-Human Development Report 1999: 3.

<sup>67</sup> Ich erspare mir hier die Aufzählung dieser Gründe und verweise pauschal auf die mittlerweile sehr umfangreiche Literatur zu diesem Thema, für einen Überblick dazu aber u.a. auf Füllsack 2002 und im Hinblick auf den hier thematisierten globalen Aspekt insbesondere auf Füllsack 2006b.



vorgebracht. Neben den üblichen Hinweisen auf die Problematik der politischen Umsetzbarkeit und auf die Trägheit der bestehenden Strukturen und Denkgewohnheiten werden diesbezüglich immer wieder die Unfinanzierbarkeit des Grundeinkommens-Konzeptes, seine Arbeitsbereitschafts- und Wettbewerbs-tötende Wirkung und seine Undurchführbarkeit unter nationalstaatlichen Bedingungen kritisiert. Zur Frage der Finanzierbarkeit komme wir weiter unten zurück. Sich über schwindende Arbeitsbereitschaft zu sorgen, wenn die Arbeit schlechthin schwindet, sollte ohnehin keines weiteren Kommentars bedürfen.<sup>68</sup> Zur wettbewerbstötenden Wirkung hier nur soviel: Egal ob ein Grundeinkommen bei privatem Zusatzeinkommen verringert wird, oder ob das Zusatzeinkommen entsprechend besteuert wird, die meisten Grundeinkommenskonzepte sehen vor, dass jeder, der tätig ist und daraus einen Lohn bezieht, insgesamt ein höheres Nettoeinkommen erzielen soll als jemand, der nicht arbeitet und nur ein Grundeinkommen bezieht.<sup>69</sup> Wer immer von Zweien das höhere Zusatzeinkommen bezieht, soll also auch stets über das höhere Einkommen nach Steuern und nach Grundeinkommen verfügen. Auch in einem solchen Konzept würde damit also stets ein Anreiz bestehen, mehr zu verdienen, ohne dass andererseits jemand völlig mittellos bliebe.<sup>70</sup>

Die letztgenannte Frage aber nach Undurchführbarkeit oder Durchführbarkeit eines Grundeinkommenskonzeptes unter nationalstaatlichen, beziehungsweise unter globalen Bedingungen soll hier nun ein wenig genauer betrachtet werden.

## II.

Als Argument für ein auf *nationalstaatlicher* Ebene eingeführtes Grundeinkommenskonzept wurde verschiedentlich angeführt, dass es den Hochlohnländern, oder noch allgemeiner, den Ländern nahe an Billiglohnländern eine Chance geben würde, ihre Konkurrenzfähigkeit unter globalen Bedingungen zu sichern. Die Arbeitskräfte würden für die Unternehmer in diesen Ländern ja um den vom Grundeinkommen abgedeckten Lohnanteil billiger werden.

Allerdings haben gerade die Länder, die große Strukturunterschiede zu ihren Nachbarländern aufweisen, in den letzten Jahren auch die Erfahrung gemacht, dass es auf Dauer kaum mehr möglich ist, dem Migrationsdruck, der von stark unterschiedlichen Lebensbedingungen ausgeht, standzuhalten. Trotz konzertierter Bemühungen und dem Einsatz neuester Technologien lassen sich etwa die EU-Außengrenzen schon heute nicht mehr wirklich vollständig abdichten. Der bereits bestehende Migrationsdruck dürfte aber von dem, der von einem nationalen bedingungslosen Grundeinkommen erzeugt würde, das notgedrungen im

---

<sup>68</sup> Nur so viel dazu: Thomas Malthus hat vor 200 Jahren gegen eine Geburtenkontrolle mit dem Hinweis argumentiert, dass die Armen, wenn sie den Schmerz und die Angst um ihre hungernden Kinder nicht mehr verspüren würden, nicht mehr hart genug arbeiten würden. Und dass sie, wenn sie Sex haben könnten, ohne schwanger zu werden, anstatt zu arbeiten und für die Zukunft zu sparen, den ganzen Tag „im Heu herumrollen“ würden. John Kenneth Galbraith hat bezüglich des Vorwurfs, ein Grundeinkommen würde arbeitsunwillig machen, bereits 1966 die Frage gestellt: „Why is leisure so uniformly bad for the poor and so uniformly good for the exceptionally well-to-do?“. Und Zygmunt Bauman (1998, S. 97) stellte diesbezüglich fest: „Humans are creative beings, and it is demeaning to suppose that a price tag is what sets apart work from non-work, exertion from loafing; it mutilates human nature to suggest that without that price tag humans would prefer to remain idle and let their skills and imagination rot and rust.“

<sup>69</sup> Sofern jemand über ein höheres privates Zusatzeinkommen verfügt, wird dabei entweder der Basislohn auf Null reduziert, oder die Steuern auf das Zusatzeinkommen steigen höher als der Basislohn, sodass die Person zum Nettosteuerzahler wird.

<sup>70</sup> Vgl. dazu u.a. Widerquist 1998. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Basislohn-Debatte in den achtziger Jahren auf breiterer Front erst als Reaktion auf das von Philippe van Parijs und Robert van der Veen formulierte Vorhaben eines „kapitalistischen Weges zum Kommunismus“ ins Rollen gebracht worden ist.



EU-Raum so hoch oder sogar wesentlich höher sein müsste als durchschnittliche Gehälter im Rest der Welt, noch um ein Vielfaches übertroffen werden.<sup>71</sup>

Die Einführung eines nationalen Grundeinkommensschema, das in dieser Weise als staatlich initiierte Verbilligung von Arbeitskraftkosten gegenüber einem billigeren benachbarten Ausland argumentiert werden will, müsste also mit einer noch wesentlich radikaleren Abschottung der Grenzen gegen dieses Ausland einhergehen als sie zur Zeit schon betrieben wird. Schon dies würde enorme Kosten verursachen. Die Strukturunterschiede aber, die von einer solchen Abschottung unweigerlich erzeugt würden, weil sie den ökonomischen, sozialen und kulturellen Kräften auf breiter Front die Möglichkeit nimmt, Dampf abzulassen<sup>72</sup> – man denke etwa an die Folgen des „Eisernen Vorhangs“ oder auch an die der Grenze der Vereinigten Staaten zu Lateinamerika –, würden sich in einer hochdynamisierten Welt wie der unseren wohl innerhalb kürzester Zeit zu Differenzen auswachsen, die, wenn schon nicht unmittelbar, so doch in weiterer Zukunft wesentlich teurer zu stehen kämen und überdies wohl wesentlich schwerer zu kalkulieren wären als jeder Versuch, dem Abfluss der Arbeitskräfte – und übrigens auch der Steuern – in Billigländer gleich auf globaler Ebene zu begegnen.<sup>73</sup>

Global kann dabei aber nicht heißen, die Frage des „Grundeinkommenstourismus“, das heißt, des in Folge einer Grundsicherung steigenden Migrationsdrucks mit Hilfe von Reziprozitätsmodellen zu beantworten, wie dies verschiedentlich vorgeschlagen wurde.<sup>74</sup> Es wäre auf moralischer Ebene zynisch und auf ökonomisch-sozialer Ebene kurzsichtig, ein Grundeinkommen außer den eigenen Staatsbürgern eines Landes nur jenen Migranten gewähren zu wollen, deren Herkunftsländer bereits eine vergleichbare Grundsicherung eingeführt haben. Abgesehen von den damit entstehenden administrativen Kosten und Schwierigkeiten, die unterschiedlichen Standards dann wieder zu vergleichen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass das zentrale Problem des „Grundeinkommenstourismus“ kaum aus jenen Ländern zu erwarten ist, die in absehbarer Zeit selbst eine vergleichbare Grundsicherung einführen würden. Betrachtet man die Reihe derjenigen Staaten, in denen ein Grundeinkommen zur Zeit diskutiert wird<sup>75</sup>, so wird deutlich, dass Reziprozitätskonzepte das Problem der Wirtschaftsmigration wohl erst so richtig anfachen würden, anstatt ihm wirkungsvoll zu begegnen.

Und das gleiche gilt natürlich für Überlegungen, den Grundeinkommensbezug von einer Verweilfrist in jenen Ländern, die ihn eingeführt haben, abhängig zu machen.<sup>76</sup> Auch wenn der Empfang von Grundeinkommen ähnlich der Möglichkeit, um Staatsbürgerschaft

---

<sup>71</sup> Vgl. zu dieser Problematik insbesondere Howard 2006.

<sup>72</sup> U.a. hat etwa Paul Samuelson bereits 1948 anschaulich demonstriert, welchen nivellierenden Einfluss freier internationaler Handel über nationale Grenzen hinweg auf soziale Strukturunterschiede hätte, insbesondere auch auf die Einkommensunterschiede aus Arbeit und Kapital. Vgl.: Samuelson 1948. Weil internationaler Handel aber natürlich niemals in diesem idealen Sinne *frei* ist und damit keinen nivellierenden Effekt erzielt, hat James E. Meade 1952 in seiner „Geometrie des Internationalen Handels“ vorgeschlagen, Maßnahmen gegen die internationale Einkommensungleichverteilung zu unternehmen. Mit seinem Vorschlag einer Einkommensredistribution war Meade einer der ersten, der ein Basislohn-Konzept in globalem und nicht nur nationalen Rahmen gedacht hat.

<sup>73</sup> „It is only by dealing directly with the enormous international disparities in income, life chances and human rights that one can expect to alter the nature of international migratory flows in a non-repressive and non-restrictive manner.“ meint auch etwa Myron J Frankman (1997) in seinen Überlegungen zu einem „Planet-Wide Citizen's Income“.

<sup>74</sup> Vgl. dazu unter anderem: Jerusalem 1998.

<sup>75</sup> Vgl. dazu u.a. die Herkunft der Beiträge in Füllsack 2006b.

<sup>76</sup> Vgl. auch dazu: Jerusalem 1998.



anzusuchen, erst nach, sagen wir, fünf Jahren Aufenthalt im Inland gewährt würde, wäre nicht schwer vorherzusagen, dass binnen Kürze ein unbewältigbarer Strom von Migranten alles daran setzen würde, diese Frist irgendwie über die Runden zu bringen, um in den Genuss einer Bezugsberechtigung zu gelangen.

Moralische Bedenken gegen die enormen Unterschiede zwischen reichen und armen Gesellschaften noch gar nicht in Erwägung gezogen, zeigen auch historische Erfahrungen<sup>77</sup> mit großen Wohlstandsgefällen und unterschiedlichen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Standards in der Welt zur Genüge, dass kaum ein Weg an der Notwendigkeit vorbeiführt, ein effektives Sozialsystem, das in der Lage ist, der Problematik der schwindenden Lohnarbeit wirkungsvoll zu begegnen, als „Tat aller Völker auf einmal und gleichzeitig“ einzuführen. Die ehemaligen Sowjetstaaten etwa können dem Migrationsdruck, der von den enormen, während der Sowjetzeit noch schlecht und recht von einer üppigen Sozialpolitik überdeckten, nun aber mehr und mehr aufbrechenden Strukturunterschieden ihrer Regionen ausgeht, bis heute nicht anders als durch eine restriktive Registrationspflicht begegnen.<sup>78</sup> Auch die Migration aus Südostasien etwa – Stichwort „Boatpeople“ – in die vorwiegend europäisch besiedelten Staaten Australien und Neuseeland (in denen zur Zeit übrigens eine engagierte Grundeinkommensdebatte läuft) macht bereits heute Grenzschutzsicherungen notwendig, deren Kosten niemand mehr zu tragen bereit ist. Angesichts dieser Aufwendungen scheint es nahe zu liegen, wie dies von Wayne Cornelius für die Situation an der Grenze der USA zu Mexiko vorgeschlagen wurde, „bereits *in* den Hauptauswanderungsgebieten Mexikos and Zentralamerikas ernsthafte Alternativen zur Emigration zu schaffen [und] jede Strategie zur Einwanderungskontrolle, die nur an der ‚Angebotsseite‘ ansetzt“, als zum Scheitern verurteilt zu betrachten.<sup>79</sup> Solche Herangehensweisen ernstgenommen, ist es nur noch ein kleiner Schritt zu einem universellen Grundeinkommensschema, das sowohl die Herkunfts-, wie auch die Zielländer umfasst und damit einem Einwurf Rechnung trägt, den Hillel Steiner 2003 markiert hat, nämlich dass die Grundeinkommensidee, so sie nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen zu realisieren versucht würde, als „Gerechtigkeit unter Dieben“ angesehen werden könnte, weil sie es den reichen Ländern erlaubt, mehr als ihren fairen Anteil am globalen Reichtum unter ihren Staatsbürgern aufzuteilen.

Die Frage ist aber nun, wie eine solche Grundsicherung *für alle* realistischerweise aussehen könnte.

### III.

Natürlich wäre es kaum sinnvoll, bestehende Strukturunterschiede völlig zu ignorieren, und, sagen wir, ein Grundeinkommen, wie es dem Wohlstandsniveau der OECD-Staaten angemessen wäre, einfach weltweit umzuverteilen. Erstens würde die Arbeit, die dann noch geleistet würde, wohl vorerst nicht ausreichen, um die vielen, zu einem großen Teil noch auf Humanarbeit angewiesenen ärmeren Länder der Welt mitzuversorgen. Dort würde, wie dies so oft eingewandt wird, die Arbeit aufgrund der komfortablen Grundsicherung wohl tatsächlich liegen bleiben. Und zweitens spricht gegen eine gleichmäßige Umverteilung von Grundeinkommen wohl vor allem der Umstand, dass er in der dazu notwendigen Höhe in absehbarer Zeit wohl kaum zu finanzieren wäre.

---

<sup>77</sup> Es sei hier nur etwa daran erinnert, dass bereits David Hume in seinem Essay „Of the Jealousy of Trade“ mit Nachdruck darauf hingewiesen hat, dass der Wohlstand einer Nation aufs Engste mit dem seiner Nachbarstaaten verbunden sei.

<sup>78</sup> Vgl. dazu Füllsack 1999; 2000.

<sup>79</sup> Cornelius 2004.



Grundsätzlich gehen die meisten Diskutanten bei der Erörterung der Höhe eines Grundeinkommens von der Forderung nach der „Garantie des sozio-kulturellen Existenzminimums“ aus.<sup>80</sup> Auf nationalstaatlicher Ebene stellt diese Vorgabe in der Regel kein gravierendes Problem dar. In Bezug auf die Weltgesellschaft könnte sich vor dem Hintergrund des moralischen Anspruchs, der der Grundeinkommensdebatte seit ihren Ursprüngen zugrunde liegt, die Frage ergeben, wer dieses sozio-kulturelle Existenzminimum für die ärmeren Staaten bestimmt.

Erste Richtlinien könnten diesbezüglich vielleicht Überlegungen bieten, die an John Rawls' „Theory of Justice“ anschließen. Unter den hochdynamischen Bedingungen der globalisierten Moderne mit ihren vielfachen Risiken und Unsicherheiten ist es nicht schwer vorzustellen, dass auch die heutigen Wohlfahrtsstaaten morgen schon zu den Verlierern der Globalisierung gehören könnten. Genau diese Gefahr macht es ja, wie wir oben festgestellt haben, überhaupt notwendig, die Möglichkeit einer globalen Grundsicherung für alle zu diskutieren. Wenn also selbst die gegenwärtig reichen Staaten nicht mehr sicher sein können, ob sie aufgrund der Abwanderung ihrer Industrie und damit der Arbeitsplätze und Steuerzahler nicht morgen schon zu den armen Ländern der Welt gehören, so kommt diese Situation einem Zustand recht nahe, den Rawls auf theoretischer Ebene als Ausgangszustand eines Spiels angenommen hatte, eines Spiels nämlich, in dem keiner der Teilnehmer weiß, welche Position er nach dem jeweils nächsten Spielzug einnehmen wird.<sup>81</sup> Hätten nun alle Teilnehmer in diesem Spiel die Chance, die möglichen Positionen des Spiels vorab zu definieren, so würden sie wohl jede der Positionen mindestens so komfortabel ausstatten, dass sie, so sie im Zuge des Spiels selbst auf ihr landen, diese Ausstattung nicht bereuen. Analog dazu ließe sich argumentieren, dass eine globale, aber notgedrungen doch regional differenziert ansetzende Grundsicherung für alle *mindestens* so ausgestattet werden sollte, dass selbst das niedrigste vorhandene Grundeinkommensniveau von keiner der Gesellschaften beklagt werden müsste, wenn sie in den Genuss desselben käme.

So anregend sie sein mag, bleibt diese Rawls'sche Überlegung freilich eine recht abstrakte Angelegenheit, die noch nicht viel über die tatsächliche Höhe einer globalen Grundsicherung für alle aussagt. Eine Spur realistischer – es sei allerdings nicht vergessen, dass wir hier nach wie vor von einer *gesellschaftstheoretischen Utopie* sprechen – wäre vielleicht eine Indexierung des Grundeinkommens am lokalen Preisniveau der unterschiedlichen Gesellschaften, etwa an einem Warenkorb, der periodisch von regionalen Behörden erstellt und von einer übergeordneten globalen Instanz kontrolliert wird. Diese Instanz könnte, nur als Beispiel, von den Vereinten Nationen gestellt werden. Es ließe sich vorstellen, dass von dieser Instanz zunächst ein Katalog von Mindeststandards definiert wird, denen eine Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert ohnehin schon lange entsprechen sollte – also etwa kein Hunger, keine Obdachlosigkeit, angemessene medizinische Versorgung, angemessene Bildungsmöglichkeiten, gleichberechtigter Zugang zur Weltkultur etc. – und von deren Gewährleistung aus die Höhe des Grundeinkommens dann entsprechend dem lokalen Preisniveau schrittweise angehoben wird. Und dies vielleicht vorerst stets nur so weit, dass Bedürfnisse zwar abgedeckt werden, die allgemeine Arbeitsbereitschaft aber nicht zu tief sinkt. Um diese nicht abzuwürgen, könnte die Grundsicherung auch als „Dividende des Bruttoinlandprodukts“ vom Zustand der lokalen Wirtschaft abhängig gemacht werden.<sup>82</sup> Sobald dann etwa in einem Land zu viel Arbeit unverrichtet bleibt, sinkt mit der Produktion

---

<sup>80</sup> Vgl. u.a.: Kaltenborn 1998: 28; Blaschke 1998.

<sup>81</sup> Vgl. dazu Rawls 1975.

<sup>82</sup> Vgl. dazu auch Juliet Schor's Idee einer historisch wachsenden „productivity dividend“ Vgl.: Schor 1991



zusammen das Grundeinkommen und veranlasst so wieder mehr Leute zur Arbeit. Mit zu berücksichtigen wäre hier freilich der Impakt transnationaler Konzerne und die Schwierigkeit, „lokale Wirtschaft“ unter globalen Bedingungen hinreichend genau zu definieren. Vielleicht müsste diesbezüglich zwischen Wirtschaftsbranchen mit und ohne hohem Bedarf an Humanarbeit differenziert werden.

Grundsätzlich in Erwägung zu ziehen wäre jedenfalls, dass der Großteil der Gesellschaften, die heute gerade erst beginnen, die Auswirkungen der fortschreitenden Produktionsrationalisierung zu spüren, oder die diese Erfahrungen überhaupt erst noch vor sich haben, in einer globalisierten Welt sehr unvermittelt und damit von den Betroffenen kaum in allen Ursachen und Konsequenzen nachvollziehbar mit dem Verlust ihrer Lohnarbeitsmöglichkeiten konfrontiert werden dürfte. Aufgrund der einstweilen noch recht reichhaltigen Ausweichmöglichkeiten für transnationale Konzerne könnten Staaten, die mit Hilfe dieser „Global players“ gerade erst aus einem vor-industriellen Stadium zur modernen Lohnarbeit übergehen und sich dabei zumindest eine Zeitlang glücklich schätzen, den Industrieländern mit ihren Niedriglöhnen die Arbeitsplätze abzusaugen, morgen schon selbst zu den Verlierern der Globalisierung gehören. Dann nämlich, wenn die transnationalen Konzerne entweder einfach in noch billigere Weltgegenden weiterziehen oder die Automatisierung ihrer Produktion forcieren<sup>83</sup> und es den betroffenen Staaten in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht gelingt, die von den fremden Unternehmern diktierten Produktionsverhältnisse mit einem entsprechenden gesetzlichen Rahmen, sprich einem angemessenen sozialen Netz abzusichern. Auch was als europäischer Sozialstaat heute die Möglichkeit und mehr und mehr auch die Notwendigkeit bietet, über eine globale Grundsicherung überhaupt nachzudenken, hat sich erst über einen Zeitraum von mindestens 150 Jahren unter vielen Diskussionen und Opfern nach und nach herausgebildet. Die dabei gemachten Erfahrungen lassen sich anderswo nicht innerhalb weniger Jahre nachholen. Das plötzliche wieder Abhandenkommen der gerade erst in großem Maßstab eingeführten Lohnarbeit in diesen Staaten könnte somit auf psychologischer Ebene massives Unverständnis und damit Gegenwehr gegen die „imperialistischen“ Konzerne und ihre Herkunftsländer hervorrufen. Die Not, die mit dem plötzlichen Verlust der Arbeit in diesen Ländern entstünde, könnte zusammen mit diesem Unverständnis zum Bruchherd für alle Schattierungen von Fundamentalismen werden, die in ihren Folgen wohl absehbar wesentlich teurer zu stehen kämen, als der rechtzeitige Versuch, den rasanten Übergang von der Lohnarbeits- zur „Freizeitgesellschaft“ auch für diese Gesellschaften sozialverträglich zu gestalten.

Eine Grundsicherung für alle, die von vornherein in globalem Maßstab geplant wird, könnte diesen Ländern also die schmerzvolle Übergangsperiode von der Lohnarbeits- zur Prekarierten- und Arbeitslosengesellschaft ersparen. Vorzustellen wäre sogar, dass sich manche dieser Gesellschaften, so sie ihrer Arbeit und ihren Bedürfnissen noch nicht allzu „entfremdet“ gegenüberstehen, beim Übergang zur „Freizeitgesellschaft“ wesentlich leichter tun, als die lange an Erwerbsarbeit gewöhnten Gesellschaften der hochindustrialisierten Länder.

Obwohl Widerstand gegen ein globales Grundeinkommensschema wohl realistischerweise eher von den „Geberländern“ zu erwarten sein dürfte, könnten doch einige, bereits heute der „kapitalistisch-imperialistischen“ Welt stark opponierte Staaten Unwillen – etwa auch

---

<sup>83</sup> Rifkin hat bereits 1995 darauf hingewiesen, dass die Niederlassungen der transnationalen Konzerne zum Beispiel in Brasilien und Mexiko häufig schon stärker automatisiert waren als die entsprechenden Niederlassungen der selben Konzerne in den Vereinigten Staaten. Vgl. dazu insbesondere Kapitel 13 „Automating the 3<sup>rd</sup> World“.





religiöser oder kultureller Natur – zeigen, sich einem solchen Konzept anzuschließen, und damit Inseln bilden, die erneut zu kostspieligen Problemen für die umliegenden Regionen werden. Die Instabilitäten, die an solchen Bruchstellen entstünden und die die Konkurrenzfähigkeit dieser Staaten gegenüber stabilen Weltgegenden schwer herabsetzen würden, könnten aber als Argument für die Teilnahme an einer globalen Grundsicherungskonzeption herangezogen werden. Darüber hinaus würde ein „hinreichend hohes“ Grundeinkommen in diesen Ländern wohl auf längere Sicht auch tatsächlich die Möglichkeiten der transnationalen Konzerne unterbinden, dem steigenden Lohndruck beständig in noch billigere Länder zu entfliehen.

Wie dem auch immer sei, stellt sich all diesen zugegeben noch recht tentativen Überlegungen natürlich als Grundproblem die alles entscheidende Frage, wie sich ein solches *globales* Grundsicherungskonzept finanzieren ließe.

#### IV.

Um abschließend wenigstens anzudeuten, aus welcher Richtung die Beantwortung dieser Frage kommen könnte, seien im folgenden noch einige Ideen angesprochen, die im Zuge der Grundeinkommensdebatte bisher angediskutiert wurden. Verschiedentlich ist zum Beispiel festgestellt worden, dass die rund 400 weltweit registrierten Dollar-Milliardäre gemeinsam bereits über ein Vermögen verfügen, das dem der ärmeren 2,5 Milliarden Bewohner der Erde gleichkommt.<sup>84</sup> Myron Frankman<sup>85</sup> hat eindrucksvoll vorgeführt, dass die Liste der Milliardäre, wie sie das *Forbes*-Magazin etwa für das Jahr 2002 vorgelegt hat, so sie mit den UNDP-Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt der 64 Länder mit den weltweit niedrigsten Löhnen im selben Jahr verglichen wird, zeigt, dass der Reichtum der 191 reichsten Personen der Welt in diesem Jahr sogar etwas höher war, als das Gesamteinkommen in den Niedrigsteinkommensländern. Deren Bevölkerungszahlen hätten zu dieser Zeit nach UNDP-Angaben 40 Prozent der Weltbevölkerung ausgemacht. Ähnliches ergibt sich auch aus der Rangliste der weltgrößten Konzerne, wie sie das *Fortune*-Magazin für das Jahr 2004 veröffentlicht hat. Ein diesbezüglicher Vergleich zeigt, dass die Summe der jährlichen Einnahmen der sechs listenführenden Unternehmen die Summe der Bruttoinlandsprodukte der 64 Länder mit den niedrigsten Einkommen übersteigt.<sup>86</sup> Sowohl die Liste des Wohlstandes der Reichen, wie auch die der Unternehmensgewinne führt also vor Augen, dass sehr wohl Möglichkeiten bestünden, auch weltweite Grundeinkommensschemata, vielleicht in Kombination von koordinierten nationalen Vermögenssteuern mit einem öffentlichen Weltfinanzsystem, das Offshore-Häfen als Zufluchtsorte für Steuerflüchtige unter Kontrolle bringen würde<sup>87</sup>, zu finanzieren.

Grundsätzlich würde diese Diskrepanz von Reich und Arm also für eine nachhaltigere Besteuerung der Wohlhabenden sprechen. Eine Erhöhung der Einkommenssteuern, der Erbschaftssteuern, der Kapitalertragssteuern etwa, mit der ein erster wesentlicher Teil einer globalen Grundsicherung finanziert werden könnte, ließe sich dabei, wie Phillip Van Parijs<sup>88</sup> meint, durch eine Art „Gestalt switch“ rechtfertigen, in dem sichtbar wird, dass in Form von

<sup>84</sup> Vgl. z.B.: Der Spiegel No. 25 (21.6.1999)

<sup>85</sup> Frankman 2006: 65.

<sup>86</sup> Und die Summe der Gewinne der *Global 500*, der 500 reichsten Unternehmen der Welt, übersteigt die zirka 1,1 Billionen US-Dollar der Summe der Bruttoinlandsprodukte der Länder mit den niedrigsten Einkommen bei weitem. Frankman 2006.

<sup>87</sup> Eine aktuelle Schätzung geht davon aus, dass sich der gegenwärtig in Steuer-Häfen angelegte Reichtum auf sechs Billionen US-Dollar beläuft, und damit also auf einiges über 10 Prozent der wenn auch variierenden, so doch regelmäßig untertriebenen Angaben des Bruttoweltprodukts. Vgl.: Hampton/Cristensen 2002.

<sup>88</sup> Vgl.: Van Parijs 1992a.



Steuern nicht etwas von Unternehmern und Großkonzernen genommen wird, was diese selbst geschaffen haben, sondern dass diese *Global player* mit den Steuern vielmehr eine Gebühr für die besonderen Möglichkeiten bezahlen, die die Gesellschaft, die historischen Umstände und die Wirtschaft ihnen bietet.

Steuern haben in einer globalisierten Welt allerdings einen gravierenden Nachteil. Sie müssen von jemandem eingehoben werden. Und bis heute stehen dafür im Prinzip nur die Mechanismen des traditionellen Nationalstaates zur Verfügung. Bereits Ende der 1990er Jahre wurden aber 53 Prozent aller wirtschaftlichen Wertschöpfungen von transnationalen Konzernen gemacht<sup>89</sup>, die sich dem Einfluss der Nationalstaaten und deren Regierungen durch Steuerflucht in billigere Weltgegenden nachhaltig entziehen. Einer effektiven Besteuerung der Wohlhabenden wäre somit also die Schaffung einer Instanz Voraussetzung, die über die Möglichkeiten verfügt, die Besteuerung global zu gewährleisten. Da Steuerflucht aber auch unabhängig von der Grundeinkommensdebatte bereits ein weit verbreitetes Phänomen ist, das gegenwärtig vor allem den europäischen Wohlfahrtsstaat mit seinen üppigen Sozialleistungen und seiner teuren Infrastruktur ziemlich hilflos im Regen stehen lässt, könnte die Schaffung einer solchen Zentralsteuerinstanz (UNO, OECD, Weltbank?) früher oder später *ohnehin anstehen*. Ähnliche Überlegungen gelten für zahlreiche andere Aspekte, die die Organisation der Folgen der Globalisierung für unsere Gesellschaft betreffen. „Die Einrichtung von Organisationen und Administrationsstrukturen“, so habe ich andernorts<sup>90</sup> argumentiert, „die global operieren und zum Beispiel in der Lage sind, Gewinne aus weltweiten Güter-, Kapital- und Informationstransfers, oder auch die Ausbeutung oder Verschmutzung natürlicher Ressourcen zu besteuern und die damit eingehobenen Mittel auch wieder weltweit zu verteilen, ist keine Problematik, die einzig an die Grundeinkommensidee gebunden ist. Dieses Problem wird in aller nächster Zukunft ohnehin gelöst werden müssen“, – völlig unabhängig von der Frage, ob sich die Gesellschaft auf die Einführung eines globalen Grundeinkommensschemas einigen kann.

Nichtsdestotrotz, auch der Umstand, dass sich durch das Schwinden der herkömmlichen Form von Erwerbsarbeit und die Schwächung der nationalen Wohlfahrtsstaaten gravierende und wohl auch sehr teure Probleme für die nächsten Generationen ergeben, ist nicht mehr zu übersehen. Es kann also nicht falsch sein, Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren, auch wenn diese einstweilen noch utopisch erscheinen. Und auch wenn wir heute wissen können, dass die sozialtheoretische Hölle mit guten Intentionen gepflaster ist, weil die Realisation gepriesener Utopien nicht immer die intendierten Resultate gezeitigt hat, scheint es mitunter angebracht, reale Machbarkeiten mithilfe von Visionen anzureichern, um rechtzeitig zu vermeiden, dass bei der anstehenden Revision unserer Sozialpolitik erneut zu kurz gegriffen wird und die existierenden nationalen Sozialsysteme nur noch einmal als Stückwerk geflickt werden. Angesichts der heraufziehenden Zeit, in der sich die wirtschaftlichen Kräfte jeder nationalstaatlichen Kontrolle entziehen, können keine weiteren regionalen und untereinander kaum koordinierten Detailreparaturen gefragt sein. Wenn die Wirtschaft nur mehr *global* in Erscheinung tritt, dann ist es an der Zeit, *utopische Nägel mit Köpfen* zu machen und auch die Sozialpolitik in *globalem* Maßstab zu denken.

---

<sup>89</sup> Vgl.: Beck 1997: 176.

<sup>90</sup> Füllsack 2006b: 40.



## Literaturverzeichnis:

- **Ackerman**, Bruce / **Alstott**, Anne (1999): *The Stakeholder Society*. New Haven (Yale University Press).
- **Bauman**, Zygmunt, 1997, *Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft*; in: Beck, U., (Hrsg.), 1997, *Kinder der Freiheit*, Frankfurt/M., S. 323-331.
- **Bauman**, Zygmunt, 1998, *Work, Consumerism and the New Poor*. Buckingham & Philadelphia: Open University Press.
- **Beck**, Ulrich, 1997, *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt/M.
- **Cordell**, A. / **Ide**, R., 1997, *The New Wealth of Nations*, Toronto.
- **Cornelius**, Wayne (2004): *Evaluating Enhanced US Border Enforcement*; in: *Migration Information Source*, May 1, im Internet unter: <http://www.migrationinformation.org>
- **Dahrendorf**, Rolf, 1980, *Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft*; in: *Merkur* 34.
- **Douglas**, C.H., 1919/1974, *Economic Democracy*, Bloomfield Sudnury Suffolk.
- **Fitzpatrick**, Tony, 1999, *Freedom and Security. An Introduction to the Basic Income Debate*. London.
- **Frankman**, Myron J., 1997, *Planet-Wide Citizen's Income: Antidote to Global Apartheid*; im Internet unter: <http://vm.mcgill.ca/~inmf/http/mf/pwci.html>
- **Frankman**, Myron J., 2006, *Ein weltweites Grundeinkommen - eine Parteinahme*; *Füllsack* 2006b, S. 69-70.
- **Füllsack**, M., 2000, *Die anderen Russen. Aspekte postsowjetischer Migrationsprobleme*; in: „osteuropa“. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 7/2001, S. 778-790.
- **Füllsack**, M., 2002, *Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens*, Berlin.
- **Füllsack**, M., 2006a, *Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne*, Berlin.
- **Füllsack**, M., (Hrsg.) 2006b, *Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen – weltweit?* Berlin.
- **Füllsack**, M., 2007, *Individualisierte Knappheit? Überlegungen zur Prekarisierung produktiver Arbeit*; in: *Jahrbuch für Arbeit und Menschenwürde* Band 7, 2006, S. 93-105.
- **Gorz**, André, 1980, *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt/M.
- **Gorz**, A., 1994, *Die Kritik der ökonomischen Vernunft*, Berlin.
- **Howard**, Michael W. (2006): *Lässt sich ein Grundeinkommen mit offenen Grenzen vereinbaren?*; in: *Füllsack* 2006b, S. 81-92.
- **Jerusalem**, Erwin, 1998, *Basic Income - How it was introduced to the political agenda in Austria*; Paper presented at the BIEN 7<sup>th</sup> International Conference on Basic Income in Amsterdam.
- **Kaltenborn**, Bruno, 1998, *Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung*, Baden-Baden.
- **Meade**, James E., 1952, *A Geometry of International Trade*, London, p. 112.
- **Meade**, James, 1989, *Agathotopia: The Economics of Partnership*, Aberdeen.
- **Morley-Fletcher**, Edwin, 1998, *Opening Adress to the 7<sup>th</sup> International Congress on Basic Income* 10-12 September 1998, Amsterdam.
- **Opielka**, Michael / **Vobruba**, Georg, (Hrsg.), 1986, *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt/M.
- **Parker**, Hermione, 1989, *Instead of the Dole*, Routledge.
- **Plender** John, 1997, *A Stake in the Future - The Stakeholding Solution*; Nicholas Brealy Publisher.
- **Ranking**, Keith, 1996, *The Standard Tax Credit and the Social Wage: existing means to a Universal Basic Income*. Paper presented at the Universal Basic Income National Conference at Wellington, 1-2 July 1996.
- **Rawls**, John, 1975, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M.
- **Rich**, Bruce, 1994, *Mortgaging the Earth*, Boston, MA: Beacon Press.
- **Rifkin**, Jeremy, 1995, *The End of Work*, New York.
- **Samuelson**, Paul, 1948, *International Trade and the Equalisation of Factor Prices*; in: *Economic Journal*, 58 (June) 1948, p. 163-84.
- **Schor**, Juliet, 1991, *The Overworked American*, New York: Basic Books.
- **UNDP**, 1997, *Human Development Report 1997* (New York: Oxford University Press), p. 9.
- **Van Parijs**, Phillippe (Hrsg), 1992, *Arguing for Basic Income. Ethical foundations for a radical Reform*, London New York.
- **Van Parijs**, P., 1992a, *Competing Justifications of Basic Income*; in: *Van Parijs 1992*.
- **Walter**, Fritz, 1998, *Intelligent Systems and their Societies*; im Internet unter: <http://www.anice.net.ar/intsys/socdivid.htm>
- **Walter**, Tony, 1989, *Basic Income: Freedom from Poverty, Freedom to Work*, London New York.
- **Widerquist**, Karl, 1998, *Reciprocity and the Guaranteed Income*; Paper presented at the BIEN Biannual Conference, Amsterdam, 10-12 Sep. 1998.
- **Zorc**, Anne, 1994, *The Global Citizens Plan*; in: *Earth Times* 11/1994.

